DIE MONATSZEITUNG FÜR SELBSTORGANISATION

CONTRASTE

POSTFACH 10 45 20 – 69035 HEIDELBERG
TELEFON 0 62 21 – 16 24 67

250/251 22. JAHRGANG Juli/August 2005

4,50 €

AUS DEM INHALT:

WELTSOZIALFORUM

Für die 5. Auflage des Weltsozialforums (WSF) zog es dieses Jahr Ende Januar wieder hunderttausende Menschen nach Porto Alegre in Brasilien. Während das WSF im linken Blätterwald auch hierzulande mit zahlreichen Artikeln bedacht wurde, wurde das Acampamento Intercontinental da Juventude (AIJ) dabei allenfalls in Nebensätzen erwähnt oder als kostenlose Übernachtungs- und Partymöglichkeit für TeilnehmerInnen des Forums wahrgenommen. Dabei ist es weit mehr. Seite 3

LOS GEHT'S 2005

»Zum ersten Mal im Leben fühle ich mich sicher« meinte Sebastian, dem in seinen jungen Jahren schon viel Arges widerfahren ist. Sicher fühlte er sich im quirligen Treiben des fünften »Los geht's – Treffen« in Waltershausen bei Erfurt. Berichte vom Treffen auf Seite 4.

LEBEN & ARBEIT

Wilfried Stegemann arbeitet seit August 2003 bei der »Sozialistischen Selbsthilfe Köln-Mülheim« (SSM) und wohnt seit März 2004 auf dem Gelände. Für ihn ist »die SSM eine echte und vor allem praktische Alternative zum bürgerlich-liberalen Verständnis von Leben und Arbeiten«. Seite 5

FAIRKEHR

»Unterwegs« lautet nicht nur die deutsche Übersetzung des bekanntesten Romans von Jack Kerouac, sondern auch der Name eines gemeinnützigen Göttinger Vereins für angewandte Stadt-und Verkehrsökologie. Eines seiner Ziele ist die Aufweichung der Monokultur Auto und die Berücksichtigung unterschiedlicher Verkehrsmittel, insbesondere moderner Pferdefuhrwerke, in lokalen Verkehrskonzepten. »Unterwegs« will klein anfangen und organisch wachsen. Gedacht wird an Fahrten im Freizeitbereich, bei Kindergeburtstagen, Warenauslieferungen, einen Einkaufs-Shuttle zum Wochenmarkt... Seite 5

HARTZ-REFORMEN

In den vergangenen Jahren gab es eine Reihe von Kommissionen, die die Bundsregierung bei ihren sog. Reformpaketen beraten sollte. Hauptziel dieser »Reformen« ist es, die Konkurrenzfähigkeit der deutschen Industrie zu erhöhen, insbesondere gegenüber dem Hauptkonkurrenten USA. Gleichzeitig rufen alle Parteien nach dem »Aufschwung«. Erreicht werden soll beides durch ein Bündel von Maßnahmen, die – wie zu zeigen sein wird – in erster Linie zu Lasten der Lohnabhängigen, Erwerbslosen, und der ohnehin schon Armen und Ausgegrenzten gehen wird. Gisela Notz mit ihrem Beitrag »Die ganze Bäckerei!« zu den geschlechtsspezifischen Auswirkungen der Reformen auf Seite 11.

www.contraste.org

WEGE AUS DER EXKLUSION

Interkulturelle Gärten

»Die Geschichte der neuen Exklusion beginnt bei und mit den Flüchtlingen, das Asyl-, das Flüchtlings- und Ausländerrecht war und ist ihr Exerzierfeld, dort wurden Rechtsverkürzung, Leistungsverkürzung, Ausgrenzung erstmals ausprobiert und praktiziert. Bei den Flüchtlingen wurde die Politik der Entsolidarisierung eingeübt, Opfer waren die Schwächsten der Schwachen. Seitdem folgen die anderen Schwachen.«

Foto: Cornelia Suhan

Stiftung Interkultur ● Heribert Prantl, Chef des Ressorts Innenpolitik der Süddeutschen Zeitung zeigt in seinem neuen Buch »Kein schöner Land« auf, wie unwürdig der deutsche Staat mit Flüchtlingen und Asylsuchenden umgeht und verweist zugleich darauf, wie wichtig es gerade für Ausgegrenzte ist, nicht vollständig abgeschnitten zu sein von ihren Fähigkeiten, ihrer Kreativität und ihren vielfältigen produktiven Potenzialen. Das gilt für MigrantInnen, die ihre Produktionsmittel, ihre sozialen Netzwerke und ihre vertraute Umgebung verlassen haben, ebenso wie für eine wachsende Zahl von Einheimischen.

Integrationspotenziale bieten Projekte mit ressourcenorientiertem Ansatz der Eigenversorgung und Eigeninitiative wie zum Beispiel Interkulturelle Gärten. In diesen Projekten zeigt sich deutlich, dass Tätigkeiten wie der Anbau von Obst und Gemüse für den eigenen Bedarf, die Selbstorganisation von Deutschkursen oder die Entwicklung von interkulturellen Bildungskonzepten weit über den materiellen Nutzen der jeweiligen Aktivitäten hinaus Bedeutung haben: Die aktive Gestaltung der eigenen sozialen Umgebung hilft den MigrantInnen zum einen, sich selbst sozial und identitär in der neuen Umgebung wiederzufinden. Zum anderen leistet sie einen bedeutenden Beitrag zur Zivilgesellschaft. Die Dynamik der Aneignung des Vorgefundenen über das Aktivieren und Fruchtbarmachen der mitgebrachten Kompetenzen führt zur Entstehung eines neuen sozialen Raums des »Dazwischen«, in dem sich die moderne Migrationsgesellschaft immer wieder neu herstellt.

Zweifellos sind Interkulturelle Gärten keine »Modellprojekte« oder Patentlösungen für Desintegrationsprobleme in modernen (Einwanderungs-) Gesellschaften. Selbsthilfe allein wird die Folgen einer neoliberalen Politik wie Armut oder Kriminalität kaum auffangen können und vermag nicht originäre Aufgaben des Staates wie die Gewährleistung von sozialer Gerechtigkeit zu substituieren.

Dennoch: Das Zusammenspiel mehrerer Faktoren macht die Interkulturellen Gärten zum privilegierten Ort der Produktion inter- oder transkulturellen Wissens. Die praktische Ebene der gärtnerischen und handwerklichen Arbeiten schließt auch das Teilen und Organisieren von Raum-Zeit und die kulturelle Repräsentation und Reflexion des »Eigenen« gegenüber den jeweils anderen Kultur- bzw. Sinnzusammenhängen ein.

Dieses öffentlich stattfindende und daher auch (zumindest mikro-)politisch bedeutsame Spiel kultureller Repräsentation gibt den beteiligten kulturellen Gruppen die Möglichkeit des Bergens ihrer eigenen kulturellen Besitztümer, die nun in Prozessen des Vermittelns, Verhandelns und Anerkennens in Beziehung zu anderen gesetzt werden. Die hier vollzogene Bewegung ist also – und das ist signifikant – eine doppelte: Zum einen sind bei den beteiligten Akteuren Prozesse des Bewahrens und der Abgrenzung ihrer eigenen kulturellen Identität zu beobachten. Andererseits geht damit eine reflexive Verortung dieser eigenen kulturellen Position in einer interkulturellen »Landkarte« einher. Es scheint, dass genau diese Dialektik des Wieder-(Er-)Findens und der Neuverortung einen höchst effektiven Lernmechanismus von Selbst- und Weltaneignung in Gang setzt. Dass dieser die intelligentere Alternative zu den eindimensional argumentierenden Leitkulturvisionen darstellt, liegt auf der Hand.

Dieser CONTRASTE-Schwerpunkt vermittelt Einblicke in Geschichte und Alltag Interkultureller Gärten und die vielfältigen Aufgabenfelder der Stiftung Interkultur. Er dokumentiert das Konzept der Interkulturellen Umweltbildung und zeigt auf, welche Antworten Interkulturelle Gärten auf alltägliche Praktiken des Rassismus zu geben in der Lage sind.●

SCHWERPUNKTTHEMA

Überblick: Salbei für die Seele Seite 7
Die Münchener Gärten für Kulturen Seite 8
Internationale GärtnerInnen in Dessau Seite 8
»Wir sind Deutsche, aber keine echten« – Interkulturelle Gärten als Sozialräume des Empowerment Seite 9
Interkulturelle Umweltbildung Seite 10
Forschungsnetzwerk Interkulturelle Gärten Seite 10

Schwerpunktthema Seite 7 bis 10

D 8008

SOZIALFORUM MITTELMEERRAUM IN BARCELONA

Ein Mittelmeer ohne Krieg und Neoliberalismus!

In Barcelona fand vom 17.-19.6. das Sozialforum der Mittelmeerraumländer statt. Beatrice Montini gab darüber einen Überblick in der Tageszeitung L'Unità. Übersetzung von Günter Melle.

»Nein zum Krieg, nein zu den Besetzungen«, »Wir wollen unser Meer, ein Mittelmeer ohne Neoliberalismus. Solidarität der Völker«: das waren die wichtigsten Parolen in diesem bunten Demonstrationszug der Rhythmen, der das Ende dreier Tage von Seminaren beim ersten Mittelmeersozialforum bildete. Es waren etwa 5.000 Demonstranten (was mehr oder weniger auch der Teilnehmerzahl aller Meetings entsprach), die sich auf einen Rundgang von mehreren Kilometern, beginnend und endend an der Plaza Espagna, machten. Dort ist auch der Sitz der »FIRA«, in dessen Gebäude das Sozialforum stattfand.

Die Demonstration war auch die einzige Gelegenheit, bei der sich die Delegierten aus dem Mittelmeerraum mit einem Barcelona konfrontierten, das auf dieses Treffen völlig indifferent reagierte. Das war eines der Merkmale, welches Widersprüche und Grenzen dieses Meeting zeigte. Es war aber nicht das einzige.

Nach Redaktionsschluss (der CONTRASTE) am 20.6., wird es in Sevilla für weitere zwei Tage »Debatten und Mobilisierung« gegen die Politik der Europäischen Gemeinschaft zum Thema Migration geben. Die Veranstaltung wird von *Migreuop* organisiert. Es handelt sich hierbei um ein Netzwerk von Organisationen, die schon viele Jahre an vorderster Stelle für die Verteidigung der Migrantenrechte auf dem alten Kontinent eintreten. Die Tatsache, dass die Konferenz in Sevilla anschließend und weitab vom Sozialforum in Barcelona abgehalten wird, (wo sich die Thematik gerade um die Festung Mittelmeerraum drehte, dessen Militarisierung, dessen Bemühungen ein »Meer der Rechte« zu werden) ist ein weiteres Merkmal, das den Finger gegen das Treffen in Katalonien richtet.

Dass das Sozialforum Mittelmeerraum (welches am 19.6. mit der Versammlung der sozialen Bewegungen schloss) zur Herausforderung würde, beim ersten Versuch, kulturell wie politisch unterschiedliche Netzwerke und Bewegungen zusammenzuführen, war angesichts seiner sehr langen Vorbereitung (drei Jahre der Konferenzen und internationalen Treffen) klar gewesen. Jetzt sind die unlösbaren Knoten sichtbar geworden. Beispielhaft für alle war in dieser Hinsicht das überfüllte Seminar zur Saharawi, das mehrere Male unterbrochen werden musste wegen der Konfrontation zwischen der *Fronte Polisario* und den marokkanischen Delegierten. Andererseits bedeutete aber das Austragen von Differenzen und Widersprüchen ein belebendes Element in diesem Forum. Es waren gerade die Delegierten der Saharawi, welche die Atmosphäre in der FIRA mit ihren permanenten Demonstrationen und Kundgebungen aufgeheizt haben. »Hier in Barcelona haben wir ein Mittelmeer gesehen, das lebendig war«, kommentierte Gianfranco Benzi von der Gewerkschaft Cgil. Und weiter: »Dies war ein Forum pur der kulturellen, methodologischen und politischen Klüfte. Es hat einen sehr wichtigen Prozess eingeleitet, der Palästinenser und Israeli sowie Türken und Kurden zusammenführte und es hat bewiesen, dass das Mittelmeer keine tote Realität ist.«

Was nun zur Diskussion gestellt wird, ist ausgerechnet die »Formel« des Forums: »die Sozialforen sind weitaus wichtiger als man denkt, weil sie zur Bildung des politischen Bewusstseins beitragen, dass zum dominanten Neoliberalismus eine Alternative besteht«, sagt der ägyptische Ökonom Samir Amin, »doch diese Orte hätten keinen Sinn, wenn sie nicht von den täglichen lokalen Kämpfen begleitet würden.« In Barcelona wie auch in Porto Alegre lautet die Tageslosung also »zur Offensive übergehen!« und zu diesem Thema wurde auch ad hoc ein Seminar veranstaltet. »Die Foren können nicht nur der Ort sein, wo Organisationen und soziale Bewegungen sich treffen und austauschen«, unterstrich in der Debatte Christophe Aguiton, Basisgewerkschafter und Verantwortlicher für internationale Beziehungen bei *Attac Italien*, »sondern ein Ort, an dem Kampagnen und praktische Aktionen des Kampfes entwickelt werden.« Amit Sengupta (Mitorganisator des Weltsozialforums in

Fortsetzung auf Seite 2

AKTION 2005

Jubiläum – 250 Ausgaben!

Es ist geschafft, die 250. Ausgabe unserer Zeitung liegt vor Euch. Beinahe 21 Jahre Projektgeschichte liegen hinter uns und wir hoffen, dass wir Euch auch weiterhin Monat für Monat mit Berichten aus und von Projekten versorgen können. Aber es gibt Probleme – wer diese Rubrik regelmäßig liest, weiß um die Sorgen, die sich das Zeitungsprojekt macht. Die Abozahlen sind weiterhin rückläufig und es sieht ganz danach aus, dass wir in diesem Jahr erstmalig seit vielen Jahren wieder rote Zahlen schreiben werden. Die zu erwartende Deckungslücke aufgrund fehlender Abos betrug zum Start der Aktion 2005 im Dezember 6.100 Euro, dank Spendengeldern wurde dieser Betrag bis heute auf 4.001 Euro reduziert. Ein Minus in dieser Höhe zum Jahresende 2005 wäre katastrophal. Aber noch haben wir die Hoffnung nicht aufgegeben.

Redaktion Heidelberg ● 200 Spenden mit je 20 Euro bis zum Jahresende würden unsere Deckungslücke schließen. Und ein plus von 141 Abos würde Spendenaufrufe für das weitere Erscheinen von CONTRASTE unnötig machen. Lediglich für unsere Altschulden, die wir in diesem Jahr um weitere 1.300 EUR reduzieren wollten, müssten noch Spenden eingefordert werden.

Mut machen uns nicht nur Eure Spenden und Förderbeiträge sondern auch Rückmeldungen aus dem LeserInnenkreis. Susanne Bachmann aus der Schweiz schrieb uns: *»Die CONTRASTE ist prima, vor allem die sozialpolitischen Artikel zu Prekarisierung oder auch Hartz IV fand ich bisher sehr spannend. Und es tut gut, in der CONTRASTE regelmäßig über selbstorganisierte Projekte und Aktionen zu lesen. Ich freu mich jedes Mal, wenn die Zeitung im Kasten liegt. Macht weiter so!«*

CONTRASTE bewegt sich nun einmal in einem schwierigen Umfeld. Vielen sozialen Projekten wurde im Laufe der Jahre der Geldhahn abgedreht, viele selbstverwaltete Betriebe, in der Anfangszeit das Rückgrat unseres Projektes, wurden im Laufe der Jahre zu normalen Betrieben, die sich nicht mehr mit den Inhalten der CONTRASTE identifizieren können. Die selbstorganisierte Szene bedient sich gerne unserer Zeitung als Plattform, unterstützt aber ihr Zeitungsprojekt so gut wie gar nicht. Die Tauschring- und Umsonstladenszene hat die Mittel nicht, um sich ein Abonnement zu leisten etc. Diese Aufzählung könnten wir noch endlos fortsetzen...

Nachfolgend unsere aktuelle Statistik mit Stichtag zum 20.6.2005. Eine Spende ging in diesem Monat auf unserem Spendenkonto ein:

● Martin Weicker, Neuwied (30 EUR)

Herzlichen Dank!

Leider wurde eine Fördermitgliedschaft gekündigt (- 62 EUR)

Abo-Kampagne 141+

Zwei Abos wurden gekündigt, ein weiteres musste wegen »unbekannt verzogen« eingestellt werden. Ein Neuabo kam hinzu. Das Ziel der Abokampagne liegt unter Einbeziehung der gekündigten Fördermitgliedschaft jetzt bei 141+. Da hilft auch weiterhin die verstärkte Werbung durch Euch. Ein gutes Werbemittel sind Schnupper-Abos, denn das Produkt selbst ist immer noch die beste Werbung. Und vielleicht gibt es ja Betriebe und Projekte, die ihr bisheriges Einzelabo auf ein Mehrfachabo aufstokken könnten oder gleich eine Umstellung auf eine Fördermitgliedschaft beschliessen, die kostenlose Mehrfachabos beinhaltet. Herzlichen Dank an alle, die uns durch Werbung, verschenken von Schnupper-Abos, Spenden und durch ihre Fördermitgliedschaft helfen!

Umstellungen von Normalabos auf Fördermitgliedschaften tragen auch dazu bei, unser Projekt zu stabilisieren. Bei Eintritt in den Contraste e.V. (Coupon auf dieser Seite) erhalten wir den vollen Beitrag und die im Abopreis enthaltene Umsatzsteuer fällt weg, da Mitglieder die Zeitung umsonst bekommen. Zusätzlich lässt sich der Förderbeitrag natürlich von der Steuer absetzen!

Wir hoffen weiterhin auf weitere Spenden, Neuabos und Umstellungen bestehender Abos auf Fördermitgliedschaften. Spendenkonto: Volksbank Bergstrasse, BLZ 509 601 01, Kto-Nr. 64076 (bitte Wunsch nach Spendenquittung angeben!). Über den neuesten Stand werden wir wieder in der nächsten Ausgabe berichten.

Dankbar wären wir, wenn unsere LeserInnen, die an diversen Tagungen und Veranstaltungen teilnehmen, kostenlose Überdrucke der CONTRASTE dort auslegen würden. Versandkostenfreie Bestellungen unter contraste@t-online.de●

SPENDEN- UND ABOZÄHLER 2005

Das Zeitungsprojekt benötigt 2005 5.301,49 EUR an Spendengeldern.

Das Ziel der Abokampagne: 141+ Neuabos

SCHNUPPERABO

CONTRASTE zum kennenlernen? Gegen 5 EUR in Briefmarken/ Schein bekommt Ihr CONTRASTE drei Monate frei Haus. Das Schnupperabo ist befristet und läuft automatisch aus. Also, 5 Euro mit Eurer Anschrift und dem Vermerk »Schnupperabo« an CONTRASTE e.V., Postfach 10 45 20, D-69035 Heidelberg, einsenden.

Spendenkonto

Contraste e.V., Volksbank Bergstraße
BLZ 509 601 01, Kto-Nr. 64076

FORTSETZUNG VON SEITE 1

Mumbai) hob die Wichtigkeit der indischen Erfahrungen hervor, da sich dort die Notwendigkeit zeigte, das Forum in einen Prozess zu transformieren, der die ganze Zivilgesellschaft inner- und außerhalb der Seminarräume erfasst.

Diesbezüglich waren die Grenzen des Forum Mittelmeerraum vorbestimmt. Vielleicht auch deshalb, weil die Delegierten drei Tage lang innerhalb der Mauern der FIRA eingeschlossen blieben und nur selten den Kontakt mit der Bevölkerung Barcelonas suchten. Das war ein taktischer Fehler, der teils mit der Abschluss-Demonstration wieder gut gemacht wurde. Jedoch hat sie nicht einmal (und nicht zufällig), eine andere Demonstration gekreuzt, die gleichzeitig durch die Straßen der katalanischen Stadt zog (von der Anzahl weitaus größer, wenigstens 10.000 Teilnehmer). Diese andere galt der Verteidigung der Homosexuellenehe, die im spanischen Parlament verabschiedet wurde, doch von der spanischen Bischofskonferenz und den konservativsten Komponenten in der Zivilgesellschaft scharf angegriffen wurde.

Alternative Energie und Pressefreiheit

Unter den in Barcelona vorgeschlagenen Kampagnen (sie wurde von der Versammlung der sozialen Bewegungen übernommen und »kalenderreif gemacht« wie es auch auf dem letzten Forum in Porto Alegre geschah) ist die zum Weltenergievertrag. Die Kampagne wurde von Legambiente, Punto Rosso. Lilliput, Arci, Banca Etica zusammen mit anderen englischen und französischen Organisationen entwickelt. »Wie das Wasser ist auch die Energie als gesellschaftliches Gut zu betrachten«, erklärt Ciro Pesacane vom Umweltforum, »deshalb haben wir ein Netzwerk gegründet, das sich den Ausstieg aus den fossilen Brennstoffen (Kohle und Öl) zum Ziel gesetzt hat, und auf die erneuerbaren Energien setzt, weil man nur so Kriege verhindert.«

Unter den interessantesten Seminaren am dritten Tag des Forums (zusätzlich zu denen über die Bedingungen der Frauen in Palästina und die Bedingungen des Saharawi Volkes) drehte sich die Debatte um die Pressefreiheit im Mittelmeerraum. Kurz über die Situation des unabhängigen Journalismus in einigen Ländern im Süden, wovon die nicht zufällige Abwesenheit einiger Gäste in der Debatte zeugt: die des Algeriers Youcef Rezzoug, den das Visum versagt wurde und die der Journalistin Sihem Benzedrine, die in den letzten Monaten einer heftigen Diffamierungskampagne ausgesetzt war und gezwungen wurde, sich nach Deutschland zu flüchten. »Es gibt zwei Waffen mit denen die tunesische Regierung unbequeme Journalisten zum Schweigen bringt«, sagt Francesco Fiasco Amisnet, »mit Kampagnen der Diffamierung und mit Hilfe der Gerichte. Jeder, der in Tunesien ein Internetcafé besucht, hat ein Identitätsformular auszufüllen, das den Behörden erlaubt, die Websurfer aufzulisten und zu kontrollieren. Kürzlich wurden drei Jugendliche zwischen 18 und 20 Jahren zu dreizehn Jahren Haft verurteilt, weil sie terroristisch eingestufte Internetseiten besuchten.«●

AKTIONEN ZUR WAHL: KREATIVER WIDERSTAND

»Wahlen sind Akzeptanzbeschaffung für ein System, in dem die tatsächlichen Gestaltungsmöglichkeiten der Menschen verschwindend gering sind.« So heißt es auf einem Flugblatt der InitiatorInnen des Projektes »Wahlquark«, das bereits in den vergangenen Jahren vor allem in Hessen, aber auch in anderen Städten, den geordneten Wahlkampf gehörig durcheinander gebracht hatte. Die vorgezogenen Bundestagswahlen sollen erneut Anlass für kreativen Widerstand geben. »Die Stimmabgabe in wenigen Monaten ist wieder der Versuch, Mit- oder gar Selbstbestimmung zu verklären«, heißt es aus der Projektwerkstatt in Saasen (Kreis Gießen), aus der heraus eine Internetseite gestaltet und ein Aktionsset für alle zusammengestellt wurde, die die Wahl als passenden Anlass für Anti-Wahl-Aktivitäten sehen, um die »Verarschung« deutlich zu demaskieren und Diskussionen um eine Welt jenseits von demokratisch legitimierter Herrschaft anzuzetteln. Über diese Möglichkeiten und Beispiele kreativer Anti-Wahl-Aktionen informiert die Internetseite www.wahlquark.de.vu sowie ein Aktionsset aus Broschüre, CD mit Texten, Kopiervorlagen, Ausstellungsdateien und mehr, welches für 5 Euro plus Porto in der Projektwerkstatt, Ludwigstr. 11, D-35447 Reiskirchen oder über die Internetseite zu bestellen ist.

Kritik an neuen Parteigründungen

Scharfe Kritik kommt aus der Projektwerkstatt an neuen Parteigründungen. »Wir kämpfen gegen Stellvertretung, Menschen brauchen keine Regierungen. Da ist es unsinnig, zum x-ten Mal selbst für andere sprechen zu wollen, ohne die zu fragen«, kommentieren die AktivistInnen unter anderem die Bemühungen von PDS und WASG um die Bildung einer Linkspartei, bei der ständig darauf hingewiesen wird, soziale Bewegungen sollten im Parlament vertreten werden. Dass wollen die Menschen in der Wahlquark-Projektgruppe gar nicht. Sie sprechen lieber für sich. Für sie liefert der Wahlkampf viele Steilvorlagen für kreativen Widerstand und direkte Aktion: Von veränderten Wahlplakaten über zugespitzte Jubel-Performances bei Wahlkampfveranstaltungen bis hin zu Fakes oder verstecktem Theater in Wahllokalen sei alles möglich, betonen sie. »Nur die Wahl zu boykottieren, ist uns zu langweilig«, kündigen sie an. In einigen Städten sind sie schon als ReferentInnen für Infoveranstaltungen zu Anti-Wahl-Aktionen eingeladen. Sie hoffen aber auf eine breite Vielfalt an Aktionen überall.●

KURT'S SURF CENTER: FREMDENFEINDLICHKEIT IN EUROPA

Anders als die Anderen

Eine »Festung Europa«, bei der Grenzsicherung den »westlichen Lebensstandard« verteidigt und Störendes oder Anderes raushält... Ein solches Weltbild wäre den Innenpolitikern Europas freilich äußerst angenehm, legitimiert es doch ihre restriktive Einwanderungs- und Flüchtlingspolitik. Was aber denken die Menschen in Europa wirklich?

Ein Anwachsen der »gruppenbezogenen Menschenfeindlichkeit« stellen die Konflikt- und Gewaltforscher um Heitmeyer (Uni Bielefeld) für die vergangenen zwei Jahre in Deutschland fest. Von 2002 bis 2004 ist der Anteil derjenigen, die der Auffassung sind, dass in Deutschland zu viele Ausländer leben, von 55 Prozent auf 60 Prozent angestiegen. 73 Prozent waren 2004 der Ansicht, dass Moslems nicht in die westliche Kultur passen. 85 Prozent befürworten die stärkere Verteidigung von Recht und Ordnung.

Die Einstellung von Mehrheiten zu Minderheiten wandelt sich in Deutschland zusehends. Über 10 Jahre angelegte Panel-Untersuchungen von 3.000 repräsentativen Probanden beweisen einen Gezeitenwechsel der politischen Mentalität: Reaktionäres Gedankengut fasst beim deutschen Michel wieder Fuß und das in der Mitte seines politischen Herzens. Wollten sie 2002 »nur« 27,7 Prozent Ausländer »heimschicken«, weil Arbeitsplätze knapp sind, waren es 2 Jahre später schon 36 Prozent.

Die Soziologen erklären dies als Reflex auf Angst vor sozialem Abstieg. Wer selber an den gesellschaftlichen Rand gedrängt wird, reagiert mit kompensatorischen Schuldzuweisungen und schafft sich Feind- und Fremdbilder. Eine bisherige Minderheit von Menschen, die diesen Prozess durchlaufen, wandelt sich zur neuen Mehrheit.

Leider ist dies keine rein deutsche Tendenz, sondern wird in ganz Europa beobachtet. Überall wandelt sich die Einstellung von Mehrheiten gegenüber Minderheiten. Beate Winkler, Direktorin der »Europäischen Beobachtungsstelle von Rassismus und Fremdenfeindlichkeit« EUMC (www.eumc.eu.int/eumc/index.php) in Wien, kommt in einer im März veröffentlichten Studie zu vergleichbaren Ergebnissen. Laut dem »Eurobarometer« (http://eumc.eu.int/eumc/material/pub/eurobarometer/ EB2005/MR-194-03-05-01-DE.pdf), der die Einstellung zu Minderheiten, Zuwanderern und Asylsuchenden als Indikatoren der Intoleranz einer Gesellschaft untersucht, haben sich dramatische Wandlungen ergeben, die als unmittelbare Gefahr für den europäischen Integrationsprozess zu werten sind. So spricht sich etwa in allen 25 EU-Ländern durchschnittlich die Hälfte der Bevölkerung gegen kulturelle Vielfalt aus und glaubt, dass eine Gesellschaft nur begrenzt Menschen anderer Rassen, Religionen oder Kulturen aufnehmen kann.

Und so steht nur zu befürchten, dass aus den Verteidigern des »Abendlandes« um die Innenpolitiker Europas nur zu bald auch wieder beschränkte Verteidiger des »Vaterlandes« werden, wie es unsere Opas und Omas waren. Das soziale Klima, das hierzu geschaffen wurde, und die Interpretationsmuster von Rechtsaußen, die hierzu geliefert werden, beginnen zu greifen und werden zweifelsohne eine Welle neuer nationaler Egoismen und längst überwunden geglaubter Ressentiments auslösen.

Wann wird es in Deutschland wieder heißen: »Jeder Stoß, ein Franzos'! Jeder Schuss, ein Russ'!«? Aus der »Festung Europa« wird dann das alte Irrenhaus Europa mit seinen unsinnigen und blutigen Kriegen unter seinen Völkern.●

JETZT CONTRASTE FÖRDERN !

O Ich werde Fördermitglied bei CONTRASTE – Verein zur Förderung von Selbstverwaltung und Ökologie, dafür erhalte ich CONTRASTE jeden Monat umsonst.
O Mein Mitgliedsbeitrag beträgt ..... Euro pro Jahr.
(mindestens 62 Euro für Einzelpersonen, mindestens 154 Euro für juristische Personen)
O Ich bin bereits CONTRASTE-AbonnentIn und kündige mit dem Eintritt in den CONTRASTE-Verein mein Abo.
O Meine Mitgliedschaft soll sofort beginnen, ich zahle den Differenzbetrag zum Abo.
O Meine Mitgliedschaft soll sofort beginnen, ich zahle den vollen Mitgliedsbeitrag.
O Meine Mitgliedschaft soll mit Ablauf meines Abos beginnen.
O Schickt mir erst mal Eure Satzung.

Name, Vorname _____

Straße _____

Wohnort _____

Datum _____ Abo-Nr.: _____

Unterschrift _____

Coupon ausschneiden und einsenden an: CONTRASTE e.V.· Postfach 10 45 20 · D-69035 Heidelberg

ACAMPAMENTO INTERCONTINENTAL DA JUVENTUDE 2005, BRASILIEN

Ein Labor der Selbstverwaltung

Für die 5. Auflage des Weltsozialforums (WSF) zog es dieses Jahr Ende Januar wieder hunderttausende Menschen nach Porto Alegre in Brasilien. Während das WSF im linken Blätterwald auch hierzulande mit zahlreichen Artikeln bedacht wurde, wurde das Acampamento Intercontinental da Juventude (AIJ) dabei allenfalls in Nebensätzen erwähnt oder als kostenlose Übernachtungs- und Partymöglichkeit für TeilnehmerInnen des Forums wahrgenommen. Dabei ist es weit mehr.

Timo Bartholl, Jonathan Aichroth

Blick auf einen Teil des Camps. Schattenspendende Netze schützen vor der heißen Tropensonne. In der Mitte ist zu sehen, wie ein Demozug in das Camp kommt.

Von der kostenlosen Übernachtung...

Als im Jahr 2001 die »Bewegung der Bewegungen« zum ersten Mal als Weltsozialforum das Licht der Welt erblickte, um gegenüber dem Weltwirtschaftsgipfel in Davos ein zivilgesellschaftliches Gegenüber aufzubauen, waren nur »Delegierte« von Organisationen zu den Veranstaltungen des Forums eingeladen worden.

Als Reaktion auf diese Tatsache und um auch armen Bevölkerungsgruppen zumindest in Form von kostenlosen Übernachtungsmöglichkeiten die Teilnahme am Forum zu ermöglichen, besetzte ein Teil der TeilnehmerInnen des Forums einen Park. Das erste Acampamento war geboren.

Zunächst hatten auch im Camp vor allem organisierte Kräfte das Heft des Handelns in der Hand, meist junge Leute aus sozialen Studierendenbewegungen und Parteijugendgruppen, die beide in Brasilien traditionell stark organisiert sind. In diesem ersten Camp dominierten im ersten Jahr demzufolge vorwiegend noch sozialistische Diskurse. Schnell weckte das Camp jedoch vielfältiges Interesse. Unabhängige aktive, vorwiegend junge Menschen und verschiedene Gruppen begannen sich bei der vorbereitenden Organisation für das zweite Camp 2002 zu beteiligen und brachten neue Themenfelder und neue Formen der Organisation ins Blickfeld. Das hatte zur Folge, dass das zweite Camp schon im Vorfeld als vom Forum unabhängiger eigenständiger Prozess konzipiert wurde.

Finanziell zwar weitgehend vom Forum abhängig, sollte das Camp mit komplett eigener Infrastruktur und eigenen Veranstaltungen einen eigenständigen offenen Raum schaffen. Dabei schwang nicht ganz unbeabsichtigt in der bloßen Existenz des Camps Kritik am Forum mit. Nach Ansicht vieler Camp-TeilnehmerInnen war das Forum in der Praxis schon in den ersten beiden Jahren bei der Verwirklichung eines offenen Raumes an verschiedenen Punkten gescheitert. Mangelnde Transparenz bei Entscheidungen wie auch bei den Finanzen oder finanzielle Unterstützung bspw. durch die Petrobras, einer brasilianischen Ölgesellschaft, waren auch dieses Jahr wieder die Hauptkritikpunkte.

...zum Experiment der Selbstverwaltung.

Das Camp wollte, wenn auch nicht alles, so doch vieles besser machen. Der Schwerpunkt lag ganz klar in der Praxis. Nicht das Ergebnis an sich, sondern vor allen Dingen der Weg dahin, das WIE sollten im Mittelpunkt stehen. Mehr und mehr verschob sich die Priorität von einem effizient geplanten, im Vorfeld durchorganisierten Camp hin zu einem experimentellen Labor der Praxis. Ein horizontaler, offener Raum sollte entstehen, in dem vom ersten Tag an die Verantwortung für die weitere Entwicklung in den Hände aller TeilnehmerInnen liegen sollte. Das offensive Bekenntnis zur Vielfalt bedeutete in der Praxis natürlich auch, dass verschiedene Menschen die grundlegenden Konzepte auf verschiedene Arten interpretieren und umsetzen wollen.

...von der »Stadt der Städte« hin zu neuen Ideen sozialräumlicher Organisation des Zusammenlebens

Während das räumliche Konzept der »Stadt der Städte«, so der Name des Camps 2003, eher an eine klassisch funktionalistische Raumaufteilung auf zentralistischer Logik basierend angelehnt war, wurde dieses Jahr eine mögliche Zentralisierung bewusst vermieden und mit einem dezentralen Infrastrukturkonzept gekontert.

Sieben Aktionszentren und 14 zusätzliche kleinere Zentren sollten für die Dauer des Camps die zentralen Knotenpunkte der Selbstverwaltung sein. Gleichzeitig bildeten sie die Kristallisationspunkte für verschiedene Hauptthemen und soziale Kämpfe.

Sechzig kleinere »Nachbarschaftszentren« als kleine Camps im Camp sollten die notwendige polyzentrische Grundlage für die Selbstverwaltung im »Wohnbereich« bilden. Hier lag das große Problem. Die Strukturen dafür wurden nie wirklich fertig gestellt und die zugrunde liegende Idee konnte nur dürftig an die CamperInnen übermittelt werden.

Zu überfordert waren die Verantwortlichen mit allen Vorbereitungen. Zu kurz die Zeitspanne, in der die Massen ins Camp kamen. So waren letztlich Viele auf sich allein gestellt und wussten vielleicht bis zum Ende des Camps nichts vom Grundkonzept.

Ungeahnte Dimensionen

Für das Camp wurden Infrastruktur und Programm dieses Jahr in weitaus größeren Dimensionen vorbereitet als in den Vorjahren. Jeder konnte Aktivitäten anmelden und im Camp durchführen. Insgesamt kamen so über 400 Aktivitäten zu den unterschiedlichsten Themen von Menschen aus verschiedenen Ländern zusammen. Teilweise von den veranstaltenden Gruppen so gewollt, lag in vielen Themenbereichen der Fokus deutlich auf brasilianischen Themen.

Das Camp funktionierte als ein großer Raum für Austausch, das Knüpfen von Netzwerken, für Debatten aller Art und das Zusammenbringen der verschiedensten Formen von sozialem, politischem und kulturellem Engagement. Gleichzeitig diente das Camp als Labor zur Reflektion und Neuerfindung von politischen Beziehungen und gesellschaftlichem Leben allgemein.

Mit 28.000 offiziell angemeldeten TeilnehmerInnen und insgesamt wohl tatsächlich rund 35.000 Personen stieß das Camp dieses Jahr jedoch definitiv an seine organisatorischen Grenzen. In vieler Hinsicht platzte die Zeltstadt ziemlich aus seinen Fugen. Die dezentrale räumliche Organisation führte dazu, dass es nur wenige partyfreie Ruhezonen gab. Seitens der »politisch Ambitionierten« waren denn auch viele Klagen zu hören, dass viele Leute einfach nur zum Feiern im Camp waren.

Ohne »Festa« hätte das Camp jedoch sicherlich deutlich weniger Zulauf und so war für jedeN Passendes geboten: kleine Workshops – große Konferenzen; Laute Musik zum Abfeiern – besinnliches Zelebrieren des Sonnenuntergangs im spirituellen »Dorf des Friedens«; Drogenunterstütze Reisen in andere Welten – Massage und alternative Gesundheits- und Kommunikationspraktiken; politische Debatten und Demonstrationen – künstlerische Darstellungen.

Zum Ende hin wurde es jeden Abend voller und es wurde viel geklaut, Zelte aufgeschlitzt, Gerüchte von Vergewaltigungen (die sich nicht bestätigten) machten die Runde – der von der Strasse angeheuerte Security-Dienst hatte dem wenig entgegenzusetzen.

Angesichts massiver Probleme, beispielsweise die Sicherheit oder Müllentsorgung betreffend, muss die Frage gestellt werden, wie horizontale Organisation oder aktive Partizipation aller Teilnehmenden in dieser immensen Größenordnung und in dieser begrenzten Zeitspanne noch umgesetzt werden können.

Gerade aus Sicherheitsgründen wäre eine bessere Basis-Struktur notwendig gewesen. So konnten nur die, die schon als Gruppen anreisten oder früh im Camp waren, es schaffen, sich angemessen zu organisieren. Es hat eben auch unschöne Seiten, ein Experiment, bei dem wir uns den Strukturen und Hüllen zu entledigen versuchen, die uns im Alltag davor hüten sollen, Konflikte wirklich auszutragen. Im Camp sind alle gleich mit ihren Zelten als Behausung und eben spürbar näher beieinander. In einem öffentlichen Park in einer Großstadt, in der große soziale Ungerechtigkeit herrscht, wäre es wohl schwer möglich und nicht gerade wünschenswert, wenn sich die Mittelklasse-Weltverbesserer einfach abschotteten. So werden nicht Wenige nicht nur gute Erinnerungen mit nach Hause genommen haben.

Und es funktioniert doch

Trotz aller Spannungen, Planungschaos und völliger Überlastung der wenigen Personen, die den Durchblick hatten, wurde mit viel Improvisation, aktiver Mitarbeit und Geduld vieler TeilnehmerInnen Beachtliches auf die Beine gestellt. Wer einigermaßen wusste, was alles nicht so klappte, wie es sollte (also fast alles), war fasziniert davon, wie die Teile sich doch irgendwie zusammenfügten, wieviel »Mikro« den Aufwand wert machen. Das Mikro macht den Unterschied und das ist es auch, was viele Leute antreibt, an dieses künstliche temporäre Gebilde namens »Acampamento Intercontinental da Juventude« zu glauben: Mikroaustausch, kleine neue Impulse, Neues kennen lernen, sich inspirieren lassen, Geben und Nehmen – die Revolution fängt im Detail an.

»Reuniaode Bairro« (Stadtvierteltreffen) in der Anfangsphase des Camps. Wie sollen unsere Straßen verlaufen? Wie entsorgen wir unseren Müll? Wer macht wann Sicherheitsrundgang?

Was ich mache jeden Tag, wie ich die Dinge angehe, wie ich mich selber sehe. Das WIE ist es überhaupt, welches den ganzen Prozess von anderen unterscheidet oder unterscheiden soll, ohne dabei natürlich die Bedeutung konkreter Resultate zu vernachlässigen.

Das Camp als Labor dafür, wie wir uns räumlich anders und besser organisieren können um neue Formen des gesellschaftlichen Zusammenlebens zu verwirklichen – ein hoher Anspruch, dem man zum Teil sehr nah kam, zum Teil sehr fern blieb. Viele Reproduktionen der realen Welt, sozialräumliche Ungleichheiten, konnten nicht vermieden werden und dennoch trug die räumliche Aufteilung merkbar positiv zur dynamisch wuselnden und Energie geladenen Camp-Atmosphäre bei.

Der Samen geht auf – von Porto Alegre in die Welt

Das Ziel bei den meisten Menschen, die sich mit der Camp-idee im Sinne des Camps Porto Alegres auseinandersetzen, ist dabei eindeutig, einen Prozess zu speisen und am Leben zu erhalten, der sich nicht auf die Veranstaltung von Events wie den Camps beschränkt. Sie sind zwar ein zentraler Bestandteil, aber der Organisationsprozess insgesamt, die Vernetzung vielfältiger Akteure verschiedener Länder, Selbstreflexion, kritische Auseinandersetzung mit sich und der Welt auf persönlicher wie kollektiver Ebene sind alle so wichtig und präsent, dass auf jeden Fall von einem Prozess gesprochen werden kann. Das WIE ist dabei mindestens so wichtig wie das WAS (man erreichen will, etwa die Durchführung eines Camps/eine Aktion, etc.), auch wenn das natürlich nicht immer funktioniert und diesbezüglich auch vielfältige Meinungen herrschen.

Ein kleiner aber für einige Personen wichtiger Schritt für das Aufrechterhalten eines Prozesses, welcher dazu führen kann, die Ideen und Erfahrungen aus den Intercontinental Youth Camps in andere Länder und Lebensbereiche zu tragen, war die Gründung des etwas unglücklich benannten RRG-Netzwerks (Rede de Resistência Global (port.) = Globales Widerstandsnetzwerk), welches eine Plattform bietet für Informationsaustausch vor allem zu Themen rund um temporäre Räume kreativen Widerstands wie den Camps. Derzeit ist eine Website in Planung, um die verschiedenen Camps und Prozesse mehrsprachig bekannt zu machen. Einige Prozesse und Camps in den letzten Jahren, die auch am RRG-Netzwerk teilnehmen, sind die seit drei Jahren jährlich stattfindenden Camps (Campement Quebecois de la Jeunesse) in Quebec, Kanada, das Evian-Camp beim G8-Gipfel 2003 und das Camp beim WSF 2004 in Mumbai, Indien. Zuletzt im Mai wurde ein Autonomie-Camp in Mexiko mit 600 Teilnehmer/innen durchgeführt.

Wer sich zu solchen Themen und Initiativen mit vernetzen und austauschen will kann sich unter http://listas.softwarelivre.org/cgi-bin/mailman/listinfo/rrgin die RRG-Mailingliste rrg@listas.softwarelivre.org eintragen (Sprachen: Englisch, Spanisch, Portugiesisch).

Ein anderer Prozess, der mit Camp in Verbindung steht ist das »Sozialforum von unten«, welches während des ersten Sozialforums in Deutschland in Erfurt vom 21. bis 24. Juli 2005 stattfinden wird. Zwei Tage vor Beginn soll ein Camp auf demselben Gelände beginnen, um zusammenzuleben und gemeinsam die Räumlichkeiten einzurichten und vorzubereiten. (Infos unter www.sozialforum-von-unten.de oder durch Teilnahme an der Mailingliste offenerraum@listi.jpberlin.de (Eintragen unter: http://listi.jpberlin.de/mailman/listinfo/offenerraum)

Allen Initiativen sind wie in Porto Alegre das Streben nach Horizontalität, Selbstverwaltung, Autonomie und Vielfalt. So auch beim lokalen welt2raum-Projekt in Tübingen. Das Projekt besteht seit 2004 als Plattform für Austausch, Reflexion und kreative Aktionen. Gegenwärtig gibt es viele kleine Treffen und für Anfang August ist wieder ein Camp oder Ähnliches im Gespräch (2.-9. August). Mehr Infos dazu unter www.welt2raum.de (Dort auch Infos zu anderen Camps, RRG, etc.).

Die Idee des Camps in Porto Alegre in vielfältiger Form und an vielen verschiedenen Orten zu leben, zu verfeinern, lokal anzupassen und an immer mehr Orten kreativ und konstruktiv Widerstand zu leben wird also immer mehr in die Tat umgesetzt. Vielleicht ja auch bald in eurer Stadt oder Region...●

Anzeige

LOS GEHT'S 2005

Strand im Getriebe

»Zum ersten Mal im Leben fühle ich mich sicher« meinte Sebastian, dem in seinen jungen Jahren schon viel Arges widerfahren ist. Sicher fühlte er sich im quirligen Treiben des fünften »Los geht's – Treffen« in Waltershausen bei Erfurt.

»Strand im Getriebe« begeisterte mit eigenen Texten und Kompositionen. Die Bremer Gruppe tritt auch bundesweit auf. (strandimgetriebe@yahoo.de)

Ariane Dettloff, Redaktion Köln ● Gastgeber war die Kommune *KoWa*, die dort vor zwei Jahren die ehemalige Puppenfabrik samt Gelände erwarb. Aus den Backsteinziergiebeln wachsen Birkensprößlinge, im »Ballsaal« bröckelt der Putz und unterm Dachgebälk verhüten Eimer Wasserschäden. Allen Widrigkeiten zum Trotz wird kräftig gebaut und gewerkelt. Hier wird eine Großkommune mit bis zu 100 Menschen entstehen. Für zwanzig ist bereits Wohnraum geschaffen worden. Ein großer Garten liefert Gemüse und Obst. Die öffentliche Kommune-Kneipe ist eröffnet.

Ein ideales Gelände auch für die 300 Menschen, die zu Pfingsten gekommen waren, um neue Kommunegruppen zu gründen, Kontakte zu bestehenden Projekten zu knüpfen, an den vielen Workshops teilzunehmen oder zum Klönen und zum Feiern.

Auf der Bühne boten die Kommuneband »Menschliches Versagen« aus Niederkaufungen, das »Kurorchester« der Kooperative Haina, der Chor aus Waltershausen und die Bremer Frauenband »Strand im Getriebe« ein mitreißendes Programm. In den Kommunespezifischen Workshops ging es u.a. um konstruktive Konsensbildung, Chancen freier Arbeit und gemeinsamer Ökonomie, gewaltfreie Kommunikation, nichtmonogame Beziehungen und ökologisches Handeln. Auf der Projektemesse präsentierten sich 30 verschiedene Gruppen, Kommunen und Projektideen – vom Ökodorf am Amazonas bis zur Antifagemeinschaft in der Großstadt.

Fünf neue Kommunegründungsgruppen haben sich gebildet, die noch MitmacherInnen suchen.

- Raum Kaiserslautern-Neustadt/Weinstraße, 0631-626 43 63, info@zeit-der-freiheit.de, www.zeit-der-freiheit.de
- Köln3, 0711-9968119, info@komm-los.de, www.komm-los.de
- Brandenburg, Bioveganes Hofprojekt, 030-24613052, www.bioveganes-hofprojekt.de.vu
- Umfeld Berlin, susigel@gmx.net
- Nordlichter, Umfeld Hamburg, 040-43252200, hatto@gmx.at

Noch im Mai ging's los im Schloß Tonndorf in der Nähe von Weimar. Dort startete ein Wohn- und Arbeitsprojekt von 20 Menschen, die noch Zulauf erhoffen (www.schloss-tonndorf.de).●

AKTIONSTREFFEN

Baut die Schulen ab, damit wir lernen können

Lernen ist ein kreativer Prozess. Ich entdecke eine interessante Frage und begebe mich auf die Suche nach der Antwort. Ich suche Unterlagen, tausche mich mit anderen Menschen aus und forsche. Irgendwann gerate ich an einen Punkt an dem ich mit diesem selbstbestimmt angeeigneten Lernstand zufrieden bin, oder das Thema läßt mich nicht mehr los.

Dann gibt es das, was normalerweise als Schule bezeichnet wird. Junge Menschen müssen hierzulande zwangsweise dort anwesend sein. Ein paar ältere Menschen sagen ihnen dann was sie lernen sollen oder stellt ihr Wissen (bei einigen »freien« Schulen) den »Schülern« zur Verfügung. Von selbstbestimmten Lernen kann keine Rede sein.. Eingequetscht zwischen Altershierarchien und Zwangsaufenthalt wird ein fremdbestimmter Lehrplan eingetrichtert. Feste Unterrichtszeiten, frühes Aufstehen und Benotung disziplinieren und normieren die jungen Menschen. Das Ziel ist die Schaffung von Humankapital welches den größtmöglichen wirtschaftlichen Nutzen bringt. Heraus kommt dann ein Mensch, der mit dem Ende seiner Unmündigkeit zu einem unmündigen Bürger wird. Diese Erziehungsanstalten in Frage zu stellen hieße diesem Staat sein wichtigstes Standbein zu entziehen.

Was fehlt sind freie Lebens- und Lernorte an denen jede/R alltäglich den Lerninteressen nachgehen kann. Unabhängig vom Alter und der wirtschaftlichen Verwertbarkeit. Voneinander und miteinander Lernen und Leben. Gemeinsam interessanten Fragestellungen nachgehen. Vorhandenes Wissen und Fertigkeiten genauso wie Fragen kundtun. Ein lebenswertes Miteinander ist ein gleichberechtigtes kreatives. Freie Lernprozesse, die nicht zweckgerichtet sind könnten die Basis dessen darstellen. Die Erziehungsanstalten, die sich da Schule nennen sind eher hinderlich. Erst recht, wenn der Besuch derselbigen eine Zwangsveranstaltung darstellt. Darum sollten sinnigerweise selbige abgebaut und Freiräume aufgebaut werden. Wir brauchen keine Leerpläne, wissen selber was gut für uns ist und was wir von wem wie lernen wollen. Kreative direkte Aktionen an Schulen und sonstigen Erziehungsorten machen Spaß, helfen aus der Zwangsschülerrolle zu entkommen und können der erste Schritt in Richtung Eigenständigkeit sein. Egal, ob Zeugnisse verbrannt werden, schulfrei ausgerufen wird, die Schule zum Knast umgeformt oder anderweitig verschönert wird (Siehe auch: www.de.anarchopedia.org/index.php/Projekte:Schulaktionen). Hauptsache es entstehen Debatten über Schule, Alternativen und Selbstorganisation im Alltag.

Tanzen wir ihnen auf der Nase rum bis sie aufgeben oder mittanzen auf dem Ball der unbegrenzten Möglichkeiten des freien Lernens.

Nur die Freiräume müssen wir schon selber schaffen. Da hilft uns kein Staat und keine Erziehungsanstalt. Brauchen die auch nicht. Wir lernen voneinander und bauen miteinander das auf, was wir wollen. Egal, ob es sich dabei um das Erlernen von Kulturtechniken, um handwerkliche Techniken, Theorie jeder Art oder was auch immer handelt.

Damit das alles keine hohlen Phrasen sind, sondern dem auch Praxis folgt wollen wir uns vom 19.-21.August in der Traumschule zu einem Bildungskritischen Aktionstreffen zusammenfinden. In einem open space kann dann überlegt werden, wie, wann und wo was getan wird um eine freie Bildungslandschaft zu gestalten. Die Vorgaben dieses ersten großen Treffens sind nicht konkret, damit sich alle Interessierten einbringen können. Es sollen örtliche Projekte und Aktionen aufgebaut und unterstützt werden. Einerseits sollen kreative direkte Aktionen zu Schulkritik und Kinderrechten laufen, anderseits sollen Freiräume aufgebaut werden. Mitmachen kann da jede/R.●

Kontakt: Traumschule, Dorfstr.78a, D-29416 Riebau Tel.:(03 90 37) 95 89 93

LOS GEHT'S 2005

Gruppengründung konkret

Markus Brand ● Das »Los geht's« 2005 in Waltershausen war das erste Kommunefindungstreffen, an dem ich teilgenommen habe. An sich hätte mich das Wort Kommunefindung bereits darauf hinführen können, was mich erwartet. Trotzdem wurde ich vom Ablauf des Camps auf falschem Fuß erwischt, und wie sich zeigen sollte, war dies das beste, was mir hätte passieren können. Meine Erwartung war nur, eine Kommune kennen zu lernen und mit anderen darüber zu kommunizieren, wie theoretisch Kommuneleben organisiert sein kann. Nach Waltershausen finde ich mich als Teil einer Kommunegründungsgruppe wieder, die eine Mailingliste eingerichtet hat und neben einem ersten Treffen in der ersten Juniwoche mehr oder minder konkret weiß, wo und von welcher Art die zu gründende Kommune sein soll.

Bereits am ersten Tag des fünftägigen Camps fand eine (von den VeranstalterInnen fest im Programm verankerte) Gruppeneinteilung statt. Im Ballsaal stellten sich die Teilnehmer dem Ort ihrer Wunschkommune entsprechend auf. Damit waren keine konkreten Städte gemeint, sondern eine Zuordnung nach Stadtnähe oder -ferne. So fanden sich Personen, für die eine Kommune in der Stadt, am Stadtrand, mit Stadtanbindung, auf dem Dorf und möglichst weit entfernt von jeglicher Zivilisation in Frage kam. Ich entschied mich bei dieser ersten Gruppeneinteilung mit ca. 15 anderen Personen für einen Ort mit möglichst guter Stadtanbindung. Das erste Gruppenfindungstreffen mit diesen fünfzehn fand geleitet von zwei TeamerInnen am nächsten Tag in Zelt A statt. Entsprechend hießen wir dann »Gruppe A«. Die unserer Gruppe zugeteilten TeamerInnen gaben eine Grundorganisation der Treffen vor und brachten neben ihrer eigenen Erfahrung in Kommunen diskussions- und lösungsfördernde Spiele ein.

Nach dem ersten Kennenlernen wurden verschiedene Themenrunden gemacht: zur eigenen Vorstellung der Wunschkommune und sehr konkret zum Wunschort der Kommune. Unter anderem kristallisierte sich dabei in unserer Gruppe ein genereller Wunsch nach einer starken gemeinschaftlichen Bindung heraus. Die Gruppenfindungstreffen fanden jeden Nachmittag für ca. vier Stunden statt. Anschließend konnte sich die Gruppe auf dem sogenannten Markt dem gesamten Camp vorstellen, um die Ergebnisse aus der Gruppe zu präsentieren und willigen WechslerInnen aus anderen Gruppen aufzuzeigen, wo sich die Gruppe in ihrem Denk- und Diskussionsprozess gerade befindet.

»Bunt statt Braun« hieß das Motto der 150 Gegendemonstranten vom »Los geht's« auf dem Marktplatz in Waltershausen. Ein Grüppchen von Neonazis hatte dort unter großem Polizeischutz einen Infostand errichtet. Ihr Transparent überraschte mit dem Slogan »Kapitalismus ist nicht reformierbar – für eine sozialistische Alternative«, natürlich reindeutsch gemeint.

Bereits am zweiten Tag zeigten sich in unserer Gruppe größere Differenzen, die weniger mit Sympathie zu tun hatten, als mit konkreten unterschiedlichen Positionen wie gewünschter Stadt und Maß der gemeinsamen Ökonomie. Damit kam es zu einer konsequenten Aufsplittung der A-Gruppe in vier Kleingruppen. Die meisten davon schlossen sich am nächsten Markt der Gruppenfindung einer anderen Gruppe an oder fusionierten mit anderen Abspaltungen. Unser Gruppenteil fand beim »Markt der Gruppenfindung« eine Gruppe mit Namen »Kleine Sicherheit am Rande der Stadt«, die sich ebenfalls mit Stadtanbindung in Nordostdeutschland ansiedeln wollte und der eine gemeinsame Ökonomie wichtig war.

Beide Gruppen fusionierten schließlich am dritten Tag des Camps zur ca. 20 Personen starken Großgruppe »Kleine Sicherheit am Rande der A2«. Nach wie vor von TeamerInnen begleitet wurden weitere Themen aufgearbeitet und die Meinungen dazu ausgetauscht: Gemeinschaft, Alltagsökonomie, Vermögensökonomie, städtische Anbindung, Politik und Arbeit. Beim letzten Gruppenfindungstreffen wurde schließlich beschlossen, via Mailingliste und Treffen zu einer Kommunegründungsgruppe hin zu wachsen. Niemals hätte ich von meinem ersten »Los Geht's!« erwartet, dass Kommunegründung innerhalb weniger Tage so konkret sein kann. Ich empfand die Zeit in Waltershausen als sehr produktiv und freue mich drüber, dass aus meiner Utopie ein realer, greifbarer Ansatz zur Gründung einer Kommune geworden ist.

Los geht's!●

GEMEINSCHAFTSSIEDLUNG NEUMÜHLEN

Ökologisch & gemeinschaftlich wohnen in Verden

Individuell und trotzdem gemeinschaftlich und ökologisch planen, bauen und leben, das war die Ausgangsbasis der Projektgruppe »Gemeinschaftssiedlung Neumühlen«. Das Grundstück mit 5.000 qm, das die Gemeinschaft nach einjähriger Planungs- und Suchphase 2003 in Verden erworben hat, liegt im Stadterweiterungsgebiet Neumühlen direkt am Waldrand.

Sebastian Friederichsen, Red. Selbstorganisierte Lebensgemeinschaften ● Die Bewohner der Ökosiedlung Neumühlen verbindet die Idee einer gemeinschaftlichen Lebensform und ökologischer Grundsätze mit gesellschaftlichem Engagement, hinter dem ein linkes politisches Selbstverständnis steht. Um ihre gemeinschaftlichen und ökologischen Ziele abzusichern, wurde das Grundstück zusammen mit der Wohngenossenschaft »Aller Wohnen« gekauft. Die einzelnen privaten Baugrundstücke wurden dann durch einen Erbpachtvertrag an die Siedler zeitlich unbegrenzt verpachtet.

Zur Zeit stehen auf dem Gelände sieben Doppelhaushälften und zwei Einfamilienhäuser in Niedrigenergie- und Passivhausausweise, in denen Einzelpersonen aber auch Familien mit Kindern leben. Gebaut wurde individuell aber aufeinander abgestimmt und nach ökologischen Kriterien, d.h. es wurden fast ausschließlich ökologische Baustoffe verwendet. Alle Häuser haben nach Süden ein hin viele Fenster und nur wenige nach Norden, um die Sonnenenergie optimal zum Heizen des Hauses zu nutzen.

In den Passivhäusern gibt es keine Heizungen. An kalten, bewölkten Tagen gibt es zur Wärmegewinnung eine Lüftungsanlage, die Luft von draußen auf bis zu 30 °C erhitzt und somit für eine Mindestwärme von 19 °C im Haus sorgt. Für die Niedrigenergiehäuser gibt es ein Blockheizkraftwerk, das mit Rapsöl gespeist, eine Leistung von 26 kW hat und auch für Warmwasser in allen Häusern ausreichend Energie liefert. Damit liegt der Energieverbrauch aller Häuser weit unter dem Durchschnitt, was auch an einer sehr guten Wärmedämmung liegt. Der Wasserverbrauch wird durch eine Pflanzenkläranlage auf dem Grundstück verringert: diese sammelt die »Grauwässer« aus Dusche und Waschbecken und stellt sie nach der Klärung für die WC's zur Verfügung.

Auf dem 2.000 qm großen Gemeinschaftsbereich steht das Gemeinschaftshaus, dessen Mitfinanzierung eine Voraussetzung für das Wohnen in der Ökosiedlung ist. Es wird genutzt für Feiern, Meditation, Tangokurse, als Werkstatt und soll nach Ausbau von Schlafzimmern auch für Seminare und Gästeunterbringung genutzt werden. Außerdem wird es eine Sauna geben. Auf dem großen gemeinsamen Grundstück sollen ein Badeteich, ein Volleyballfeld, eine Liegewiese und ein Grill- und Kinderspielplatz entstehen. Der Gemeinschaftsbereich ist über einen Verein organisiert, dem alle Siedler angehören, dem aber auch Menschen außerhalb der Siedlung beitreten können, wenn sie die Gemeinschaftseinrichtungen mitbenutzen oder mitfinanzieren möchten. Auf ca. 2-wöchentlichen Plena werden alle gemeinschaftlichen Angelegenheiten nach Möglichkeit im Konsens entschieden. Sollte dies einmal nicht gelingen, gibt es einen festgelegten Verfahrensweg u.a. mit Mediation, um zu einer Einigung zu kommen.●

Infos zur Gemeinschaftssiedlung: Tel. (0 42 31) 93 79 60

SOZIALISTISCHE SELBSTHILFE KÖLN-MÜLHEIM

Arbeiten hat wieder Sinn

Seit August des Jahres 2003 arbeite ich bei der Sozialistischen Selbsthilfe Köln-Mülheim (SSM) und seit März 2004 wohne ich auch auf dem Gelände. Dass es mich ausgerechnet hierhin verschlagen hat, verdanke ich einer Aneinanderreihung von Zufällen.

Wilfried Stegemann, SSM ● Zum einen lebte ich schon einige Zeit in Mülheim, zum anderen wurde ich gerade mal wieder arbeitslos. Bis dahin hatte ich mich als Facharbeiter, Lagerarbeiter und auch mal als Student mehr schlecht als recht durchs Leben geschlagen. Nur für den Gewinn eines Unternehmens zu arbeiten, war mir zwar immer eine Zumutung, doch hatte ich mich auch längst damit abgefunden, gegen halbwegs anständige Bezahlung einer, wenn auch verhassten Tätigkeit nachgehen zu müssen. Schließlich muss der Mensch von was leben. Mit den über Jahrzehnte erkämpften sozialen Leistungen wie Jahressonderzahlung, Urlaubsgeld, Kündigungsschutz und Arbeitszeitverkürzung konnte man die Verhältnisse eines Facharbeiters außerdem fast schon als gutbürgerlich bezeichnen. Wer sich allerdings näher mit der Marktwirtschaft beschäftigt hat, weiß, dass man sich niemals seiner Errungenschaften sicher fühlen sollte, schon gar nicht als abhängig Beschäftigter.

Im Zuge der Globalisierung machten ab Anfang der Neunziger Jahre neue Unternehmenskonzepte die Runde. Plötzlich mussten meine Kollegen und ich an Kursen teilnehmen, wo uns was von flachen Hierarchien und mehr Eigenverantwortung des einzelnen Arbeitnehmers erzählt wurde. Jetzt sollten wir nicht nur arbeiten, sondern auch noch mit Begeisterung unser Unternehmen voranbringen, ja sollten denken, fühlen, wetteifern wie der Unternehmer selbst. Das wurde alles äußerst attraktiv vermittelt, als modern und innovativ, ganz abgesehen davon als ohnehin unabdingbar um weiter wettbewerbsfähig zu bleiben. Heute ist offenkundig, dass mit diesen Konzepten vor allem die Solidarität der Arbeitnehmer gesprengt worden ist. Konkurrenzdenken und Denunziantentum gelten in der heutigen Arbeitswelt nun schon als normale Verhaltensweisen. Die Umerziehung der Gesellschaft zu einer Masse von Einzelkämpfern hat obendrein zum allmählichen Verlust fast aller, früher selbstverständlichen sozialen Errungenschaften geführt. Meine Kündigung habe ich unter diesen Umständen fast schon als Erlösung empfunden, doch die Arbeitslosen werden ja auch nicht in Ruhe gelassen. Die Aussicht, mich erneut auf dem offiziellen Arbeitsmarkt anbieten zu müssen, widerstrebte mir zutiefst. Was konnte ich statt dessen tun?

Der SSM kannte ich bereits durch Presseberichte, da ich mich in den vergangenen Jahren immer mehr für alternative Formen des Arbeitens und Wirtschaftens zu interessieren begann. Nun lag diese Gruppe lediglich einen Spaziergang weit von meiner damaligen Wohnung entfernt. Im Sommer 2003 lief ich schließlich zur Sitzung auf, schilderte meine Situation und konnte zu meiner Überraschung sofort mitmachen. Ein halbes Jahr habe ich erst mal als sogenannter Praktikant mitgearbeitet, soweit mein Status als Arbeitsloser dies zuließ, bis endlich eine Wohnung frei wurde. Seitdem bin ich Mitglied im SSM und habe mein Auskommen.

Für mich bedeutet der SSM weder eine Ergänzung zum offiziellen Arbeitsmarkt, noch verstehe ich ihn als eine Art Auffanglager für Bedürftige und Gescheiterte aller Art. Der SSM ist viel mehr eine echte und vor allem praktische Alternative zum bürgerlich-liberalen Verständnis von Leben und Arbeiten. Dieses ist doch letztendlich nur auf Erwerb und Wachstum um jeden Preis ausgerichtet, und dem hat sich das Individuum gefälligst bis ins Private unterzuordnen. In erschreckendem Ausmaß folgen die meisten Menschen den Prinzipien der Marktwirtschaft nur all zu bereitwillig, auch wenn es sich vom Realeinkommen her immer weniger lohnt. Dass Seele, Geist und Körper gar irreparable Schäden davon tragen, ist ein Indiz für das Ausmaß, das die Verbetriebswirtschaftung der Gesellschaft bereits angenommen hat. Menschen mit einer Spur von Gewissen und einem Bedürfnis nach sozialer Verankerung haben es hingegen immer schwerer, geschweige denn Kranke, Behinderte oder sonst wie Hilfsbedürftige. Beim SSM arbeite ich nun mit ehemals Drogenabhängigen, Behinderten, Ex-Knackis und gesellschaftlichen Außenseitern aller Art zusammen. Aus verschiedenen Gründen hätten die meisten von uns auf dem offiziellen Arbeitsmarkt nicht die Spur einer Chance. Ich z. B. gelte mit 40 Jahren schon als schwer vermittelbar. Darüber hinaus habe ich einen mehr als krummen und lückenhaften Lebenslauf mit wenig netten Arbeitszeugnissen.

Seit etwa einem Jahr kümmere ich mich schwerpunktmäßig um den SSM-Gebrauchtwarenladen. Dieser Laden ist zumindest in dreierlei Hinsicht wichtig für uns. Zunächst versorgt sich die Gruppe, aber auch Bedürftige, aus ihm mit Kleidung, Hausrat und allem, was der Mensch so zum Leben braucht. Der Großteil der Waren wird jedoch verkauft und dient so als Einnahmequelle für den SSM. Wichtig ist aber auch der kommunikative Aspekt, denn Ladentag ist für den SSM gleichzeitig Tag der offenen Tür. Hier redet man über die Tagesereignisse, es werden Informationen aller Art ausgetauscht oder es wird ganz einfach nur gequatscht. Kinder dürfen spielen und Hunde müssen auch nicht draußen bleiben, die Atmosphäre ist betont zwanglos. Häufig werde ich auch von Interessierten über die aktuellen Ereignisse beim SSM befragt, z.B. über unsere Auseinandersetzungen mit der Stadt Köln.

Natürlich muss auch in diesem Laden Geld verdient werden. Im Prinzip verkaufen wir alles, was uns bei den Wohnungsauflösungen in die Hände fällt, von der Pinzette bis zum dreitürigen Eichenschrank. Den Schwerpunkt bilden jedoch nützliche Gebrauchsgegenstände aller Art. Wer in den SSM-Laden geht, sucht in der Regel nach einem billigen Elektroherd, einer Waschmaschine oder nach gut erhaltenen Möbeln, Lampen und Geschirr. Sehr beliebt ist auch unser Kleiderladen, wo sich manches gute Teil für wenig Geld erstehen lässt. Ein weiterer Kundenkreis ist besonders an unserer reichhaltigen Auswahl an Porzellan und Glas interessiert. Darunter befindet sich nicht selten ein besonders edles und schönes Eß- oder Kaffeeservice. Fehlen Ihnen Vasen, Blumentöpfe, Obstschalen in der Wohnung? Der SSM hat sie in großer Anzahl zu atemberaubend günstigen Preisen. Freunde alter Bücher kommen hier ebenfalls auf ihre Kosten, bieten wir die Schwarten doch an wie geschnitten Brot. Wir haben in der Regel mehrere tausend Titel auf Lager, die normalerweise für kaum mehr als ein bis zwei Euro pro Stück den Laden verlassen. Da wird so mancher Leser gierig, zumal es bei Abnahme größerer Mengen noch ordentlich Rabatt gibt.

Dass ich mal einen, inzwischen sogar gut laufenden, Trödelladen führen würde, hätte ich mir noch in jüngerer Vergangenheit kaum vorstellen können. Beim SSM wird viel Eigeninitiative verlangt, und lange Zeit fiel es mir schwer, den Unterschied zwischen dieser Form der Eigeninitiative von der oben geschilderten betriebswirtschaftlich auferlegten Form zu unterscheiden. Nun, ich habe hier Freiheiten, von denen ein Hosenverkäufer bei Karstadt nur träumen kann. Bei der Preisgestaltung habe ich weitestgehend freie Hand, meist ist es Ermessenssache und eingestandenermaßen auch manchmal eine Frage der Sympathie. Ich treffe morgens nicht auf einen unmittelbar Vorgesetzten, von dessen Urteil mein weiteres Fortkommen im Betrieb abhängig ist. Das Damoklesschwert einer stets drohenden Degradierung oder gar Kündigung schwebt nicht mehr über mir. Hier Initiative zu ergreifen, heißt im Sinne der Gruppe volle Verantwortung zu übernehmen. Was hinsichtlich des Ladens bedeutet, diese unsere wichtige Einnahmequelle nicht versiegen zu lassen. Um dieses Ziel zu erreichen, ist auch hier eine stetige Arbeitsdisziplin unerlässlich. Mühsam habe ich mir nach und nach ein erstes Wissen über die vielfältigen Gebrauchtwaren erworben. Ich musste lernen zu verhandeln, auch schon mal hart zu bleiben. Der Kontakt mit den Kundinnen und Kunden ist sicher nicht immer leicht, aber auch oft sehr erfreulich. Nicht wenige KundInnen sind über unser Angebot regelrecht begeistert. Viele sind inzwischen Stammkunden und einige bieten uns sogar ihre Mithilfe an.

SSM Kleiderladen Foto: arbeiterfotografie.com

Ich will das Leben und Arbeiten beim SSM keineswegs verherrlichen. Es ist oft sehr anstrengend und wir werden von vielerlei Existenzsorgen geplagt. Wer unsere Rundbriefe regelmäßig liest, weiß darüber Bescheid. Das ist aber nun einmal der Preis, den man zahlt, wenn man sich nicht in die Legion der Konformisten einreihen will. Viele Jahre habe ich versucht, mein Leben den Bedürfnissen des Arbeitsmarktes unterzuordnen und bin darüber mürrisch und zynisch geworden. Die heute so gängige Philosophie von einem Maximum an Leistung gepaart mit einem Maximum an Spaß befremdet mich deshalb um so mehr.

Hemmungslos Geld verdienen, um danach noch hemmungsloser abzufeiern, so stelle ich mir die Hölle vor. Nachdenklichkeit, Skepsis, Rücksichtnahme gelten nur noch als Charakterfehler, verehrt werden Typen wie Stefan Raab, die im Fernsehen hilflose Menschen öffentlich bloßstellen. Diese Zeiten sind schon verdammt ekelhaft. Beim SSM wird man sicherlich niemals reich, doch wird hier der Mensch mit all seinen Stärken und Schwächen angenommen, nicht als Leistungsmaschine gesehen. Niemand wird wegen seiner Eigenheiten verhöhnt. Auf den Sitzungen werden Probleme gemeinsam diskutiert und nach Möglichkeit zur Zufriedenheit aller gelöst. Kritik ist ausdrücklich erwünscht. Man darf austeilen, muss allerdings auch einstecken können. Geld zu verdienen wird hier als gesellschaftlich notwendiger Zwang betrachtet, nicht als eigentlicher Zweck der Veranstaltung. Ich glaube auch, dass diese Form der Selbsthilfe in nicht all zu weiter Zukunft immer mehr Zulauf bekommen wird.

Die Menschen lassen sich vielleicht eine Zeitlang blenden von all den Verheißungen, die sich die Protagonisten der Marktwirtschaft immer wieder einfallen lassen, um die Leute noch bei der Stange zu halten. Aber selbst die Verbohrtesten können die Tatsachen nicht ewig ignorieren. Die Zahl der Arbeitslosen liegt offiziell bei über 5 Millionen, und weite Teile der Bevölkerung verdingen sich inzwischen in Billigjobs ohne soziale Absicherung, die kaum das Nötigste zum Leben eintragen. Es ist erstaunlich, wie weit sich Menschen demütigen, nur um noch irgendeinem Idiotenjob nachgehen zu dürfen. Ich mache da jedenfalls nicht mehr mit.●

EIN GÖTTINGER VEREIN WILL DEN NAHVERKEHR MIT PFERDEFUHRWERKEN ERGÄNZEN

Einkaufs-Shuttle zum Wochenmarkt

»Unterwegs« lautet nicht nur die deutsche Übersetzung des bekanntesten Romans von Jack Kerouac, sondern auch der Name eines gemeinnützigen Göttinger Vereins für angewandte Stadt- und Verkehrsökologie. Eines seiner Ziele ist die Aufweichung der Monokultur Auto und die Berücksichtigung unterschiedlicher Verkehrsmittel, insbesondere moderner Pferdefuhrwerke, in lokalen Verkehrskonzepten.

Kai Böhne, Redaktion Göttingen ● Vor sieben Jahren gegründet, besteht *Unterwegs* aus einer Hand voll aktiver Mitglieder; eine von ihnen, die Vorsitzende Helgard Greve, treffe ich auf einer schattigen Bank am Rande einer etwa 800 qm großen Grünfläche, auf der ein Pferd und ein Esel weiden, gegenüber eines Kindergartens, mitten im Stadtgebiet.

»Wie viele Tiere und Fuhrwerke besitzt der Verein derzeit und welchen Platz will er in einem alternativen Verkehrskonzept einnehmen?« will ich wissen. »Eine Isländerstute, eine Eselstute und zwei Kutschen. Isländer sind kräftig, ruhig, nervenstark, leichtfüßig und benötigen keine großen Weideplätze. Die Stute Glenna besitze ich bereits seit mehreren Jahren, sie stand zunächst bei einer Freundin auf dem Land. Seit 1999 habe ich sie in eigener Haltung und benötigte ein Begleittier, so kam ich zu Wilma, der Eselstute, denn Esel faszinieren mich seit meiner Kindheit,« erwidert Greve.

»Wir wollen klein anfangen und organisch wachsen. Auf einem Ideen-Workshop haben wir uns überlegt, dass wir Fahrten im Freizeitbereich und bei Kindergeburtstagen, Warenauslieferungen für Bioläden, einen Einkaufs-Shuttle zum Wochenmarkt oder Schülerrückfahrten nach Schulschluss anbieten könnten. Ich würde auch gerne eine Art Linientaxi für städtische Randbereiche offerieren, also einen festen Rundkurs mit mehreren Aus- und Zusteigemöglichkeiten. Verkehrsreiche Routen mit verstopften Straßen, möchte ich allerdings im Sinne der Tiere meiden,« erklärt Greve, die bislang als einzige im Verein über die vorgeschriebene Lizenz zum öffentlichen Personentransport verfügt. Diese hat sie während eines achttägigen Crash-Kurses auf einem Gestüt in der Nähe von Osnabrück erworben.

Mit nur einer Pferdestärke in Führung gehen Foto: Archiv Unterwegs e.V.

Praktische Umweltpädagogik durch Pferdeeinsatz

Erste Erfahrungen mit Personenbeförderung sammelte das Pferdetaxi-Projekt auf einem Straßen- und einem Frühlingsfest, dort wurden Stadtteilrundfahrten durchgeführt, die besonders von alten Leuten und Eltern mit Kindern sehr positiv aufgenommen wurden. »Nur als Hochzeitskutsche möchte ich nicht dienen,« schränkt die Projektleiterin ein, »denn die Ehe finde ich doof.«

Helgard Greve ist Sozialpädagogin und gegenwärtig als ABM-Kraft für sechs Monate bei *Unterwegs* angestellt. Zu ihren Aufgaben gehört die Erstellung einer Studie, die sich mit der Umsetzbarkeit praktischer Umweltpädagogik durch Einsatz von Pferden im städtischen Verkehr beschäftigt.

Eine Lesung von Sten Nadolny aus seinem Roman *Die Entdeckung der Langsamkeit* im Deutschen Theater in Göttingen nahmen Greve und eine Kunstlehrerin zum Anlass für eine verkehrspädagogische Performance mit einer Schulklasse. Mehrere schwarzgekleidete Mädchen, mit weiß geschminktem Gesicht verrichteten pantomimi-

Fortsetzung auf Seite 12

COMMUNITY GARDENS

Ein »Anarchist« des Gärtners: Karl Linn

»Reclaim the Commons«, fordert die Allmenden zurück, sagte der alte Karl Linn (1923-2005) uns immer wieder, da er sich mehr Engagement in der stets virulenten Bodenfrage wünschte. Als aus Deutschland vertriebener Jude wusste er aus eigner Erfahrung, wie nötig gerade Flüchtlinge Zugang zu einem Stück Erde brauchen. Und damit meinte der Landschaftsarchitekt nicht einfach einen öffentlichen Park, sondern einen mit anderen zusammen betriebenen Garten. Ein Stück Land, auf dem Entwurzelte aus aller Herren Länder gemeinsam wieder Boden unter die Füße bekommen können.

Elisabeth Meyer-Renschhausen ● Groß war er nicht, den alle einfach Karl nannten, und den in ihrem Nachruf ein Mitglied der arabischen Frauengruppe zu einem areligiösen Anarchisten ernannte, was in den USA in gewissen Kreisen einer Art Adelsprädikat gleichkommt. (**1**) Sie berichtet, dass Karl trotz Nazis nicht einmal gerne als jüdisch klassifiziert werden wollte, denn er verstand sich als Weltbürger. Als Bürger der weltweiten Zivilgesellschaft, immer im Bemühen Frieden zwischen miteinander Verfeindeten zu schaffen. Eine seiner letzten Initiativen war die Gründung einer jüdisch-arabischen-Freundschaftsgruppe. Diese »East Bay Dialogue Group« bemühte sich – auch über Kalifornien hinaus – ein Gespräch zwischen Arabern und Juden anzufachen. Der Initiator hoffte, dass das schließlich auch auf Israel und Palästina ausstrahlen möchte.

Diese Friedensgruppe traf sich im Garten, denn während seiner letzten Lebensjahrzehnte hatte Karl in Berkeley, in Kalifornien, wo er nun wohnte, ihm vorher ganz unbekannte Nachbarn davon überzeugt, gemeinsame Gärten zu schaffen. Im stets 150%igen Einsatz für die Sache generierte sich Karl Linn keineswegs, etwa die Garten-Koordinatorin schon morgens um sieben Uhr anzurufen, um ihr durchzugeben, was sie an diesem Tage alles unbedingt zu unternehmen habe...

Arbeitsam – ja fast hyperaktiv – blieb Linn bis zuletzt

Karl Linns Garden

selbst. Gewissermaßen als Markenzeichen trug Karl stets einen breitrandigen Schlapphut – einem auf amerikanische Dimensionen erweiterten Kibbuzhut, eine Art Garden-Cowboyhut. Mit dieser beeindruckenden Kopfbedeckung war er bis kurz vor seinem Tod in den von ihm mit initiierten Community Gardens in Berkeley aktiv. Einer dieser Gärten wurde anlässlich seines 70.Geburtstages ihm zu Ehren in »Karl-Linn-Garden« umgetauft.

Karl war einer, der wenig von sich her machte, aber immer getrieben war von seinen Ideen und dabei viele andere mitzureißen in der Lage war, sogar dann, wenn sie das eigentlich gar nicht wollten. Ein herzlicher Mann, der mit anderen lachen, aber auch weinen konnte, einer, der nichts ausließ. Und so kam es wohl, dass der rührige Karl Linn in seinen letzten 40 Jahren zu einer Art Vater der nordamerikanischen Community Gardening Bewegung wurde, einer Bewegung, die ihre ersten größeren Aufschwünge in den 70er Jahren erlebt hatte und in den 90er Jahren zu einer zweiten wilden Blüte kam, die in vielen Städten – wie u.a. New York City – in erbitterte Kämpfe zwischen den Gärtnern der blühenden Paradiese und Investoren mündete.

Am 11. März 2005 wäre der Landschaftsarchitekt 82 Jahre alt geworden. Er erlag jedoch am 3. Februar seiner schweren Krebs-Krankheit und folgte damit zweien seiner drei älteren Halbgeschwister, die beide kaum mehr als ein Jahr vor ihm gestorben waren. Theo Lin lebte als ein Physiker und Reformökonom in München, hatte gar als Einzelkämpfer für das Europaparlament kandidiert, die andere, Bella Kalstein geb. Lin, bei Haifa in Israel. (**2**) Der dritte Bruder Henry Lin lebt wie auch Sohn und Stiefkinder an verschiedenen Orten in den USA.

Kindheit und Mutter

Das Licht der Welt erblickt hatte Linn 1923 in Brandenburg, in einem kleinen Dorf in der Nähe von Neuruppin, eineinhalb Autostunden nördlich von Berlin. Das wunderbare war, schwärmte er aus seiner Kindheit, die Obstbaumblüte im Frühjahr, zwischen 2.000 blühenden Kirsch- und Apfelbäumen sei man sich fast wie in einem Märchenland vorgekommen... Diese Kindheitserinnerungen verdankte Karl seiner tatkräftigen Mutter, Henny Lin, geborene Rosenthal (1885-1944). Henny war als einzige Tochter von vier Geschwistern einer – wie Schwester Bella sich gelegentlich ausdrückte – »angesehenen jüdischen Kaufmannsfamilie« in Berlin aufgewachsen. Nach ihrem Abitur arbeitete sie als eine der ersten weiblichen Prokuristinnen an der Berliner Börse.

Dann aber sattelte Henny um und lernte in einer der ersten Frauengartenbauschulen der Welt, nämlich der »Obst- und Gartenbauschule für gebildete Mädchen und Frauen« von Elvira Castner in Berlin-Marienfelde den Gärtnerinnen-Beruf. Nach abgeschlossener Ausbildung schloss sie einen Praktikumsaufenhalt in einem Waisenhaus in Belgien an. Sie war begeistert von den Ideen einer sanften Gesellschaftsreform, wie sie sie von Lily Braun oder Karl Landauer kennen gelernt hatte. Und sie war überzeugt von den reformpädagogischen Ideen ihrer Zeit, wie u.a. Gustav Wyneken (1875-1964) sie formuliert hatte. Ihr schwebte vor, ihren geplanten Gärtnerhof für Waisen und behinderte Kinder zu öffnen.

Kurz vor dem I. Weltkrieg kaufte Henny ein Stück Bodenreformland. Bereits 1913 zog sie zusammen mit ihrer Mutter in das noch gar nicht ganz fertige Haus. Henny war keineswegs die einzige Abiturientin, die »zurück aufs Land« ging. Die verbreitete Erwerbslosigkeit und die damit verbundene Not bis hinein ins Bildungsbürgertum, hatte dazu geführt, dass in Europa Bodenreformgesellschaften Land zum Siedeln kauften. Um 1900 kritisierten namhafte Intellektuelle wie Max Weber oder Franz Oppenheim scharf die Politik der staatlichen Subventionierung halbbankrotter Rittergutsbetriebe und empfahlen eine Politik der Bodenreform. 1912 hatte die in Franfurt an der Oder ansässige Landgesellschaft »Eigene Scholle« ein Rittergut aufgekauft und das Land dann an ein Dutzend Siedlungswillige weiterverkauft.

Henny Rosenthal richtete auf ihren 20 Morgen eine Erwerbsgärtnerei ein. Sie nannte ihn »Immenhof«, denn Bienenstöcke gehörten zwecks Bestäubung der Obstbäume dazu. Ihr Betrieb wurde bald als Mustergut ausgezeichnet. Die junge Berlinerin betrieb ihre Gärtnerei mit Hilfe örtlicher Arbeitskräfte, meistens Frauen. Sie legte Wert auf Gemeinschaft und daher aßen sie und ihre Arbeiterinnen gemeinsam. Henny Rosenthal blieb aber auch mit ihren Freunden, Berliner Intellektuellen, in Kontakt und lernte so den Bibliothekar der jüdischen Gemeinde, Jossel Lin, kennen. 1922 heiratete sie den Witwer und nahm seine drei Kinder aus dem Internat heraus zu sich, bevor dann ihr eigener Sohn geboren wurde.

Vertreibung und Flucht

Gleich nach der Machtergreifung durch die Nationalsozialisten wurde der Gartenbaupionierin eröffnet, dass man ihr Obst und Gemüse nicht mehr abkaufen dürfe. »Kauft nicht bei Juden«, hatten die Nazis verfügt. Nach einer brutalen und schikanösen Hausdurchsuchung bereits im April 1933 flüchtete ihr Mann, dem als russischem Juden

Karl Linn mit Schlapphut und Brille, 2003

mitsamt seinen Kindern die preußische Staatszugehörigkeit aberkannt worden war, mit den älteren Kindern nach Israel. Henny Rosenthal blieb mit Tochter Bella und Sohn Karl noch ein weiteres Jahr, um ihren Hof zu verkaufen. Sie bekam ein Achtel des tatsächlichen Werts vom Sohn des reichen Gastwirts, der die eigene Landwirtschaft unaufgeteilt dem älteren Sohn vermachen wollte.

Nach einem langen Jahr voller Angst vor dem Terror der Dorfbewohner bzw. weiteren Hausdurchsuchungen gelang es auch Henny – nach einer unfreiwilligen Wartezeit in Italien – mit Bella und Karl nach Israel zu gehen. Sie blieben bei der Landwirtschaft. Auch die Tochter Bella hatte in Berlin-Dahlem bereits das Gärtnern erlernt. Die jüdische Treuhand hatte seit der Jahrhundertwende Land in Palästina gekauft, um verfolgte Juden aus Europa dort ansiedeln zu können.

Nach einer landwirtschaftlichen Lehre und einem Studium der Landschaftsarchitektur verließ Karl – nach dem frühen Tod der Mutter 1944 – Israel, weil ihn der Umgang der Zionisten mit den arabischen Felachen schmerzlich an denjenigen der Nazis mit seiner Familie erinnerte. Er ging in die Schweiz, um sich bei Wilhelm Reich als Psychoanalytiker für Kinder ausbilden zu lassen. Von dort kam Karl in die USA. Er arbeitete erst als Kindertherapeut dann aber als freier Landschaftsarchitekt an zahlreichen Orten u.a. in Chicago, an der Ostküste in Philadelphia und New York.

Der Vater der Community Gardeners

Ab 1959 unterrichtete Karl Linn Landschaftsarchitektur an der University of Pennsylvania. Zunehmend interessierte ihn, wie auch wenig Verdienenden vermehrter Zugang zu öffentlichem Grün zu verschaffen sei. So wurde Karl Linn zu einem der Initiatoren der Nachbarschafts-Gärten-Bewegung. Gruppen von Nachbarn verwandelten ab den frühen 70er Jahren in ehrenamtlicher Arbeit innerstädtische Brachen in grüne Oasen für alle. Seit den 90er Jahren hat die Nachbarschaftsgärtnerei besonders in den Ghettos der Neuzuwanderer neuen Aufschwung erfahren. Seither geht es in der Bewegung der Community Gardens Nordamerikas explizit um den Gemüseanbau für die Selbstversorgung. Seit 1993 war Karl maßgeblich daran beteiligt, in seinem Wohnort Berkeley Flächen auf Tunneleingangsgrundstükken der lokalen U-Bahn durch Gemeinschaftsgärten in bildschöne Paradiese zu verwandeln. Einer dieser Nachbarschaftsgärten, wurde anlässlich seines 70.sten Geburtstages ihm zu Ehren in »Karl Linn Garden« umbenannt.

Nachbarn und Nachbarinnen aus ganz verschiedenen Milieus hatten hier in gemeinsamer Arbeit einen Minipark mit Gemüse geschaffen. Die einzelnen Beete sind als Hochbeete mit Granitkieswegen dazwischen angelegt, so dass Rollstuhlfahrer zwischen ihnen völlige Bewegungsfreiheit haben. In der Mitte des Karl-Linn-Gartens lädt eine an den spanischen Architekt Gaudi erinnernde Sitzbankskulptur in Form einer kreisförmigen Schlange zum Plaudern ein, am Eingang besticht ein künstlerisch gestaltetes schmiedeeisernes Tor die Eintretenden. Kunst, Blumen und die nährende Nützlichkeit des Gemüseanbaus gehören hier eng zusammen. Denn dass Gemüse nicht einfach nur nährt, sondern je nach Anbauweisen einzelne Gemüse auch Einfluss auf den Gemütszustand der Menschen haben, sind Weisheiten, die Karl Linn von den Anthroposophen unter den kalifornischen Esoterikern gelernt hat.

Aber vor allem ging es Karl Linn um Gerechtigkeit, darum, dass alle Menschen ein Anrecht auf Schönheit haben, auch die Armen. Auch Menschen ohne Geld brauchen den Zugang zu einem Flecken Grün, einem Stückchen Erde, in dem sie selbst graben können – auch und gerade inmitten der Großstadt. Aber wie erschrocken waren Karl und seine Mitgärtner, als sie bemerken mussten, dass ihr unentgeltliches Engagement von anliegenden Hausbewohnern und Mietshausgesellschaften direkt, die dazu benutzt wurde, Preise für ihre Häuser und Wohnungen immer höher zu setzen. Ein Hausbesitzer, der direkt an den drei Tunneleingangs-Gärten wohnte, setzt jedes mal, wenn einer der Gärten wieder fertig wurde, den Verkaufspreis für sein heruntergekommenes Haus höher. Schließlich wurden farbige Anwohner oder Alleinerziehende, die sich mit genau so viel Verve beim Aufbau ihrer Gemeinschaftsgärten engagiert hatten, durch das solchermaßen Hochtreiben der Mieten aus dem Quartier vertrieben.

Seither hielt Karl Linn die Eingliederung der Community-Gardening-Bewegung in den internationalen Kampf der Globalisierungs-Kritiker für unabdingbar. »Reclaim

Karl Linns Garden

the Commons«, »Fordert die Allmenden zurück« empfahl er – genauer gesagt: befahl – er seither seinen Mit-Gemeinschaftsgärtnern, wie beispielsweise auf seiner Rede auf dem Kongress der American Community Gardening Association in New York City Ende Juli 2001. Als Migrant wider Willen wusste er genau, wie wichtig es ist, dass auch Menschen ohne Grundbesitz die Möglichkeit haben, in wohnungsnahem Grün die Seele wieder aufpäppeln zu können, sich beim Blumenpflanzen, Unkrautzupfen und Gemüseernten gewissermaßen zu erden und dabei einen zwanglosen Umgang mit der Nachbarschaft über alle sozialen und ethnischen Barrieren hinweg pflegen zu können. Er wusste, dass die Nachbarschaftsgärten eine vorzügliche Voraussetzung für ein angst- und vorurteilsfreies Wohnen miteinander sind. Und er erinnerte sich seiner Mutter und den therapeutischen und erzieherischen Wert des in-der-Erde-Grabens. Die Verteidigung von innerstädtischen gemeinschaftlich begrünten Flächen und ihren Erhalt hielt Karl Linn für eines der wichtigsten Aufgaben der Zukunft.

Seine letzten Jahre arbeitete er daran, dass die Gemeinschaftsgärten in den Bebauungs-Plan der Stadt Berkeley aufgenommen würden. Vorbild war die Stadt Seattle, die als erste Kommune in den USA ihre Nachbarschaftsgärten in den B-Plan aufgenommen hat.●

Ich danke Jörg Hollricher, Berlin, für das zur Verfügung stellen seines Karl-Linn-Archivs

1) http://bedouina.typepad.com.doves_eye/2005/05/karl_linn.htlm

2) Karl Linn hat das zweite »n« seinem Namen später mit Rücksicht auf seine erste Schwiegermutter beigefügt.

ÜBERBLICK:

Interkulturelle Gärten

Salbei für die Seele

Frau Antic glaubte ihren Augen nicht zu trauen. Am Rande ihres Beetes, das sie zwei Tage zuvor frisch umgegraben hatte, stand plötzlich eine Obstkiste. Sie war gefüllt mit verschiedenen Pflanzen, jungen Tomatenstauden, mehreren Sorten zartgrüner Salatsetzlinge und weiteren Sorten, dazu einige Tütchen Kräutersamen wie Petersilie, Schnittlauch und Basilikum. Der Kurde Heval, der auf dem Nachbarbeet damit beschäftigt war, die ersten Sprossen seiner Bohnenpflänzchen zu wässern, erzählte Frau Antic, woher die geheimnisvolle Kiste kam. Eine große Gartenbaufirma hatte mehrere davon gespendet.

Mohamad und Tochter — Foto: Cornelia Suhan

Stiftung Interkultur ● In Interkulturellen Gärten bauen Flüchtlinge, Migranten und Deutsche Obst, Gemüse, Kräuter oder auch Blumen an, sie tauschen Pflanzen und Saatgut untereinander aus, ernten und essen zusammen, feiern Feste. Vorreiter sind die Internationalen Gärten in Göttingen. Dort entstand die Idee, über Gartenarbeit Menschen unterschiedlicher Herkunft und Kultur zusammenzubringen und ihnen die Möglichkeit zu geben, »neuen Boden unter den Füßen zu gewinnen«. Die Praxis zeigt eindrucksvoll, dass neben Gemüse und Kräutern noch andere Reichtümer zu ernten sind, nämlich Kommunikation, Kooperation und neue Perspektiven. Durch ihren innovativen Integrationsansatz haben die Göttinger viel Aufmerksamkeit bekommen und wurden bereits mit zahlreichen Preisen, u. a. dem Integrationspreis des Bundespräsidenten, ausgezeichnet. Tassew Shimeles, äthiopisch-deutscher Agraringenieur und Koordinator der Göttinger Gärten, ist von deren Integrationskraft überzeugt: »Durch die Zusammenarbeit von Menschen aus verschiedenen Kulturkreisen wird interkulturelle Kompetenz, Akzeptanz und Toleranz gefördert. Die bewusst gelebte Vielfalt«, so Shimeles weiter, »fördert die Bereitschaft, sich auf Neues einzulassen und macht den Einzelnen integrationsfähig.«

Die Göttinger Gärten entstanden 1996. Bosnische Flüchtlingsfrauen wollten nicht nur herumsitzen, sondern aktiv werden – am liebsten im Garten arbeiten. Ein erstes kleines Grundstück stellt ihnen die Kirche zur Verfügung. Nach und nach entstand ein vielseitiges Konzept, das auch handwerkliche Eigenarbeit und Bildungsaktivitäten, darunter Deutsch- und Alphabetisierungskurse, einschließt. Das selbst konzipierte Umweltbildungsprojekt »Die grüne Sprache der Völker« z.B. verbindet die ökologische mit einer interkulturellen Perspektive und wurde vom Bundesumweltministerium ausgezeichnet und gefördert. Heute gibt es in Göttingen bereits vier Gartengrundstücke. Auf insgesamt 15.000 Quadratmetern Land sind rund 300 GärtnerInnen aus 20 Ländern aktiv.

Schon mehr als 70 Projekte im Netzwerk Interkulturelle Gärten

Die große Anzahl der bundesweiten Nachfolgeprojekte bestätigt, wie attraktiv dieses facettenreiche Konzept ist. In Deutschland gibt es mittlerweile 24 Interkulturelle Gärten, weitere 46 befinden sich im Aufbau. Man kann also beinahe von einer neuen sozialen Bewegung sprechen. Erste Treffen des 2003 gegründeten Netzwerks Interkulturelle Gärten zeigten die enorme Vielfalt der Gartenprojekte; jedes hat seine eigene Geschichte, jedes einen spezifischen Ansatz. In den »Bunten Gärten Leipzig« z.B. engagieren sich fast ausschließlich Asylsuchende, sogenannte Kontingentflüchtlinge oder geduldete Flüchtlinge. Auch hier findet aktive Weiterbildung durch Deutschkurse sowie handwerkliche Arbeit statt. Die Leipziger Gärten verfügen durch den Verkauf ihrer Garten- und handwerklichen Produkte auf dem Wochenmarkt sowie im projekteigenen »Bunten Laden« in der Leipziger Innenstadt, über Einnahmen. Die sind zwar nicht üppig, tragen aber zur Finanzierung der Bildungsarbeit bei. Das Arbeitsamt witterte »Schwarzarbeit«, rückte zur Überprüfung an und fand nichts zu beanstanden. Auch die Bunten Gärten Leipzig haben mehrfach Auszeichnungen erhalten, z.B. den Preis »Aktiv für Demokratie und Toleranz«.

Von der positiven Wirkung profitieren insbesondere die Frauen

Die Gärten entfalten auf vielfältige Weise positive Wirkung. Dazu kommentiert Tassew Shimeles: »Selbst schwer traumatisierte Flüchtlinge finden in der ruhigen Gartenarbeit einen Teil ihrer Selbstachtung und ihre Energie zurück«. Von der positiven Wirkung profitieren insbesondere die Frauen. Sie sind in den Gärten überproportional vertreten und nicht selten tragende Stützen der Projekte. Durch ihre unterschiedlichen Kompetenzen gestalten sie aktiv das soziale Miteinander und nehmen Einfluss. Sie entwickeln Aktivitäten für Kinder und Jugendliche, organisieren Wanderungen für Familien oder halten selbständig Sprachkurse ab: Ihr Wissen ist wichtig, ihre Stimme zählt. Anerkennende Blicke erntete z.B. Frau Vy, eine ehemalige DDR-Vertragsarbeiterin aus Vietnam, die mit ihrem Mann im Interkulturellen Garten Berlin-Köpenick eine Parzelle bewirtschaftet. Eine Besuchergruppe lässt sich von ihr erklären, wie sie ihre außergewöhnliche Rankhilfe – ein kunstvoll anmutendes Gebilde aus gewachsenem Holz – selbst gebaut hat. An dem Naturgerüst beginnen bereits die ersten zarten Pflanzensprösslinge emporzuklettern. »Das sind Bohnen aus Vietnam«, erklärt Frau Vy, »sie schmecken wunderbar nussig und sehen ungefähr so aus wie die dicken Bohnen, die es hier in Deutschland gibt.«

Interkulturelle Gärten sind Projekte des bürgerschaftlichen Engagements. Fast alle GärtnerInnen arbeiten ehrenamtlich und leisten damit unschätzbare Beiträge zur Zivilgesellschaft. Nur in wenigen Fällen kann sich ein Projekt auf bezahlte Kräfte stützen, im Rahmen von befristeten Projekten etwa oder auf der Basis von geringfügiger Beschäftigung. Trotz des großen Interesses und der vielfältigen Anerkennung haben die meisten Gärten mit Geldknappheit zu kämpfen. Manchmal springen Kommune oder Kirche ein und helfen, indem sie für die Gartengrundstücke die Pacht erlassen oder kleine Büroräume zur Verfügung stellen. Nicht selten unterstützen Firmen aus der Region mit Sachspenden. Baumärkte z.B. liefern Holz und Werkzeuge für den Bau von kleinen Geräteschuppen oder für die Herstellung von Sitzbänken für den Grillplatz; Gartenbaubetriebe schicken Pflanzen oder Saatgut, manchmal liefern sie dringend benötigten Humus an.

Aufgaben der Stiftung Interkultur

Mit der Anzahl der Gartenprojekte wuchs auch der Bedarf nach Austausch, Beratung und anderen Formen der Unterstützung. Das führte im Jahre 2003 zur Gründung der Stiftung Interkultur durch die gemeinnützige Forschungsgesellschaft anstiftung in München. Sie hatte früh die Bedeutung des Integrationsansatzes in den Göttinger Gärten erkannt, das Projekt finanziell unterstützt und wissenschaftlich begleitet. Unter dem Titel »Wurzeln schlagen in der Fremde« wurden die Ergebnisse im Jahre 2002 als Buch veröffentlicht.

Die Stiftung Interkultur hat inzwischen ein lebendiges Netzwerk gesponnen, dem sich bundesweit mehr als 70 Gartenprojekte angeschlossen haben. Sie knüpft internationale Kontakte und sorgt auch auf dieser Ebene für Kommunikation und Erfahrungsaustausch. In Deutschland unterstützt die Stiftung Interkultur Gartenprojekte bei der Öffentlichkeitsarbeit, sie gibt praktische Tipps, u. a. zu Gründungs- und zu Finanzierungsfragen und gewährt finanzielle Starthilfen. Zusammen mit ihren Netzwerkpartnern und anderen Akteuren wie Bildungseinrichtungen entwickelt die Stiftung zudem innovative Projektansätze. Der Schwerpunkt *»Interkulturelle Umweltbildung«* soll z.B. das Themenfeld der Nachhaltigkeit interkulturell öffnen. Das Pilotprojekt *»Wissenstransfer«*, das die Stiftung Interkultur zusammen mit der Fachhochschule Bielefeld im Sommer 2004 begonnen hat, leistet einen Beitrag zur interkulturellen Öffnung der Ausbildung von Sozialpädagogen. Eine weitere Dimension des Wissenstransfers bildet die wachsende Zahl von Studien zur Praxis Interkultureller Gärten. Sie werden von der Stiftung zu einem *Forschungsnetzwerk* zusammengeführt und begleitet, das in diesem CONTRASTE-Schwerpunkt ausführlich dargestellt ist.●

STIFTUNG INTERKULTUR

Die Stiftung Interkultur wurde im Januar 2003 von der Münchener Forschungsgesellschaft anstiftung gGmbH gegründet und war inspiriert von deren langjähriger Kooperation mit den Internationalen Gärten Göttingen e.V. Im Mittelpunkt der Stiftungsarbeit stehen die Integrationsleistungen, die die Einwanderinnen und Einwanderer selbst erbringen. Aufgabe der Stiftung ist, Interkulturelle Gärten europaweit zu vernetzen, zu fördern und zu erforschen. Die Forschung setzt sich zum Ziel, durch Beobachtung und Analyse erfolgreicher Formen des interkulturellen Miteinanders neue Erkenntnisse zur Migrations- und Integrationsproblematik zu gewinnen und aktiv zu kommunizieren.●

www.stiftung-interkultur.de

Anzeige

FUNDGRUBE FÜR TALENTE

Interkulturelle Gärten

Die Münchner Gärten der Kulturen

Ein Interkultureller Garten ist eine Fundgrube für Talente. Sherifa zum Beispiel, eine Gärtnerin aus Bosnien stellte kürzlich wortgewandt und mit viel Begeisterung ihr Projekt, die Münchner Gärten der Kulturen, im Bayerischen Fernsehen vor. Seitdem ist sie häufiger in Sachen Öffentlichkeitsarbeit unterwegs, hat schon in einer voll besetzten Münchner Kirche gesprochen, eine kleine Dankesrede anlässlich der Auszeichnung durch die »Münchner Lichterkette« gehalten und bei einer Doktorarbeit mitgeholfen.

Sabine Böhlau, Münchner Gärten der Kulturen ● Die Münchner Gärten der Kulturen wurden im Mai 2004 gegründet und befinden sich mitten in der Stadt auf dem Gelände einer ehemaligen Waisenhausgärtnerei. Wir haben uns sehr früh dafür entschieden, Menschen wie Sherifa, nämlich überwiegend GärtnerInnen mit Fluchthintergrund, anzusprechen. Dieser Schwerpunkt hängt auch damit zusammen, dass ich selbst seit neun Jahren bei Refugio, einem Beratungs- und Behandlungszentrum für Flüchtlinge und Folteropfer arbeite und heute für den Bayerischen Flüchtlingsrat tätig bin.

Foto: Cornelia Suhan

Die Aktiven im Garten kommen aus Bosnien, dem Kosovo, aus Palästina, dem Libanon, aus Afghanistan, Aserbeidschan, Dagestan, aus Uigurien, der Türkei sowie eine Kurdin aus der Türkei.

Und es sind natürlich auch deutsche GärtnerInnen vertreten: Kinder aus drei Kindergärten, Privatpersonen, MitarbeiterInnen sowie Kinder und Jugendliche aus dem Waisenhaus, die selbst wiederum häufig einen Fluchthintergrund haben. Interessanterweise ist dieses Jahr unsere einzige Migrantin ohne Fluchterfahrung, eine sehr fähige Frau aus der Türkei, von den GärtnerInnen zur Gartensprecherin gewählt worden. Da kann die Kompetenz von einer Person, die sozusagen schon Profi in »zwei Kulturen« ist, die anderen, die noch nicht so lange dabei sind, mitnehmen. Und so jemand ist auch eine Quelle des Lernens für uns Deutsche im Verein: So hat sie zum Beispiel gesagt: »Ihr Deutschen wollt immer Sitzungen machen, mit Tagesordnung und vielen Papieren..... – lass uns doch einfach beieinander sitzen im Garten, etwas essen und trinken. Dann werden wir ganz von alleine über alles Wichtige sprechen.«

Wie aber sind nun die Münchner Gärten der Kulturen entstanden? Anstoß war Christa Müllers Buch »Wurzeln schlagen in der Fremde« und die Frage: Warum gibt es so etwas nicht in München? Das war im Januar 2003. Im Mai 2004 haben die Gärtner den ersten Spatenstich getan. So schnell geht das mit ein bisschen Glück und einem guten Netzwerk.

Was sind unsere Ziele?

Die Münchner Gärten der Kulturen verstehen sich nicht als eine sozialpädagogische oder therapeutische Maßnahme, sondern als eine Form praktizierter Wertschätzung Menschen gegenüber, die ihre Heimat verloren haben. Man könnte auch sagen: Eine Geste der Gastfreundschaft gegenüber Menschen, die ihrerseits in ihrem Kulturkreis oft eine hohe Kultur der Gastfreundschaft pflegen.

Uns war von Anfang an wichtig, dass der Garten kein Nischendasein führt, sondern bemerkt und wahrgenommen wird. Das wird nach innen sichtbar: Es gibt keine Zäune, der Garten ist frei zugänglich. Und es wird auch nach außen sichtbar: Im Gründungsjahr 2003 luden wir im Juni VertreterInnen von Stadt, Flüchtlingsorganisationen und Religionen ein, um die »Münchner Gärten der Kulturen« zu gründen. Und es wurden zahlreiche ideelle Unterstützer/innen gefunden. Es bildete sich eine Projektgruppe, die verschiedene Professionen und Erfahrungen repräsentiert, und es wurde ein Verein gegründet, Gelder gesucht. Das übliche Prozedere. Wir kennen es alle – das ist viel Arbeit.

Wie erleben die Gärtner/innen selbst den Garten?

»Endlich mal wieder die eigene Kraft spüren« oder »das kann man schon an den Gesichtern ablesen«, sind Sätze, die das ausdrücken. Oder: »Den Boden im Exil ausprobieren, mal sehen was wächst«, »Meinen Kindern gesundes Essen anbieten können, nicht dieses in Plastik eingeschweißte Billiggemüse« oder auch »Platz zum Spielen, dem beengten Wohncontainer entfliehen und in der Abendsonne mit den Kindern auf der Wiese unter dem alten Birnbaum sitzen und etwas essen«.

Foto: Cornelia Suhan

Bezeichnend sind die Erfahrungen, die wir mit dem »Ver-Wurzeln«, dem Integrieren, dem Hineinwachsen machen: Die Schaffenskraft gerade der Familien, die erst einige Monate in Deutschland sind, ist enorm. Ein Mann aus Afghanistan packte gleich am ersten Tag im Garten eine Sense und lichtete binnen 20 Minuten eine Riesenfläche aus. Danach betrachtete er etwas nachdenklich die Schwielen an seinen Händen und meinte: »Das war jetzt das erste Mal, seitdem uns die Taliban vor 15 Jahren vertrieben haben, dass ich wieder in einem Garten gearbeitet habe.«

Und dann sind da die anderen Menschen, die schon lange im deutschen Exil leben mit all den Frustrationen und Ausgrenzungen, viele von ihnen oft jahrelang ohne Zukunftsperspektive. Diese Menschen brauchen meist viel länger, um ihre eigene Kraft zu entdecken, wieder zum Blühen zu kommen.

Das hat mir nochmals die Augen darüber geöffnet, was für Potenziale hier an Kompetenz und Wissen in Deutschland verschwendet werden, indem die Flüchtlinge erst mal weggesperrt, mit Arbeitsverbot und Essenspaketen in Container gesteckt werden. Integration muss ganz früh einsetzen. Im Prinzip am ersten Tag. Wer zu lange ausgegrenzt und von Behörden schikaniert wurde, dessen Schaffenskraft ist erst mal für lange Zeit verloren. Ganz zu schweigen von den vielfältigen gesundheitlichen Problemen, unter denen besonders MigranInnen leiden.

Wir hier müssen jedoch auch hier im Interkulturellen Garten mit den Realitäten umgehen, wie sie da sind. So eine Gruppe ist nicht homogen, keine Multikulti-Idylle. Die Schwierigkeiten kann man aber nicht durch Ermahnungen oder Regeln lösen. Ein Beispiel: Eine Familie hat in diesem Frühjahr noch nicht zu gärtnern angefangen, vermutlich weil sie um ihren Aufenthalt fürchten. Du kannst nicht pflanzen, wenn Du weißt, Du musst bald gehen...

»Das Gras wächst nicht schneller, wenn du daran ziehst«

Wir lassen den Entwicklungen ihre Zeit. Ein Spruch sagt, »das Gras wächst nicht schneller, wenn du daran ziehst.« Die Vereinsmitglieder lassen diesen Menschen, die von Deutschland zutiefst frustriert sind, die Zeit, die sie brauchen, um ihren Platz im Garten zu finden. Die Gartensprecherin sagt völlig richtig: »Wir wollen sie nicht zwingen, wir wollen sie locken.« Hier habe ich auch guten Rat von Tassew Shimeles, dem Koordinator der Internationalen Gärten in Göttingen, bekommen. Es müsse, so sagt er, einen Kern geben, der stark ist, und die anderen mitreißt. Das zeigt sich auch an den Beeten: Manche sind üppig bewachsen mit Tomaten, Mais, Zucchini und Kürbissen. Mitunter werden die Beete heimlich etwas vergrößert. Andere Beete sind spärlich bepflanzt oder vom Unkraut überwuchert. Dann gibt es natürlich Kritik. Aber es gibt andererseits auch die netten Gesten der Annäherung, indem das trockene Beet der Nachbarin schnell mitgegossen wird, auf dem anderen Beet das Unkraut ausgelichtet oder dem Nachbarn von dem eigenen Mangold etwas abgegeben wird.

Schon in diesem Jahr wagen wir ein Experiment. Wir sind dabei, den GärtnerInnen das Projekt zur Selbstorganisation zu übergeben. Und es funktioniert! Die Gruppe hat ihre Gartensprecherin gewählt, die Leute haben den Geräteschuppen hergerichtet, planen und organisieren. Für mich ist die Übergabe des Schlüssels für den Schuppen an die GärtnerInnen immer mehr zu einem symbolischen Akt geworden: Am Anfang wurde das noch sehr bürokratisch gehandhabt – mit Schlüsselprotokoll und sanften Ermahnungen. Heute heißt es: »Das ist dein Schlüssel und das ist dein Garten. Willkommen in deinem Garten.«●

INTERNATIONALE GÄRTNERiNNEN IN DESSAU

Demokratie aus dem Garten

Das Multikulturelle Zentrum in Dessau ist ein neu renoviertes Haus des frühen 20. Jahrhunderts. Hinter dem Haus finden sich die akkurat gepflegten Beete des »Paradiesgartens«, des Interkulturellen Gartens von Dessau. Das Zentrum war neben der Stiftung Interkultur Gastgeberin des vierten bundesweiten Treffens der neuen Bewegung für gemeinschaftlich betriebene Nachbarschaftsgärten.

Elisabeth Meyer-Renschhausen ● 26 Gärten bestehen bereits und 47 weitere sind in Gründung, fast alle sind Interkulturelle Gärten, in denen Asylbewerber und Migranten durch gemeinsamen Gemüseanbau wieder Boden unter die Füße bekommen. Um die 70 Aktivistinnen und Initiatoren aus verschiedensten Ländern nahmen an dem zweieinhalbtägigen Treffen teil, wie z.B. Sherifa Fific von den Münchner Gärten der Kulturen, die aus der Gegend von Banja Luka, Bosnien, vor Krieg und Gewalt geflohen ist. Shimeles von den Internationalen Gärten Göttingen ist ein Agraringenieur aus Äthiopien. Gerda Münnich ist eine langjährige Agenda-21-Aktivistin aus Berlin-Köpenick und Keltoum aus Marokko arbeitet im Frauengarten in Kassel mit...

Am ersten Abend begeisterte Judy Ling Wong ihre Hörer mit einem lebhaft vorgetragenen Bericht von den Aktivitäten des BEN, »Black Environmental Networks« in Großbritannien. Hauptanliegen der Gruppe ist zu zeigen, dass auch die Mitglieder der »ethnischen Minderheiten« Großbritanniens sich für Umweltfragen einzusetzen bereit sind. Sie sprechen isolierte und traumatisierte Menschen an, indem sie ihnen organisierte Ausflüge etwa in einen der schönen Nationalparks anbieten. Denn am besten kann man, so Judy, die Menschen ansprechen, indem man ihnen eine Freude macht und ihnen ästhetischen Genuss wie jenen schöner Natur anbietet. Nach solchen Auftaktveranstaltungen sind viele selbständig arbeitende Umweltgruppen von Migrantengruppen entstanden. Community gardening, gemeinsames Gärtnern, ist mit eine der beliebtesten Umweltaktivitäten der Minderheitengruppen. Seit 18 Jahren existiert das Netzwerk, die ersten neun Jahre haben sie ausschließlich ehrenamtlich gearbeitet. Nun aber sind sie allgemein anerkannt und arbeiten jetzt in ihrem Büro in Nordwales mit acht Leuten.

Abends gab es ein wunderbares multiethnisches Buffet im Multikulturellen Zentrum, und während die einen ihre Falafel im duftenden Paradiesgarten verspeisten, juckte den anderen bereits der Fuß angesichts von begeisternden Klezmerklängen. Denn die Gastgeber, ganz besonders Razak und Sheriffa Minhel, bemühen sich aktiv um die Verständigung zwischen muslimischer und jüdischer Kultur. Sie hatten daher als besonderes Geschenk an ihre Gäste die Musiker »Shoshana« von der Jüdischen Gemeinde in Dessau eingeladen.

Am nächsten Tag ging es durch das Gartenreich des Wörlitzer Parks, dem englischen Landschaftspark als Stiftung eines aufgeklärten Fürsten an sein Volk. Die zum erbaulichen Lustwandeln einladenden Wege und vielfältigen Landschaften standen der Allgemeinheit von Anfang an kostenlos offen. Die Abkehr von den barocken Gartengestaltungsprinzipien der geraden Linie und der gestutzten Bäume waren die starken Zeichen, die das Herauskommen einer neuen, demokratischen Gesellschaft ermöglichen und die Seele der Menschen zu aktiver Teilnahme am Staatsgeschehen beflügeln sollten...●

Stimmen aus dem Netzwerk Interkulturelle Gärten

Bei der Arbeit im Garten finde ich Trost und Geborgenheit. Ich habe hier Menschen gefunden, die Anteil nehmen und mich mit meinen Sorgen nicht allein lassen.

Fariz Kamilov, Münchner Gärten der Kulturen, Aserbaidschan

Die Gartenarbeit hat mich aufgeweckt, sie hat mich lebendig gemacht.

Ramzi Khuri, Münchner Gärten der Kulturen, Palästina

Die Arbeit im Garten hat mir ein neues Fenster geöffnet. Ich liebe es, die Blumen blühen zu sehen und zuzuschauen, wie die Pflanzen wachsen. Das ist für mich Lebendigkeit.

Ümmühan Kocyigit, Münchner Gärten der Kulturen, Türkei

Der Garten hat mich sehr verändert. Er hat meinen Körper und meine Seele gelockert. Das wiederum hat mir geholfen, einen Platz in dieser Gesellschaft zu finden. Der Boden kann, ebenso wie Körper und Seele, sehr hart sein. Erst durch Bearbeiten wird er locker und luftig, so dass Pflanzen darin gedeihen können.

Jamileh Alidousti, Internationale Gärten Göttingen, Iran

Ich habe durch die Gärten eine neue Familie gefunden. Und Lust und Interesse an der Gartenarbeit gefunden. Das ist eine neue Seite an mir, auf die ich sehr stolz bin. Der Garten ist der Ort für meine Seele.

Najeha Abid, Internationale Gärten Göttingen, Irak

Der Garten hat mein Leben verändert. Ich fühle mich hier aufgehoben. Ich fühle mich den Pflanzen verbunden. Ich spreche mit den Blumen. Auch der Boden hat für mich eine besondere Bedeutung: aus ihm sind wir entstanden; zu ihm kehren wir zurück – es ist der Kreislauf allen Lebens.

Ouafae Behoumi, Internationale Gärten Göttingen, Marokko

Ich habe gelernt, diese Gesellschaft zu verstehen. Dadurch habe ich viel Sympathie entwickelt, und das betrachte ich als meinen persönlichen Gewinn. Ich habe die Erkenntnis gewonnen, dass Mitgestaltung in einem großen Industrieland möglich ist. Das hat mir gezeigt, wie wichtig doch das Individuum ist.

Tassew Shimeles, Internationale Gärten Göttingen, Äthiopien

GESELLSCHAFTLICHE AUSGRENZUNG

Interkulturelle Gärten

»Wir sind Deutsche, aber keine echten«

– Interkulturelle Gärten als Sozialräume des Empowerment

Die gesellschaftliche Exklusion von MigrantInnen funktioniert auf banale und häufig subtile Weise. Sie ist – oft unauffällig – Teil der alltäglichen Kommunikation. Die Praktiken des Ausschlusses haben die Form vieler feiner Fäden, die um die MigrantInnen als kulturell Andere gesponnen werden. Sie werden als solche zur Adresse von Zuschreibungen und Verortungen seitens der Mehrheitsgesellschaft. Die Macht dieser Prozesse liegt nicht zuletzt in dem Umstand begründet, dass diese Zuschreibungen im Laufe der Zeit von den auf diese Weise Angesprochenen als/zu deren Selbstbeschreibung übernommen werden.

Stiftung Interkultur ● Diese höchst wirkungsvolle »Feinmechanik« des Rassismus wurde von Mark Terkessidis (2004) im Detail beschrieben. Sie wird hier als Folie benutzt, um ein Verständnis für die Situierung der Interkulturellen Gärten im gesellschaftlichen Umfeld des Ausschlusses zu entwickeln. Dabei wird das Profil der Gärten als Sozialräume des Empowerment deutlich.

Die Mechanismen des alltagspraktischen Rassismus sind: Die Entfremdung, die Verweisung, die Entantwortung und die Entgleichung.

Die Entfremdung:

Die Zugehörigkeit von MigrantInnen wird praktisch gestört. Es wird ein »Wir« hergestellt, von dem die MigrantInnen ausgeschlossen werden. Sie werden (z.B. über die Reaktion auf ihr Aussehen etc.) als anders markiert. Als Konsequenz dieses Mechanismus der Ausgrenzung wird die Zugehörigkeit von MigrantInnen prekär, d.h., sie wird an Bedingungen geknüpft und ist nicht selbstverständlich gegeben.

Die Interkulturellen Gärten und ihr Umgang mit Entfremdung

Das große Thema Fremdheit wird in den Gärten vielfach bearbeitet. Den mächtigen Fremdbeschreibungen und ausschließenden Zuschreibungen durch die Mehrheitsgesellschaft werden diskursiv-flüssige und pragmatische Selbstbeschreibungen gegenübergestellt: Die in Interkulturellen Gärten Aktiven sind selbstverständlich »hier« und treten als Teil dieser Zivilgesellschaft und dieses Gemeinwesens in Erscheinung. Sie leisten einen erkennbaren Beitrag dazu. Interkulturelle Gärten sind öffentliche Räume und verschaffen den in ihnen Tätigen ein hohes Maß an Sichtbarkeit, was exotisierende Fremdheitszuschreibungen unterläuft. Differenzen (im Plural) dürfen (ja: sollen!) hier sein, allerdings werden sie nicht zur Markierung eines fundamentalen und essenziellen Andersseins und damit als Maulkorb bzw. zur Einengung des Handlungsspielraums des Einzelnen benutzt, sondern im Gegenteil als Ausgangs- und Rückzugsbasis zur Verhandlung und Erweiterung dieser Spielräume und individuellen Entwicklungsmöglichkeiten. Interkulturelle Gärten schaffen einen Raum, in dem Pflanzen und Praktiken verschiedensten Ursprungs Bestandteil einer Neukomposition werden. Sie bekommen durch das Ganze eine neue Bedeutung – die Entzifferung findet im Hier und Jetzt statt. Interkulturelle Gärten bieten einen Raum, in dem die in ihnen Tätigen als selbstbewusste und souveräne Produzenten ihre eigenen Produkte anbauen.

KLEINES LEXIKON

Exklusion, wörtlich Ausschluss (aus dem lat. exclusio), sinngemäß auch Ausgrenzung, beschreibt in der gehobenen Umgangssprache die Tatsache, dass jemand (aus unterschiedlichen Gründen, ggf. gegen seinen Willen) von einem Vorhaben, einer Versammlung u.ä. ausgeschlossen (exkludiert) wird. Die Teilnehmer möchten – beispielsweise aus Reputationsgründen oder Misstrauen – unter sich (exklusiv) bleiben. Eine gewisse Abwertung bis hin zur Diskriminierung derer, die ausgeschlossen werden, geht damit einher. Der Gegenbegriff ist die Inklusion.

Die Verweisung

MigrantInnen werden ständig und ungefragt zum Gegenstand von Herkunftsdialogen, in denen ihnen ein eigentlicher Herkunftsort zugeschrieben wird. Dieser eigentliche Ort ist Teil einer Imagination bzw. einer imaginierten Landkarte, die sie andernorts beheimatet, egal wie lange sie bereits hier leben. Diese Tatsache wird durch den Herkunftsdialog negiert.

Gartenarbeit... Foto: Cornelia Suhan

Die Interkulturellen Gärten und ihr Umgang mit Verweisung

In den Interkulturellen Gärten eignen sich die MigrantInnen den Herkunftsdialog an und machen ihn zum Gegenstand von biografischen Erzählungen mit eigenen Skripten. Hierdurch erfolgt ein Perspektivenwechsel vom Objekt einer Zuschreibung zu einem anderen Ort (reaktiv-responsive Position) hin zu der Ausgestaltung der biografischen Erzählung als Subjekt und »Besitzer/in« dieser Erzählung. Durch diese biografische Praxis, in der die MigrantInnen die Autorenschaft dieser Texte (über sich) reklamieren, wird der uneigentliche Charakter ihres Hierseins durch die eigene Erzählung aufgearbeitet und hierdurch eine Präsenz gewonnen, die den gespenstischen Status der Verweisung durch andere Formen der Repräsentation korrigiert.

Die selbstverständliche Erfahrung des Hierseins und des hier Spuren Hinterlassens wird nicht nur durch das Sprechen, sondern vor allem auch durch die selbstverständliche Inbesitznahme von städtischem Raum und eine produktive und kreative Tätigkeit gewonnen. Die gärtnerische Teilnahme am Wurzeln Schlagen und Wachsen von Pflanzen, die Verantwortung, das Hegen und Pflegen, die Freude an der Ernte usw. ermöglichen materielle Formen der Präsenz und des Spuren Hinterlassens.

Die Entantwortung

Die Handlungen der MigrantInnen werden mittels Zuschreibung zu einem imaginierten Kollektiv (Ethnie, Religion, Rasse etc.) gedeutet und hierdurch ihres individuellen Status beraubt. Das Skript für diese Zuschreibungen bilden häufig stereotype Kontrastierungen (z.B. der ruhige Nordeuropäer versus der temperamentvolle Südländer). Das Stereotyp löscht den Geltungsbereich des Einzelnen aus. Die Individualität des Einzelnen wird damit getilgt.

Die Interkulturellen Gärten und ihr Umgang mit Entantwortung

Mit den Interkulturellen Gärten formen sich Sozialräume, in denen einzelne Individuen jenseits der Entantwortung öffentlich in Erscheinung treten können. Sie engagieren sich bei der Entstehung des Gartens, beteiligen sich an der Organisation (häufig in Form eines Vereins) und wirken in vielfältiger Weise am sozialen Leben der Stadt mit. Sie »stören« das Bild, in dem sie Verantwortung übernehmen und sich zu Wort melden. Die Gärten sind keine Privaträume, sondern vielfach vernetzte zivilgesellschaftliche Bereiche. Sie sind Gegenöffentlichkeiten, die durch ihre ganz normale Alltagspraxis dazu beitragen, vorherrschende Vorstellungen nachhaltig zu stören.

Die Entgleichung

Durch die pauschale Unterstellung von Defiziten (z.B. dass MigrantInnen schlecht Deutsch sprechen) bringen sich diejenigen, die diesen Mechanismus anwenden, in die privilegierte Position von Juroren, d.h., derjenigen, die über eine(n) anderen urteilen können. Die Entgleichung funktioniert sowohl über Ab- als auch Anerkennung. Der Habitus der Überlegenheit kann in Gestalt von Verwunderung, Anerkennung (Gönnerhaftigkeit), aber auch von Abwertung auftreten. Hier herrscht eine Formenvielfalt vor, die das Thema variiert.

Die Interkulturellen Gärten als Umgang mit Entgleichung

Die Interkulturellen Gärten sind Räume, in denen Interaktion über verschiedene Grenzen und Asymmetrien hinweg geübt und routinisiert wird. Die fatale Situation der Entgleichung und die in ihr geltenden Spielregeln über das Sprechen und »Besprochenwerdens«, die damit einhergehende Autorisierung und das subtile Ausgeliefertsein sind hier nicht dominant. Es ist nicht ausgeschlossen, dass sie auch hier auftauchen. Jedoch bietet die demokratische Architektur Möglichkeiten, diese Formen zu verflüssigen und zum Gegenstand des Sprechens zu machen. Die Interkulturellen Gärten sind in diesem Sinne Räume des Empowerments. Sie bieten als politische und als produktive Räume zahlreiche Chancen, symmetrische kommunikative Formen zu kultivieren und habituell einzuschleifen.

Diese Ausführungen verdeutlichen, dass Interkulturelle Gärten den Rahmen für eine selbstverständliche Präsenz von MigrantInnen bilden. Sie sind vielschichtige Sozialräume des Empowerment. Und genau diese Kontexte sind nötig, um die Feinmechanik des alltäglichen Rassismus praktisch außer Kraft zu setzen.●

Literatur:
Terkessidis, Mark (2004): Die Banalität des Rassismus, Bielefeld, transcript Verlag

... und gemeinsames Essen Foto: Cornelia Suhan

INTERNATIONALE ALLIANZENBILDUNG

Die Stiftung Interkultur steht in regem Austausch mit dem »Black Environment Network« und dem »Women's Environmental Network« in Großbritannien sowie mit der Bewegung der Community Gardens in den USA. Das Black Environment Network (BEN) ist ähnlich wie die Stiftung Interkultur an der Schnittstelle von Nachhaltigkeit und Migration aktiv.

Anfang Juni berichtete die Direktorin von BEN, Judy Ling Wong, auf der Netzwerk-Tagung der Stiftung Interkultur in Dessau über die Aktivitäten in Großbritannien. BEN koordiniert eine Vielzahl von Umweltprojekten – wobei unter »Umwelt« nicht nur die natürliche Umwelt verstanden wird, sondern auch das kulturell-bauliche Erbe. Das bedeutet u.a., dass einerseits auf einer City Farm mitten in London arabisches Gemüse angebaut, englisches Geflügel versorgt, aussterbende Schweinerassen gezüchtet und indische Gerichte in der Gemeinschaftsküche gekocht werden und andererseits, dass die lokalen BEN-Organisationen Exkursionen mit Angehörigen asiatischer oder afro-karibischer Minderheiten in die Highlands unternehmen und sich auf die Suche nach Spuren des kolonialen Erbes z.B. in der Landschaft oder in nationalen Baudenkmälern machen. Diese Orte sollen interkulturell geöffnet werden, damit es auch für MigrantInnen attraktiv ist, sie zu besuchen.

Das Netzwerk formuliert als oberstes Ziel die vollständige gesellschaftliche Partizipation von ethnischen Minderheiten. Die ethnischen Minderheiten finden sich laut BEN in der kulturell eingeschriebenen Geschichte Großbritanniens erst dann wieder, wenn sie sich gespiegelt und repräsentiert sehen. Erst dann können sie in dem Land als »ganze Menschen« ankommen – mit einer Geschichte, die über die persönliche Biographie hinausreicht, – und eben neue Wurzeln schlagen.

Ein weiterer internationaler Kontakt

Unter dem Titel »Cultivating Community: The Role of Plants in Revitalizing Communities and Transforming Violence« arbeitet eine international besetzte Gruppe in Zusammenarbeit mit dem renommierten Eden Project in England an einer Wanderausstellung, die neben den Interkulturellen Gärten außergewöhnliche Projekte aus aller Welt präsentiert, z.B. die »Rabbis for Human Rights«, eine Gruppe von mehr als hundert Rabbis, die palästinensischen Familien helfen, ihre Olivenhaine zu beernten. Oder der »San Francisco Jail Garden«, in dem Gefangene Lebensmittel anbauen für AIDS Projekte und Obdachlosenunterkünfte. In Vietnam haben die US-amerikanischen »Veterans for Peace« gemeinsam mit Vietnamesen einen Friedensgarten gegründet, in London entsteht auf einer Industriebrache ein multiethnisch bewirtschafteter »Urwaldgarten« und in Ecuador arbeitet die »Alianza Pachamama« auf der Grundlage von indigenem Wissen an neuen Ideen für Biodiversität.●

KONZEPTE

Interkulturelle Gärten

Interkulturelle Umweltbildung

Der gesellschaftliche Ausschluss von MigrantInnen berührt zahlreiche Ebenen. Diese Tatsache wird mittlerweile in vielen Bereichen als Problem anerkannt. Für das Themenfeld der Nachhaltigkeit ist dies jedoch bislang kaum der Fall. Der öffentliche Diskurs um den Erhalt der natürlichen und sozialen Ressourcen wird nach wie vor mittelklasseorientiert geführt. Um diesen Ausschluss nicht länger fortzuschreiben, ist aus unserer Perspektive eine interkulturelle Sensibilisierung und Öffnung dieses Feldes dringend erforderlich. Sie ist daher Gegenstand des neuen Schwerpunkts »Interkulturelle Umweltbildung« der Stiftung Interkultur.

Stiftung Interkultur ● Ein praktisches Modellprojekt, das sich auf vielen Ebenen als ertragreich erwiesen hat, ist das in den Internationalen Gärten Göttingen im Jahr 2001 entwickelte Umweltbildungskonzept »Die grüne Sprache der Völker«. Am Ausgangspunkt der Göttinger Aktivitäten stand folgende Frage: Wenn keine gemeinsame Kultur oder Sprache vorhanden ist, kann man dann ökologische Inhalte über gemeinsame Naturerfahrung vermitteln? Und kann auf diese Weise den diversen Erfahrungswelten der Beteiligten Kontinuität verliehen werden?

Methodisch arbeiteten die GärtnerInnen mit folgenden Verfahren: reflexive, lebensgeschichtliche Erzählungen im öffentlichen Raum; subjektive, biographieverbundene Naturbeobachtungen; systematische und vergleichende Naturbeobachtungen; Generierung und vergleichende Auswertung von Erfahrungswissen sowie Besichtigungen von Fachbetrieben, Initiativen und Institutionen des Umweltschutzes. Mit diesem partizipativen Verfahren wurden erstaunliche Ergebnisse erzielt. Sie zeigen deutlich, dass Nachhaltigkeit und kulturelle Vielfalt ein Multiresonanzfeld bilden, das es in mehrfacher Hinsicht zu bearbeiten und fruchtbar zu machen gilt.

Interkulturelle Umweltbildung ist nach unserem Verständnis zuallererst ein inklusives und partizipatives Konzept. Es setzt an bei den Wissensbeständen und Kompetenzen, die die EinwanderInnen mitbringen und die für nachhaltigkeitsrelevante Themenbereiche gewinnbringend eingesetzt werden können. Salopp formuliert: Hier geht es nicht darum, Migranten »beizubringen« wie sie ihren Müll zu trennen haben, sondern aus umgekehrter Blickrichtung ein Interesse an den ökologischen Zugängen der Migrationsbevölkerung zu entwickeln und diese in eine sich verbreiternde Nachhaltigkeitsdebatte aufzunehmen.

Im Feld der Umweltbildung ist derzeit ein Paradigmenwechsel zu verzeichnen – weg von der Katastrophenrhetorik und hin zur Entwicklung von transformationsorientierten Handlungsoptionen für eine nachhaltige Gesellschaft. Dieser Paradigmenwechsel, der unter der Leitformel »Bildung für eine nachhaltige Gesellschaft« firmiert, ist jedoch noch nicht begleitet von einer konsequenten interkulturellen Öffnung. Zwar werden komplexe globale Problemlagen unter dem Begriff »Globales Lernen« subsumiert; der soziale Wandel Deutschlands hin zu einer Einwanderungsgesellschaft hingegen wird weitgehend ausgeblendet.

Foto: Cornelia Suhan

Gleichzeitig lässt sich beobachten, dass das interkulturelle Wissens-»Labor« längst gelebt wird. Jedoch verlaufen die Wissensströme höchst einseitig von der Mehrheitsgesellschaft in Richtung Minderheiten. Damit liegt das größte Potenzial der Migrationsgesellschaft brach: das Eigene mit anderen Augen sehen zu lernen, Neugier zu wekken, Neuem eine Chance zu geben und etwas zu wagen. All dies ist dann am besten möglich, wenn mit neuen Lernformen experimentiert wird. So verstanden ist Interkulturelle Umweltbildung eben keine »exotische Nische« innerhalb der Umweltbildung, die im Kern als ein »weißes« Experten-Vorhaben unangetastet bleiben kann, sondern ein pluriperspektivisches demokratisches Vorhaben, das alle gleichermaßen angeht.●

FORSCHUNGSNETZWERK

Vieldimensionaler Zugang

Die vielfältige Praxis in den Interkulturellen Gärten und ihr besonderer Ressourcenreichtum weckt zunehmend das Interesse von WissenschaftlerInnen, die die Gärten als Forschungsgegenstand entdecken. Die wachsende Aufmerksamkeit führte im Mai 2004 zur Gründung des Forschungsnetzwerks Interkulturelle Gärten.

Stiftung Interkultur ● Diese Vernetzung soll dazu dienen, die Gärten als neuartigen interkulturellen Kontext für sensible Formen der Forschung zu erschließen und die Gartenpraxis um neue Ideen und auch um kritisches Feedback zu bereichern. Eine wissenschaftliche Reflexion soll den Gärten zu Gute kommen, denn erst der Transfer der dort geleisteten Arbeit in »Resonanzräume« wie Wissenschaft und Politik ermöglicht eine adäquate Wahrnehmung dieser neuen Sozialräume für Integrationsprozesse und für die Gestaltung der Einwanderungsgesellschaft.

Die Stiftung Interkultur moderiert die Präsentation und den Austausch von Studien, organisiert Veranstaltungen, publiziert Medien und steht für die Beantwortung von Fragen zu den Gärten zur Verfügung.

Auffallend am Forschungsnetzwerk Interkulturelle Gärten ist in erster Linie sein vieldimensionaler Zugang. So werden Diplom-, Magister- und Doktorarbeiten in den verschiedensten wissenschaftlichen Disziplinen angefertigt. Das Promotionsvorhaben »Zur kollektiven Aneignung von Freiflächen im öffentlichen Raum – Das Beispiel der Community Gardens bzw. Gemeinschaftsgärten« im Rahmen des Graduiertenkollegs »Stadtökologie« der Humboldt-Universität Berlin untersucht Gemeinschaftsgärten bzw. Community Gardens als eine besondere Form der Nutzung und Gestaltung öffentlicher Freiräume. Im Studiengang Freiraumplanung der Universität Hannover entsteht die Diplomarbeit »Frauen in der Migration – Freiraumbezogene Bedürfnisse und Wünsche von Migrantinnen in Bremen-Nord und Folgerungen für die Freiraumpolitik«, die die Bedürfnisse und Wünsche von Migrantinnen an den öffentlichen Freiraum ihres Quartiers untersucht. Im Fachgebiet Agrarbiodiversität an der Universität Kassel-Witzenhausen wurde kürzlich eine Diplomarbeit zum Thema »Biologische und kulturelle Vielfalt von MigrantInnengärten im Raum Kassel« fertiggestellt, die aus naturwissenschaftlicher Sicht auf einen Zusammenhang zwischen biologischer und kultureller Vielfalt fokussiert. Am Fachbereich der Umweltethik an der Universität Greifswald werden »Die heilenden und tröstenden Wirkungen der Natur« untersucht und an der Forst- und Umweltwissenschaftlichen Fakultät in Freiburg widmet sich ein Promotionsvorhaben der »Bedeutung von Wald und Landschaft als Integrationsraum – Landschaftswahrnehmung und Landschaftsnutzung von Migranten«. Eine Magisterarbeit in Politikwissenschaft an der Carl von Ossietzky Universität Oldenburg betrachtet das Asylbewerberprojekt »Bunte Gärten Leipzig« vor dem Hintergrund der deutsch-europäischen Zuwanderungs- und Flüchtlingspolitik. Das Promotionsvorhaben »Gärten als religiöse Erfahrungsräume. Das religionspädagogische Potential von Bibel-Gärten« an der Theologischen Fakultät der Humboldt-Universität Berlin geht der Frage nach, inwieweit religiös gestaltete Gärten einen Beitrag zu neuen Lern- und Lehrformen in der individuellen und gemeinschaftlichen Begegnung mit Religion, Kultur und Natur leisten können und der Studiengang »Naturphilosophie« an der Universität Wien inspirierte zu dem Diplomarbeitsthema »Naturzugang als Teil des »Guten Lebens». (Nähere Angaben zu den Arbeiten unter www.stiftung-interkultur.de/ Wissenstransfer)

Foto: Cornelia Suhan

Interkulturelle Gärten
Eine psychologisch-dialogphilosophische Perspektive

Alle laufenden oder bereits abgeschlossenen Vorhaben lassen sich von der Praxis in Interkulturellen Gärten leiten und bergen den großen Facettenreichtum dieser Projekte. Eine der fertiggestellten Abschlussarbeiten wurde kürzlich veröffentlicht und soll hier etwas ausführlicher besprochen werden. Es handelt sich um die Studie von Sabine Peter »Schritte auf dem Weg zum Miteinander in der multikulturellen Gesellschaft. Interkulturelle Gärten. Eine psychologisch-dialogphilosophische Perspektive«, 112 Seiten, ibidem Verlag, Stuttgart.

Zur Architektur der Arbeit: Sie besteht aus drei Teilen, die am Schluss zusammengeführt werden. Im ersten Teil werden verschiedene psychoanalytische und sozialpsychologische Positionen (Riemann, Fromm, Erdheim, Bar-On) zur Angst dargestellt. Verhandelt wird hier das Ausgangsproblem der Angst, die ein gleichberechtigtes Zusammenleben von Menschen verhindert. Die verschiedenen Positionen werden miteinander in Beziehung gesetzt und am Ende des Kapitels auf den Punkt gebracht.

Der zweite Teil befasst sich mit ausgewählten Teilen der Dialogphilosophie Martin Bubers. Der wertvolle Beitrag Bubers zur Frage eines kulturübergreifenden Miteinanders besteht in seiner Theorie des echten Gesprächs, aus der eine Theorie bzw. Utopie der Gemeinschaft abgeleitet wird. Diese wird von Buber als Teil der »Ich-Du-Beziehung« zwischen Individuum und Gott aufgefasst. Das Potenzial dieses »Dazwischen« liefert Buber das Material

Foto: Cornelia Suhan

für eine fundamentale Kritik der modernen kapitalistischen Gesellschaft. Sein Plädoyer verkürzt: Sich auf den anderen einlassen, zuhören, sich einbringen, Konflikte austragen, Mut zum Einreißen zwischenmenschlicher Blockaden, das Wagnis des miteinander Lebens eingehen. Buber konzipiert dies zugleich als Aufgabe des Individuums, seinen eigenen Weg zu finden und ihn beherzt zu gehen.

Im dritten Teil wird unter dieser Perspektive das gemeinsame Handeln in Interkulturellen Gärten einer ebenso konstruktiven wie kritischen Betrachtung unterzogen. Die Abhandlung ist erhellend, da die Autorin die in den ersten beiden Kapiteln angelegten Perspektiven hier durchgängig anwendet und durch dieses Okular einen scharf konturierten Zugang zu den Gärten eröffnet. Sabine Peters wirft in diesem Teil viele weiterführende Fragen auf und eröffnet damit Korridore zukünftiger Forschungsaktivitäten. Die abschließende Zusammenführung ist angesichts der in dem vorhergehenden Teil erarbeiteten Ergebnisse beinahe überflüssig, jedoch bietet auch sie noch einmal interessante Perspektivierungen.

Die Studie ist handwerklich sehr gut gearbeitet und schön, an manchen Stellen sogar fesselnd geschrieben, vor allem aber überzeugt das hier in Anschlag gebrachte Bubersche Instrumentarium, das ebenso problemadäquat wie modern anmutet. Es regt zum Weiterdenken an.●

GESCHLECHTSSPEZIFISCHE AUSWIRKUNGEN DER HARTZ-REFORMEN

Die ganze Bäckerei!

In den vergangenen Jahren gab es eine Reihe von Kommissionen, die die Bundsregierung bei ihren sog. Reformpaketen beraten sollte. Hauptziel dieser »Reformen« ist es, die Konkurrenzfähigkeit der deutschen Industrie zu erhöhen, insbesondere gegenüber dem Hauptkonkurrenten USA. Gleichzeitig rufen alle Parteien nach dem »Aufschwung«. Erreicht werden soll beides durch ein Bündel von Maßnahmen, die – wie zu zeigen sein wird – in erster Linie zu Lasten der Lohnabhängigen, Erwerbslosen, und der ohnehin schon Armen und Ausgegrenzten gehen wird.

von Gisela Notz ● Erstens soll die Verlängerung der Erwerbsarbeitszeit die Konkurrenzfähigkeit sichern. Argumentiert wird, dass »wir« Deutschen ca. 400 Stunden weniger arbeiten, als beispielsweise die ArbeiterInnen in den USA. Seit dem 1.1.2004 kann die Arbeitszeit ohne Zeitausgleich auf mehr als acht Stunden ausgedehnt werden, was faktisch eine Kürzung des Einkommens bedeutet. Auch die beabsichtigte Erhöhung des Rentenalters auf 67 Jahre wird zu Kürzungen führen, denn schon heute erreichen viele Menschen die Altersgrenze nicht und müssen daher Abschläge hinnehmen. Frauen werden deshalb besonders betroffen sein, weil sie es sind, die ohnehin schon die niedrigsten Renten haben. Zweitens soll der Arbeitsmarkt flexibilisiert und die Bezugsdauer des Arbeitslosengeldes begrenzt werden. Dazu gehört beispielsweise die beschlossene Zusammenlegung von Arbeitslosen- und Sozialhilfe. Drittens wird der Kündigungsschutz ausgehöhlt und der Druck erhöht, (fast) jeden Job anzunehmen. Viertens sollen die Lohnnebenkosten gesenkt werden, vorrangig mit dem Ziel, den Anteil der ArbeitgeberInnen an den Renten- und Sozialversicherungssystemen zu verringern. Die Alten- und Krankenversicherung soll privatisiert werden. Fünftens zieht sich der Staat aus den sozialen Verpflichtungen zurück, gleichzeitig werden die Konzerne steuerlich entlastet. Der Rückzug des Staates bedeutet eine weitere Einschränkung des Lebensstandards für die Masse der Bevölkerung, Refamilialisierung und Verlagerung auf ehrenamtliche soziale Arbeit – beides weit überwiegend auf Kosten von Frauen.

Die SPD verweist darauf, dass die »Reformen« wesentlichen Einfluss auf die Beschäftigungschancen von Frauen haben. In der Agenda 2010 ist die Verpflichtung enthalten, gleichstellungspolitische Ziele zu berücksichtigen. Tatsächlich wird immer wieder darauf hingewiesen, dass der Anteil der Frauenbeschäftigung in den letzten Jahren stark angestiegen sei. Verschwiegen wird meist, dass das überwiegend auf einen Zuwachs von Teilzeitarbeit und geringfügige Beschäftigung zurückzuführen ist, von denen die meisten Frauen nicht eigenständig leben können. Das von Frauen geleistete Arbeitsstundenvolumen hat sich zwischen 1997 und 2000 kaum erhöht.

Nachdem das rot-grüne Reformpaket Agenda 2010 am 19.12.2003 unter Dach und Fach gebracht worden war, sahen sich Kanzler, Regierungsparteien und Opposition als Sieger. In ganzseitigen Anzeigen in verschiedenen Tageszeiten jubelte die Bundesregierung: »Und Deutschland bewegt sich doch! Der Arbeitsmarkt wird (durch Agenda 2010) dynamischer (...) Das ist der Startschuss für den Aufschwung und mehr Beschäftigung in Deutschland!« (1) Die Geschichte der Großbaustelle Sozialstaat – »Eine der größten Veränderungen der Sozialgeschichte« (Gerhard Schröder) – hat eine Vorgeschichte. Ich werde mich im Folgenden auf die sog. Hartz-Gesetze konzentrieren, mit denen »Weichen für mehr Dynamik auf dem Arbeitsmarkt« gestellt werden sollen. (2)

Verschimmelter Kuchen

Das Konzept »Moderne Dienstleistungen im Arbeitsmarkt« (genannt Hartz-Konzept), das im August 2002, kurz vor der Bundestagswahl vorgestellt wurde, (3) enthält 13 »Innovationsmodule.« Erklärtes Ziel des Konzeptes ist die Halbierung der Erwerbslosigkeit bis 2005. Die SPD spricht von einem »zukunftsweisenden Gesamtkonzept zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit.« (4) Die meisten Vorschläge gehen von einem Frauen- und Familienbild aus, das die Rolle der »Zuverdienerin« und des »Haupternährers« vorsieht. Durch die vielen Vorschläge, die das Hartz-Konzept zu Niedriglohnsektoren enthält, wird ein solches »Familienmodell« in der Zukunft noch viel weniger funktionieren als früher schon. Die Tatsache, dass der »Haupternährer« einfach zu wenig verdient, um eine Familie (hauptsächlich) ernähren zu können, traf und trifft besonders für Familien aus den Unterschichten zu. Dies wird verstärkt durch Niedriglohn und Leiharbeit (auch für Männer). Schon während der Entwicklung des Hartz-Berichts wurde das Fehlen einer gleichstellungspolitischen Zielsetzung nachdrücklich in verschiedenen frauenpolitischen Stellungnahmen bemängelt. In der Schlussredaktion wurde dem Bericht ein Deckblatt beigefügt, das die Überschrift trägt: »Die Chancengleichheit von Frauen und Männern auf dem Arbeitsmarkt beachten und fördern.« In vier kurzen Absätzen wird darauf hingewiesen, dass alle weiteren Schritte zur Konkretisierung des Konzepts vor dem Hintergrund der Verbesserung der Chancengleichheit von Männern und Frauen überprüft werden müssen. Wie kann aber ein Konzept, das für (fast) alle Betroffenen nur Nachteile bringt, nachträglich »gegendert« werden? Das hieße, den verschimmelten Kuchen umzuverteilen.

Hartz I bringt tiefgreifende Verschlechterungen für Erwerbslose und die Voraussetzungen für die flächendeckende Einführung von Niedriglohn-Jobs in Leiharbeitsverhältnissen. Erwerbslose müssen die Leiharbeit annehmen, das heißt sie arbeiten sechs Wochen lang für ein Nettoentgelt in Höhe der Hälfte des Arbeitslosengeldes und danach zu Billigtarifen. Leiharbeit ist nach der Umsetzung nicht – wie bei der Formulierung des Hartz-Berichtes angegeben – gleichgestellt mit tariflich abgesicherter Arbeit, sondern 40 bis 50% niedriger bezahlt als »normale Arbeit«. Heute sind ca. 0,7% der Erwerbsarbeitsverhältnisse Leiharbeitsverhältnisse. Bereits in vier Jahren sollen es vier mal so viele sein. Ob der Zuwachs in diesem Ausmaß stattfinden wird, hängt auch damit zusammen, in welchem Ausmaß »Normalarbeit« in Leiharbeit umgewandelt wird. Zudem wird die niedrige Entlohnung bei der Leiharbeit sich kostendrückend auf die Tariflöhne der Beschäftigten auswirken. Beides hat negative Auswirkungen auf die materielle Lage von Individuen und Zusammenlebensformen. Immer wieder wird darauf hingewiesen, dass viel zu viele Kinder in Armut aufwachsen. Demnächst werden es noch mehr werden.

Foto: Rolf Schulten/Octopus

Bei Bezug von Arbeitslosenhilfe wird das Vermögen der LebenspartnerIn (egal ob verheiratet oder nicht) stärker als bisher angerechnet und der Freibetrag für Vermögen um rund 60% gesenkt. Schon vor der Neuregelung zum 1.1.2003 erhielten nur 22% aller erwerbslosen Frauen Arbeitslosenhilfe. Etwa 40% erhielten keine Arbeitslosenhilfe, weil mit 325 EUR-Jobs kein Anspruch zu erwerben ist oder weil das Einkommen des Partners angerechnet wurde. Mit der Neuregelung sollen nach Angaben des Bundesministeriums für Wirtschaft und Arbeit (BMWA) insgesamt ca. 160.000 weitere Personen keine Leistung mehr erhalten, davon werden etwa zwei Drittel Frauen sein. Viele haben Kinder zu versorgen. (5) Auch ihr Zugang zu Maßnahmen der »aktiven Arbeitsmarktpolitik« wird dadurch erschwert: Wer keine Leistung erhält, erhält in der Regel keine Maßnahme. Wenn die aktuelle Praxis der Arbeitsämter fortgeführt wird, dass diejenigen bevorzugt vermittelt werden, bei denen das Einsparpotential für das Arbeitsamt am höchsten ist, werden geringverdienende Frauen kaum Integration und Vermittlung erfahren. Die ökonomische Abhängigkeit von Frauen in Gewaltverhältnissen wird dadurch verstärkt. Wiedereingliederungsmaßnahmen für Berufsrückkehrerinnen werden als nicht mehr notwendig erachtet und sind gestrichen worden, obwohl die Versorgung von Kindern, Alten und Pflegebedürftigen nach wie vor auf den Schultern von Frauen lastet, der Staat sich weiter zurückzieht und viele Frauen daher ihre Erwerbsbiografie unterbrechen müssen.

»Hartz I« sieht eine Quick-Vermittlung vor, bei der »Arbeitslose, die besondere Verantwortung für abhängige betreuungsbedürftige Personen oder Familienangehörige tragen,« bei der Vermittlung bevorzugt behandelt werden sollen. In der ursprünglichen Fassung hieß es: »Jeden Montag erhalten der Leiter des Arbeitsamtes und der Vorsitzende der Bundesanstalt für Arbeit eine Liste der arbeitslosen Familienväter«. Natürlich ist die geschlechtsneutrale Formulierung als Fortschritt zu bezeichnen, allerdings fehlt eine klare Definition. Insbesondere bleibt offen, was »besondere Verantwortung« bedeutet und wer bevorzug vermittelt wird, wenn beide Eltern in einer Familie erwerbslos sind. Der Grundgedanke der geschlechtsspezifischen Arbeitsmarktsegregation bleibt. Hier ist auch zu fragen, welche Definition von Familie greift und ob etwa eheähnliche Lebensgemeinschaften, Wohngemeinschaften und andere Formen des Zusammenlebens ebenfalls erfasst sein sollen. (6) Das ist eine Frage, die für die Umsetzung der Hartz-Konzepte generell zu beantworten wäre. Die Tatsache, dass nicht alleinerziehende Frauen als Zuverdienerinnen in der Vermittlung zurückstehen sollen, bedeutet einen Rückfall in die bundesdeutsche Familienpolitik der 1950er Jahre, gegen die sich Frauen schon damals auflehnten. Sie werden als nicht voll verfügbar angesehen. Viele Untersuchungen zeigen, dass eine befriedigende Berufstätigkeit der erwachsenen Mitglieder einer Lebensgemeinschaft sich positiv auf die Gestaltung des Zusammenlebens auswirkt – das gilt auch für weniger Privilegierte, für Alleinerziehende und für »außergewöhnliche« Familienformen.

Individuelles Risikomanagement

Für Familien, Singles oder Wohngemeinschaften, die zu den gehobeneren Einkommensschichten zählen, hält die Kommission eine Superidee bereit: die Mini-Jobs. »Besserverdienende« können seit dem 1. April 2003 Menschen einkaufen, die für sie die anfallenden Putz- und Sorgearbeiten erledigen (Hartz II). Zusammen mit der steuerlichen Abzugsfähigkeit der Kosten für Beschäftigte in privaten Haushalten soll diese Regelung zu einer Verringerung der Schwarzarbeit führen. Gleichzeitig sollen Frauen »in Arbeit« gebracht werden. Letztlich soll die Abgabe der ungeliebten Schmutzarbeiten (vor allem) an Frauen über steuerliche Begünstigungen, für die die Gemeinschaft bezahlt, finanziert werden. Mini-Jobs sind bis 400 EUR krankenversicherungsfrei; die ArbeitnehmerIn bezahlt weder Steuern noch Abgaben, die ArbeitgeberIn pauschal 25% Abgaben. Arbeitet die ArbeitnehmerIn im Privathaushalt, reduzieren sich die Abgaben für die ArbeitgeberIn auf 12%. Für »Midi-Jobs« bis 800 EUR gelten ermäßigte Sozialversicherungsbeiträge. Die (alleine) Mini-Beschäftigte ist, wenn sie verheiratet ist, über den Ehemann versichert. In diesem Fall zahlen die anderen BeitragszahlerInnen ihre Beiträge, was den Druck auf die Kassenbeiträge weiter erhöhen wird. Hat sie keinen Ehemann, muss sie sich freiwillig versichern, was bei einem Mini-Gehalt auch nicht einfach sein dürfte. Gleichzeitig entfällt für Mini-Jobs im Haushalt die bisher für »geringfügige Beschäftigung« übliche 15-Stunden-Grenze. Die Mini-Jobberin darf also für ihren niedrigen Lohn arbeiten, so lange sie will (bzw. muss). Private Haushalte (haushaltsnahe Dienstleitungen) werden seit einiger Zeit als Wachstumssegment des Arbeitsmarktes gesehen. Haushaltshilfen sind Frauen, rund 3,3 Millionen gibt es in Deutschland. Die meisten kommen aus Osteuropa, Südamerika oder aus anderen armen Regionen der Welt. Viele sind Akademikerinnen oder sonst gut ausgebildet (7) und haben meist selbst Familien. Ganze 40.000 sind sozial abgesichert, der Rest arbeitet schwarz. Die Frauenministerin, Renate Schmidt, hat sich bereits positiv zu diesem Modell geäußert. Sie sieht darin eine Chance für berufstätige Frauen und besonders für Einelternfamilien. (8) Welche Verkäuferin oder alleinerziehende Mutter verdient aber so viel, dass sie sich das leisten kann? Zudem ist deutlich, dass solche Mini-Jobs für diejenigen, die sie ausführen, bestenfalls zum Zuverdienen geeignet sind. Von ihnen ist in der aktuellen Diskussion kaum die Rede.

Das IAB schätzte im Jahr 2003 dass drei Viertel Millionen neue Mini-Jobs und 1,12 Millionen Midi-Jobs entstehen. Die Bundesregierung berichtete bereits im November 2003 von mehr als einer Million neuer Mini-Jobs seit April 2003. (9) Es wird auch hier allerdings weniger um neue Beschäftigungsverhältnisse gehen, sondern hauptsächlich um eine Umwandlung bestehender sozialversicherungspflichtiger Beschäftigungsverhältnisse in kleine Portionen. Durch den Ausbau der personenbezogenen Dienstleistungen sollen »neue« Arbeitsplätze für Frauen im Bereich der ungeschützten, niedrig entlohnten Tätigkeiten geschaffen werden. Es geht nun (für besser verdienende Familien) nicht mehr um die ideologische Aufwertung, sondern um die Bezahlung der privatwirtschaftlich organisierten Reproduktionsarbeit unter Beibehaltung der Kleinfamilienstruktur, auf Kosten derjenigen, die »wieder dienen lernen müssen.« (10) Für die »Dienenden« bedeutet das nicht nur ein geringes Einkommen, sondern auch Altersarmut. Mag ein Mini-Job im Einzelfall eine geringfügige Verbesserung der bisher völlig unabgesicherten Beschäftigung darstellen, verschlechtert er strukturell die Lage der Mini-Jobberinnen, die sich auf dem deregulierten Arbeitsmarkt verdingen müssen, aber auch die der ausgebildeten Fachkräfte, die der billigen Konkurrenz ausgesetzt sind. Haushaltsnahe Dienstleistungen werden nicht nur im Privathaushalt sondern u. a. auch durch Altenpflegerinnen, Erzieherinnen oder Krankenpflegerinnen erbracht. Sozialdienste werden angesichts der konkurrenzlos billigen Mini-Jobberinnen künftig kaum überleben können. Im Ergebnis droht der Verlust erkämpfter Lohnstandards sowie eine deutliche Schwächung der ArbeitnehmerInnen und ihrer Interessenvertretungen.

Eine andere »Innovation« ist die Ich-AG. Auch hier handelt es sich nicht wirklich um neue Arbeitsverhältnisse. »Neue Selbstständigkeit« durch »Förderung des Unternehmergeistes« wurde besonders erwerbslosen Frauen europaweit seit längerer Zeit geraten. Die wenigsten Existenzgründerinnen konnten vom Ertrag, den der Unternehmergeist ihnen einbrachte, leben und die wenigsten werden es in der Zukunft können. Viele werden weiter abhängig vom »Haupternährer« sein. Die Förderung der selbstständigen Tätigkeit in Form der Ich-AG und Familien-AG beschränkt sich ohnehin nur auf diejenigen, die Entgeltersatzleistungen bezogen haben. Sie sollen in selbstständige Tätigkeiten abgedrängt werden, ohne dass ihre Fähigkeiten und Möglichkeiten für diese Art von »Selbsthilfe« belegt werden. Der steuerfreie Existenzgründungszuschuss soll einen abgesicherten Übergang von der Erwerbslosigkeit in die Selbstständigkeit ermöglichen und ist auf drei Jahre begrenzt. Er reduziert sich jeweils nach Ablauf eines Jahres und beträgt im ersten Jahr 600 EUR, im zweiten 360 EUR und im dritten Jahr 240 EUR monatlich. Die Obergrenze des Arbeitseinkommens von jährlich 25.000 EUR, bei Verheirateten 50.000 EUR, darf nicht überschritten werden. Die BezieherInnen des Existenzgründungszuschusses sind rentenversichert. Bei den Ich-AGs handelt es sich in Wirklichkeit oft um Beschäftigungsbereiche, die Frauen bislang ohne Sozialversicherungsschutz inne hatten und zum Teil in Schwarzarbeit betrieben (z.B. Teleheimarbeit). Vieles, was »normale« Arbeitsverhältnisse auszeichnet, fehlt bei der Ich-AG: ein fester Arbeitsplatz, garantiertes Einkommen, soziale Kontakte mit KollegInnen und damit soziale Anerkennung und die Möglichkeit zu solidarischem Handeln. Kleine Handwerksbetriebe und auch der »Mittelstand« fürchten die Vernichtung ihrer Existenzen durch die Konkurrenz der »neuen Selbstständigen«, die oft nichts anderes als Scheinselbstständige sind. Letztlich zielt die Philosophie der Ich-AG auf die Pflicht zur Nutzung der Marktchancen durch die Erwerbslosen und die moralische Pflicht zur Selbstverantwortlichkeit, das heißt auf das individuelle Risikomanagement. Mehr als 50.000 Ich-AGs sind seit Anfang 2003 in die Selbstständigkeit gestartet. Der Bundeswirtschaftsminister rechnet damit, dass etwa zwei Drittel der Unternehmen überleben und innerhalb der ersten drei Jahre ein bis zwei Arbeitsplätze pro Betrieb schaffen werden. ArbeitsmarktexpertInnen bezweifeln dies.

Die ganze Familie hilft ...

Eine Erweiterung der Ich-AG durch mitarbeitende Familienmitglieder stellt die Familien-AG dar. Hier wird wiederum ein Modell aus der Schublade gezogen, das längst überholt zu sein schien: das Modell der sozial nicht abgesicherten »mithelfenden Familienangehörigen«. Diese »Innovation« zielt – ungeachtet der geschlechtsneutralen Formulierung – auf die untergeordnete familiäre Mithilfe von Ehefrauen und ruft ein überholtes Leitbild in Erinnerung, das in Handwerk und Landwirtschaft schon lange zu hohen sozialen Risiken für die Betroffenen geführt hat. Eine leistungsbeziehende erwerbslose Ehefrau kann in der Familien-AG ihres arbeitslosen Gatten mithelfen. Sie ist dann »wie bei einer abhängigen Beschäftigen beim Hauptversicherten mitversichert«, so steht es im Hartz-Konzept, d. h. sie verliert ihre eigenständige soziale Sicherung. Einwendungen gegen dieses Modell von familienpolitischer Seite wird entgegengehalten, dass eine Existenzgründung ohnehin am besten klappt, wenn die ganze Familie mithilft. Außerdem könne schließlich die Frau – ebenso wie der Mann – Existenzgründerin und der Mann – ebenso wie die Frau – mithelfender Familienangehöriger sein. Selbst wenn diese Umkehrung erfolgen würde, würde daraus kein wünschenswertes Modell. Zu befürchten sind Zustände, wie wir sie aus dem 19.

Fortsetzung auf Seite 12

FORTSETZUNG VON SEITE 11

Jahrhundert kennen: heimarbeitende Frauen und Kinderarbeit in viel zu engen Wohn- und Schlafstuben. Als Vorteil der Familien-AG wird auf die Erleichterung durch den doppelten Steuerfreibetrag für Ehepartner und den familienstandsbedingt höheren Leistungssatz der Arbeitsverwaltung verwiesen, obwohl beide lange geltendes Recht sind und das Ehegattensplitting seit Jahrzehnten auf der Liste der abzuschaffenden Privilegien steht, weil es einseitig ein bestimmtes Familienmodell fördert, nämlich die Hausfrauenehe. (11)

Durch die Zusammenlegung von Arbeitslosenhilfe und Sozialhilfe zum Arbeitslosengeld (ALG) II ab 2005 sollen weitere Sozialleistungen gespart werden (Hartz IV). ALG II bedeutet nicht Lohnersatz-, sondern Fürsorgeleistung und wird auf dem Niveau von Sozialhilfe liegen (345 EUR West / 331 EUR Ost jeweils plus Wohngeld). Der Bezug zum vorherigen Nettoeinkommen entfällt. Die Einschnitte, die mit dem ALG II zusammenhängen, werden besonders in Regionen mit hoher Erwerbslosigkeit greifen. Für Frauen, die erheblich häufiger in befristeten und wechselnden Arbeitsverhältnissen (Patchworkbiografien) arbeiten, ist die Chance herausgeworfen zu werden, ungleich größer. Zumal auch der Kündigungsschutz in Betrieben mit zehn (bisher fünf) oder weniger Beschäftigten nicht mehr gilt. Viele Frauenarbeitsplätze sind in Klein- und Kleinstbetrieben. Bundeskanzler Schröder verteidigte diese »Lockerung« mit der Bemerkung, dass es besser sei, »mit weniger Schutz in den Arbeitsmarkt rein zu kommen, als mit viel Schutz draußen zu bleiben.« (12) Es wird durch diese Regelung aber auch leichter, ganz schnell wieder ganz ohne Schutz auf der Straße zu stehen.

Die Bedürftigkeitsprüfung wird in der Zukunft verschärft, das »Partnereinkommen« wird verstärkt angerechnet. Zusätzlich sollen in die Bedürftigkeitsprüfung auch Eltern und Kinder einbezogen werden. Kindererziehungszeiten sollen bei der Berechnung des Arbeitslosengeldes nicht mehr berücksichtigt werden, nur noch versicherungspflichtige Arbeitsverhältnisse.

Bei der Vermittlung sollen die familienspezifischen Lebensverhältnisse von Menschen mit Kindern sowie Menschen, die Angehörige pflegen, berücksichtigt werden: »Hilfebedürftigen, die ein eigenes Kind oder ein Kind des Partners bis zur Vollendung des dritten Lebensjahres betreuen, ist eine Arbeit nicht zumutbar. Kindern Arbeitssuchender ist bevorzugt ein Platz in einer Tageseinrichtung zur Verfügung zu stellen.« (13) Tageseinrichtungen für Kinder unter drei Jahren gibt es in Westdeutschland jedoch kaum. Die Übernahme gesellschaftlich notwendiger Aufgaben wie Kindererziehung und Pflege wird benutzt, um insbesondere Frauen zeitweilig aus der Erwerbsarbeit auszugrenzen und die Arbeitsmarktstatistik zu bereinigen. Im Ergebnis sollen über 900.000 Personen (das sind Erwerbslose plus Angehörige und deren Kinder), die bisher von Arbeitslosenhilfe lebten, aus dem Bezug des neuen ALG II herausfallen. Betroffen sind vor allem Frauen, die in Abhängigkeit von ihrem Partner geraten, und zwar in diesem Fall egal, ob verheiratet oder nicht.

Wer einen zumutbaren Job ablehnt, sich nicht ausreichend um eine neue Stelle bemüht oder Meldetermine versäumt, wird die Leistung – für gestaffelte Zeiträume – gesperrt. Das gilt auch für diejenigen, die »Arbeitsgelegenheiten« (1-Euro-Jobs) ablehnen, die ab 1.1.2005 neu geschaffen worden sind. 600.000 solcher »Arbeitsgelegenheiten« oder »Mehraufwands-Jobs« sollen durch die Bundesverbände der Arbeiterwohlfahrt, der Caritas, des Deutschen Roten Kreuzes und der Diakonie, durch Umweltverbände, Kirchen und Kommunen geschaffen werden. Die aufgeführten Institutionen können durch die Einführung dieser Jobs viele Millionen Euro einsparen. Berichten zufolge werden 1-Euro-Jobs in Kindertagesstätten, Schulen, in der Altenpflege, in der Jugend- und Behindertenhilfe, im Umwelt- und Naturschutz und im Gartenbau, aber auch in Kultur und Soziokultur, in der Weiterbildung und in vielen anderen Bereichen eingerichtet und werden »Versorgungslücken« stopfen. Private Pflegedienste haben bereits ihre Ansprüche angemeldet. Die Nutzung durch die Wohlfahrtsverbände, die eigentlich die Betroffenen unterstützen sollten, befördert die Legitimierung und Etablierung der »Arbeitsgelegenheiten« und erschwert die Gegenwehr. Kein Wunder, sie erhalten nicht nur billige Arbeitskräfte, sondern für die Betreuung, Verwaltung und Akquise dieser Jobs bis zu 500 EUR pro zu beschäftigende Person. (14)

Bei Sperrzeiten von insgesamt mehr als 21 Wochen erlischt der Leistungsanspruch ganz. Nach Verabschiedung des »großen Reformkompromisses« ist für Erwerbslose jede legale Arbeit ohne Rücksicht auf das Lohn- oder Qualifikationsniveau zumutbar. Die Vorschrift, dass mindestens der ortsübliche oder Tariflohn gezahlt werden muss, wurde gestrichen. Bereits heute ist nach einem halben Jahr Erwerbslosigkeit jede Beschäftigung zumutbar, die mit dem durchschnittlichen Arbeitslosengeld von 767 EUR pro Monat entlohnt wird; das entspricht einem Stundenlohn von vier bis fünf Euro. Eine halbe Million Kinder werden durch die Abschaffung der Arbeitslosenhilfe in Armut gedrückt werden. Wer selbst seinen bezahlten Arbeitsplatz kündigt, kann jetzt schon bei Ablehnung eines Jobs aus der Arbeitslosenhilfe hinausgeworfen werden. Die neuen Zumutbarkeitsregelungen kommen Zwangsdiensten gleich, die nach dem Grundgesetz verboten sind (Art. 12 GG). Arbeitsdienste sollte es in einer demokratischen Bundesrepublik nach dem Zweiten Weltkrieg nicht mehr geben; die Mütter und Väter des Grundgesetzes wussten warum.

Mit den Gesetzen wird der Status »Haupternährer« und »Zuverdienerin« bzw. »mithelfende Familienfrau« und abhängige arme Frau gesetzlich festgeschrieben. Das bedeutet, Frauen das Recht auf eigenständige Existenzsicherung und eigene soziale Absicherung abzusprechen. Es bedeutet auch, dass Frauen dem Markt und/oder dem Beziehungspartner noch ungeschützter als bisher gegenüberstehen und dass Unternehmen verschiedene Beschäftigtengruppen – vor allem Männer und Frauen und Einheimische und MigrantInnen – noch besser gegeneinander ausspielen können.

Gegen den Strom

Wichtige Fragen, die dringend einer Antwort bedürfen, sind: Wovon sollen künftig die Familien mit den nicht existenzsichernden Niedrigeinkommen leben? (15) Wovon sollen die Herausgefallenen und Herausgeworfenen leben, wenn die Familien ohnehin überlastet sind? Wollen wir wirklich neue Unterschichtungen zwischen gut verdienenden Menschen und schlecht bezahlten Mini-Jobberinnen (meist Migrantinnen)? Wo bleibt die Forderung nach sinnvoller und menschenwürdiger Arbeit und einem ausreichenden Einkommen für alle, die das wollen? Wo bleibt die Frage nach den gesellschaftlichen Ursachen von Erwerbslosigkeit und sozialer Ungleichheit? Und welche gesellschaftliche Gruppe entwickelt Handlungsstrategien, um mehr Gerechtigkeit zu erreichen und damit Demokratie und Menschenrechte zu verteidigen? Schließlich geht es darum, die vorhandene sinnvolle und gesellschaftlich nützliche Erwerbsarbeit ebenso wie die unbezahlt geleisteten Arbeiten, die zur Reproduktion einer Gesellschaft unbedingt notwendig sind, auf alle Menschen zu verteilen. Es geht um die Teilhabe von Frauen und Männern am ganzen Leben.

Humanitäre Aktionen werden gleichzeitig mit neuen Strategien zur Exklusion verherrlicht. (16) Sie sind notwendig, aber nicht ausreichend. Das Einrichten von »Tafeln« mit aussortierten Lebensmitteln für Arme und Hilfsbedürftige mindert den Reichtum der Wohlhabenden ebenso wenig, wie es das Verteilen von Armensuppe der »besser gestellten Damen« zu Beginn der Industrialisierung getan hat. Es ist geeignet, das soziale Prestige der Wohltätigen zu mehren und die Hungernden zu demütigen. Sie sind die BittstellerInnen, und sie bleiben arm.

Es wird höchste Zeit, dass der Sozialstaat grundlegend neu gebaut wird. Es gilt, ein gesellschaftliches Gesamtkonzept zu entwickeln, durch das Armut und Ausgrenzung nicht befriedet, sondern verhindert wird. Es geht um die Reformen von Strukturen, die längst einer Erneuerung bedürfen. Dazu gehört auch, dass der Zugang zu Hochschule und Bildung nicht ausgehöhlt, sondern ausgedehnt wird. (Nicht nur) aus feministischer Sicht wird eine Arbeitsmarkt- und Sozialpolitik notwendig, die nicht von unten nach oben, sondern von oben nach unten umverteilt und die alle Menschen als eigenständige Individuen behandelt. Das heißt, dass alle Menschen, die das wollen, die eigene Existenz aus eigener sinnvoller Arbeit sichern können und ihre Alterssicherung muss gewährleistet sein. Ohne eine solche Sicherheit bleiben auch viele kreative Potentiale – auch die immer wieder gerade in Bezug auf Frauenprojekte zitierten Selbsthilfepotentiale – ungenutzt.

Schließlich kann das Problem der sozialen Unsicherheit und Ungleichheit nicht mehr auf der nationalen Ebene – auch nicht auf der europäischen – alleine gelöst werden. Ohne eine Umverteilung der vorhandenen gesellschaftlich notwendigen Arbeit (und zwar der bezahlten und unbezahlten), ohne eine Umverteilung des Reichtums, ohne Transfers in die Armutsregionen der Welt und ohne weltweite Ethikcodes, Menschenrechte und grenzenüberschreitende Solidarität kann die Schere der Ungleichheit nicht geschlossen werden. Linke Feministinnen wissen schon lange, dass das schlecht geht, wenn sie im Mainstream schwimmen. Sie wollten nie die Hälfte vom verschimmelten Kuchen, sie wollten die Bäckerei umkrempeln. Wir – und damit meine ich alle, die mit der zunehmenden sozialen und geschlechterspezifischen Ungleichheit nicht einverstanden sind – werden weiter mitunter auch gegen den Strom schwimmen müssen. Das ist schwer, aber es ist möglich.

Widerstand gegen den Paradigmenwechsel in der Arbeitsmarkt- und Sozialpolitik schien sich zunächst äußerst schwer zu formieren. Die Unklarheit der Bedeutung der Gesetzesänderungen war bei der Mehrzahl der Betroffenen groß. Vielleicht glaubten auch viele tatsächlich, dass sie den Gürtel enger schnallen müssten und merkten erst später, dass die Gürtel Anderer schon nicht mehr über deren Bäuche passten. Die Demonstrationen am 1.11.2003 mit 100.000 TeilnehmerInnen in Berlin, die alle kamen, obwohl die Gewerkschaftsspitzen, sich nicht trauten, sie zu diesem Protest aufzurufen; die durch überwiegend StudentInnen organisierten Streiks und Demonstrationen im November 2003 mit zehntausenden von TeilnehmerInnen in München, Berlin, Hannover und Wiesbaden und die große Demonstration anlässlich des europäischen Sozialforums am 15.11.2003 in Paris und am 13.12.2003 in mehreren großen Städten in der BRD geben Anlass zu Hoffnungen, dass die Stimmung kippt. Die Proteste der StudentInnen richten sich nicht nur gegen die Einführung der Studiengebühren, sondern auch gegen den Sozialabbau. Schließlich sind sie die ArbeitnehmerInnen (oder die Erwerbslosen) von morgen. Vielleicht gelingt es ja doch noch, Erwerbslose, SozialhilfeempfängerInnen und StudentInnen in einem »Bündnis gegen Bildungs- und Sozialabbau« zu vereinen.●

Aus: Forum Wissenschaft 1/2004
Für CONTRASTE aktualisiert im Juni 2005

Dr. Gisela Notz ist Sozialwissenschaftlerin und arbeitet als wissenschaftliche Referentin in der Forschungsabteilung Sozial- und Zeitgeschichte der Friedrich-Ebert-Stiftung in Bonn

Anmerkungen

1) Z.B.: Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 20.12.2003
2) Vgl. dazu auch die Beiträge in Forum Wissenschaft 4/03 mit dem Themenschwerpunkt »Soziale Gerechtigkeit«
3) Peter Hartz u.a.: Moderne Dienstleistungen am Arbeitsmarkt, Bericht der Kommission, Berlin 2002
4) SPD-Bundestagskraktion: Zur Sache. Aufbruch am Arbeitsmarkt, Die Umsetzung des Hartz-Konzepts, Berlin 2003
5) Nach Berechnungen des Statistischen Bundesamtes (Mikrozensus 2002) können bereits jetzt 37% der Frauen in Deutschland ihren Lebensunterhalt nur durch Unterstützung ihrer Angehörigen bestreiten. Im Vergleich: jeder fünfter Mann ist in erster Linie auf diese Unterhaltsquelle angewiesen.
6) Zum Wandel der Familie siehe Gisela Notz: Familien. Lebensformen zwischen Tradition und Utopie, Neu-Ulm, AG Spak-Verlag 2003
7) Die immer wieder vorgebrachte Rechtfertigung: Viele Menschen wären gering qualifiziert und könnten oder wollten nicht weiter qualifiziert werden, entbehrt jeder Grundlage: In Ostdeutschland haben 78% der Erwerbslosen eine abgeschlossene Berufsausbildung und in Westdeutschland immerhin 54%. Viele hochqualifizierte Frauen – besonders aus anderen Ländern -übernehmen diese Arbeiten, weil ihnen nichts anderes übrig bleibt.
8) SPD-Pressedienst Nr. 6 vom 13.11.2002. 85% der Einelternfamilien sind Frauen mit Kind/ern
9) Die Bundesregierung (Hrsg.): agenda 2010. Deutschland bewegt sich, Berlin, November 2003
10) Vgl. Nicole, Mayer-Ahuja: Wieder dienen lernen? Vom westdeutschen »Normalarbeitsverhältnis« zu prekärer Beschäftigung seit 1973, edition sigma, Berlin 2003
11) Siehe Gisela Notz: Verlorene Gewißheiten. Individualisierung, soziale Prozesse und Familie, Frankfurt/M., VAS-Verlag 2000, 2. Aufl.
12) FAZ vom 20.12.2003, S. 2
13) S. 215 der Gesetzesbegründung zum Kabinettentwurf
14) Siehe hierzu ausführlicher Gisela Notz: Arbeit ist mehr als eine Beschäftigung, die Geld einbringt, Broschüre hrsg. von verdi Berlin, im Druck.
15) Zu Entstehung, Definition und Aufgaben des Sozialstaats siehe auch: Gisela Notz: Löcher im sozialen Netz, Sozial-Politik und Geschlecht, Frankfurt/M., Verlag für Akademische Schriften (VAS) 2003
16) Vgl. ausführlich: Gisela Notz: Die neuen Freiwilligen. Das Ehrenamt als Antwort auf die Krise? Neu-Ulm 1999, 2. Aufl.

FORTSETZUNG VON SEITE 5

sche Arbeiten auf dem Theatervorplatz. Mit der Zeit wurden sie immer schneller, bis ihr Arbeitstempo nicht mehr zu steigern war. Dann ertönte ein Gong und die Mädchen erstarrten. In diesem Moment erschien Helgard Greve, ebenfalls schwarz gekleidet mit weiß geschminktem Gesicht mit ihrer Kutsche. Die Pantomimen zeigten auf die im Schritttempo fahrende Kutsche und folgten ihr schweigend. »Für Theaterbesucher und Passanten war das Umweltpädagogik hoch drei,« freut sich Greve.

Bauplatz als Weideland

Tierschützer verlangen stets eine artgerechte Haltung. »Ist denn eine ihrem Wohl entsprechende Haltung von Zugtieren im Stadtbereich überhaupt möglich?« erkundige ich mich. Helgard Greve bejaht diese Frage vehement: »Ziel unseres Projektes ist es, zu belegen und vorzuleben, dass es im städtischen Bereich genügend Lebensraum in Form von Grünstreifen, Gartenland, Baulücken, und verwilderten Freiflächen für eine begrenzte Zahl von Pferden und Eseln gibt. Der hier mögliche freie Auslauf entspricht viel mehr den natürlichen Interessen der Tiere als das Halten in Ställen und Pferdeboxen. Aber wir propagieren nicht nur die Haltung von Pferden in der Stadt, sondern auch deren Einsatz in urbanen Zonen. Wir möchten die Tiere dort einsetzen, wo sie leben.« Zur Zeit wird über ein Freiwilligen-Zentrum eine Person gesucht, die mehrere Wochen täglich eine Stunde mit Wilma trainiert, um die Eseldame an das Kutscheziehen und den Straßenverkehr zu gewöhnen. Der Verein hat momentan drei Weideplätze innerhalb des Stadtgebietes, die alternierend für die Tiere genutzt werden. »Den einen kennen Sie ja bereits,« erläutert die Initiatorin, »das ist ein Bauplatz, den uns eine ältere Dame kostenlos zu Verfügung stellt.« Die weiteren Plätze sind zwei Gärten, einer etwa 1.000 qm und der andere 4.000 qm groß, für die jeweils 70 Euro Jahrespacht anfallen.

Für Mineralfutter im Winter, Hufpflege, medizinische Versorgung der Tiere und Haftpflichtversicherungen, damit mögliche Personenschäden der Fahrgäste sowie mögliche Sachschäden an parkenden Autos abgesichert sind, zahlt der Verein der Projektleiterin einen Zuschuss, der etwa die Hälfte der Kosten deckt, die zweite Hälfte zahlt sie privat.

Pferdetaxi und Esel-Lieferservice als Broterwerb

Bislang wird niemand für die Arbeit mit den Pferden und die durchgeführten Fahrten bezahlt. Die Vereinsmitglieder übernehmen je nach ihren Möglichkeiten wöchentliche oder vierzehntägige Dienste. Mittelfristig möchte sich Greve mit dem Projekt jedoch eine Existenz aufbauen. Dafür muss die Logistik aber noch verbessert werden, denn die Garagen, in denen die Kutschen stehen, liegen zu weit entfernt von den Weideplätzen der Tiere.

Eine alleinige Finanzierung des Pferdetaxis über die Fahrgelder dürfte schwierig werden, zumal auf den Kutschen nur vier bis fünf Personen Platz haben. Daher sollen neben einer weiteren ABM-Stelle auch europäische Fördergelder beantragt werden. Ferner sollen Dienstleistungen für besondere touristische Events entwickelt werden. In Hannover gibt es bereits derartige Angebote. Besucher der Landeshauptstadt können Rundfahrten in einem historischen Omnibus mit zwei Kaltblütern und einem Kutscher in historischer Uniform buchen. Dies soll nicht kopiert, aber als Anregung genutzt werden.

Während ich Helgard Greve helfe, die beiden Tiere zu einem 500 Meter entfernten Futterplatz zu bringen, indem ich Wilma am Zaumzeug führe, kann ich mich vom eigenwilligen Charme der Eselin überzeugen, die bereits den ungemähten Randstreifen des Fußwegs zu etlichen Zwischenmahlzeiten nutzt.

Als wir endlich in einem verwilderten Garten, in dem das Gras kniehoch steht und in dessen Mitte zwei von der Sonne vertrocknete Haufen mit Strauch- und Baumschnitt lagern, die zu entsorgen noch niemand Zeit gefunden hat, angelangt sind, meint Greve: »Dies ist ein idealer Futterplatz, der Eigentümer ist froh, wenn wir hier mit den Tieren vorbeikommen, dann spart er sich das Mähen der Wiese.«

Die geplante Eselausbildung hat bereits ein kleines Medienecho ausgelöst, neben Presse- und Hörfunkvertretern bekam Wilma auch Besuch von einem NDR-Fernsehteam. Vielleicht melden sich schon in Kürze die ersten Auftraggeber für den Esel-Lieferservice.

Nachahmung erwünscht

Nach ihren Wünschen für die nächsten zehn Jahre befragt, erklärt Greve: »Dann gehört hoffentlich ein Pferdependelverkehr zum festen Bestandteil des Göttinger Verkehrsgeschehens. Ich wünsche mir, dass sich andere Gruppen und Projekte inspirieren lassen. In ihnen sehe ich keine Konkurrenz, sondern eine Ergänzung. Jede Form von Nachahmung ist willkommen und erwünscht.«●

Kontakt: Unterwegs e.V., Verein für angewandte Stadt- und Verkehrsökologie, Beethovenstraße 25, D-37085 Göttingen, Tel.: (05 51) 488 87 94

CHANCE FÜR VISIONEN

Vermutlich wird kaum ein Ökonom oder Existenzgründungsberater Projekte wie ein Pferdelinientaxi oder einen Eselbringdienst befürworten oder empfehlen. Zu hoch sind die laufenden Kosten, zu intensiv ist die tägliche Arbeit, zu aufwendig die Verantwortung für die Tiere und zu gering sind die Gewinnaussichten. Fraglich ist auch, wie Fahrgäste auf mögliche Störungen reagieren werden: »Achtung am Pferdefahrsteig 3, der Einlauf des Pferdeexpress 589 vom Stadtfriedhof zum Alten Rathaus verzögert sich aufgrund einer Motivationsstörung des Zugtieres um wenige Stunden, wir bitten um Ihr Verständnis.«

Aber wie soll sich in unserer Kraftfahrzeug zentrierten und auf die Verbrennung fossiler Brennstoffe setzende Verkehrspolitik mit all ihren negativen Folgen wie Umweltzerstörung und Verkehrstoten je etwas ändern, wenn es nicht Visionäre wie die Aktivisten von Unterwegs e. V. gibt?

Häufig sind Menschen mit Utopien von ihren Zeitgenossen belächelt worden. Aber vielleicht steigen die Chancen für Projekte mit Zugtieren schneller als wir wahrhaben wollen, denn die fossilen Brennstoffe sind begrenzt, ihre Verbrennung bedroht unser Klima, der Bedarf an ihnen steigt beständig und auch Entwicklungsländer erheben zunehmend Anspruch darauf.●

Kai Böhne

NETZWERKÖKONOMIE

Genossenschaften im Aufwind

– Kooperative Selbsthilfe im Mittelstand

Stellt die Globalisierung der Wirtschaft einen Segen oder Fluch dar? Im Folgenden wird versucht, anhand der besonderen Umstände mittelständischer Unternehmen die Folgen zu betrachten. Das eher erfreuliche Ergebnis für die Zukunft genossenschaftlichen Wirtschaftens: Durch solidarisches Handeln können viele kleine und mittlere Unternehmen ein Stück mehr für ihren wirtschaftlichen Erfolg tun als durch Alleingänge.

Harald J. Bolsinger, Red. Genossenschaften ● Bei den wirtschaftlichen Aspekten der Globalisierung sind die größten unmittelbar erkennbaren Auswirkungen zu erwarten. Durch die globale wirtschaftliche Vernetzung werden wirtschaftliche Rahmenbedingungen gravierend verändert. Zuvor abgeschottete Märkte öffnen sich für vorher nie gekannte Wettbewerber. Ausländische Anbieter können weitaus einfacher in Regionalmärkte eindringen und komparative Vorteile einbringen. Chancen und Risiken wachsen gleichzeitig um ein Vielfaches.

Weltweite Konzentrationsprozesse haben eine Machtverschiebung zu Gunsten von Großunternehmen zur Folge. Unternehmen müssen sich neuen Herausforderungen stellen, wie zum Beispiel der zunehmend kundenindividuellen Produktion, um am Markt die Konkurrenzfähigkeit zu erhalten. Eine Antwort auf wirtschaftliche Veränderungen durch die Globalisierung liegt in kooperativen Unternehmen. Dadurch bietet sich die Möglichkeit, eine Gegenmachtposition zu den Konzernstrukturen von Großunternehmen aufzubauen.

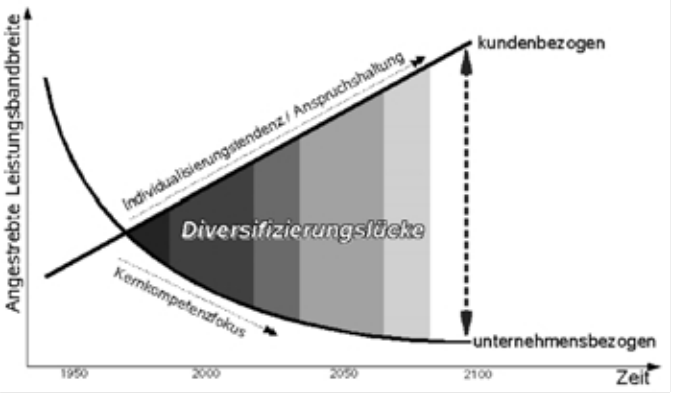
Wirtschaften im Widerspruch

Globale Märkte und internationaler Wettbewerb decken Schwächen auf. Kunden werden von zahlreichen Anbietern umworben, Leistungen werden zunehmend untereinander austauschbar. Damit steigt die Preissensitivität der Kundschaft. Kleine und Mittelständische Unternehmen (KMU) sind gezwungen, ihre Preise den Kundenwünschen und ihre Qualität an die Weltmarktkonkurrenz anzupassen. Vor diesem Hintergrund erinnern sie sich ihrer Kernkompetenzen und versuchen diese auszubauen.

Der Spezialisierung in Know-how und Produkten stehen individualisierte Kundenwünsche gegenüber. Die westliche Welt ist größtenteils durch gesättigte Märkte gekennzeichnet. Kunden stehen einem breiten Angebot gegenüber, was Unternehmen zu konsequenter Kundenorientierung zwingt. Der Kunde von heute ist deutlich anspruchsvoller geworden und erwartet erstklassige Qualität zu einem vernünftigen Preis bei umgehender Verfügbarkeit. Die Kundschaft von morgen setzt das bereits als Selbstverständlichkeit voraus und verlangt nach abgestimmten Warenbündeln, deren Nutzen zusätzlich durch komplexe Dienstleistungen erweitert wird.

Die »Diversifizierungslücke«

Das angebotene Leistungsspektrum einzelner KMU deckt sich immer weniger mit den steigenden Erwartungen der Kunden. Unternehmen beschäftigen sich intern mit Verschlankung, während von gewandelten Märkten ganzheitliche Problemlösungen gefordert werden. Durch die widersprüchlichen Anforderungen ergibt sich im Zeitablauf ein Missverhältnis zwischen externen Ansprüchen des Marktes und internen Ressourcen durch Spezialisierungsdruck: Die Diversifizierungslücke von KMU. Aus der Diversifizierungslücke resultiert Bedarf, mit anderen KMU zusammenzuarbeiten, um für das einzelne Unternehmen zum Wohle des Kunden Zugang zu ergänzenden Kompetenzen zu schaffen. Diese Zusammenarbeit erfordert die Wahrung der Selbständigkeit, da Eigentümer-Unternehmer von KMU einem ausgeprägten Unabhängigkeits- und Autonomiebedürfnis unterliegen.



Diversifizierungslücke durch widersprüchliche Anforderungen

Vom Netzwerk zur Kooperation

Die Netzwerkorganisation wird fälschlicherweise oft als Netzwerk selbst verstanden. So ist zum Beispiel ein operatives Netzwerk nur die manifeste Ebene des eher latent vorhandenen Netzwerkes der beteiligten Netzwerkakteure. Dem wirtschaftlich sichtbaren Netzwerk liegt eine unmittelbar unsichtbare Netzwerksystematik zugrunde. Vom sozialwissenschaftlichen Blickwinkel aus sind soziale Netze ein Geflecht sozialer Beziehungen zwischen Akteuren und besitzen die Fähigkeit, Grenzen von Gruppen oder Institutionen zu überschreiten. Aus dieser Perspektive handelt es sich bei Netzwerken um personenbezogene Beziehungsgeflechte, die ein gemeinsames Basisinteresse der beteiligten Akteure voraussetzen. Erst bei Bezugnahme natürlicher Personen auf das Netzwerk in Form konkreter Kooperationshandlungen wird dasselbe sichtbar. Netzwerke sind also Voraussetzung für die Realisierung einer Kooperation. Der Aufbau von Netzwerkorganisation stellt eine Möglichkeit dar, Kooperation zu generieren, indem sie als »Betriebssystem« für die Kooperationsmöglichkeiten dient.

Von einer Kooperation spricht man, wenn rechtlich und wirtschaftlich selbständige Unternehmen zum Zweck einer höheren Zielerreichung in einzelnen betrieblichen Funktionsbereichen oder bei Projekten auf der Grundlage einer bewussten formellen oder informellen Vereinbarung freiwillig zusammenarbeiten. Wichtig ist eine positive Wechselbeziehung der Ziele der Partner in der Form, dass die Erfüllung des einen Ziels auch die Erfüllung des anderen Ziels fördert. Es muss eine Win-Win-Situation vorliegen. Ergeben sich für mehrere Partner gleichzeitig solche Situationen, sind die Voraussetzungen zur Bildung eines kooperativen Netzwerkes erfüllt. Kooperieren wird man vor allem da, wo man sich kennt und vertraut. Es gilt ein Rechtskleid zu finden, das gleichberechtigtes Neben- und Miteinander der Kooperationspartner unterstützt.

Kooperative Selbsthilfe

Ein Netzwerk und vergleichbare Gruppeninteressen alleine genügen noch nicht, um kooperative Zusammenarbeit längerfristig zu begründen. Diese muss aktiv gestaltet werden. Die bewusste und vereinbarte Absicht, durch gemeinsames Handeln dem kooperativen Netzwerk eine konkrete Zielorientierung zu geben, ist vonnöten. Kooperative Selbsthilfe drückt sich in dieser auch juristisch vereinbarten Absicht aus und mündet in den kooperativen Organbetrieb, mit Hilfe dessen das Ziel der Selbsthilfe verwirklicht wird.

Kooperative Selbsthilfe bedeutet, dass die Netzwerkteilnehmer als Gruppe tätig werden, um durch die Bündelung gleichgerichteter Kräfte das Handlungspotenzial des einzelnen Teilnehmers zu erweitern (»Alle für einen«). Charakteristisch sind also nicht nur gemeinsame Aktionen, sondern das Bestreben des Einzelnen, seine eigene Situation durch die Inanspruchnahme der Ressourcen anderer kooperativer Netzwerkteilnehmer zu verbessern. Das erfordert auch die Bereitschaft, anderen Teilnehmern die eigenen Ressourcen zur Verfügung zu stellen (»Einer für alle«). Kooperative Selbsthilfe impliziert immer Gegenseitigkeitshilfe innerhalb des kooperativen Netzwerks und geht über bilaterale Gefälligkeiten hinaus. Die Netzwerkteilnehmer verfolgen zwar gemeinsame Zielsetzungen, bleiben aber rechtlich selbständige Unternehmen, die auch am eigenen Erwerbsinteresse ausgerichtet sind.

Rechtliche Umsetzung

Wie lässt sich die Anforderung »Unabhängigkeit trotz gemeinschaftlichen Handelns« mit einem geeigneten Rechtskleid versehen? In Deutschland sind Gesellschaften entweder Personengesellschaften oder Kapitalgesellschaften. Daneben existiert noch die Genossenschaft. Sie ist diesen beiden Kategorien nicht eindeutig zuordenbar, da sie zwar Merkmale einer AG besitzt, jedoch keine Abstimmung nach Kapitalanteilen erfolgt. Man kann sie als Mischform bezeichnen. Wir benötigen eine Rechtsform, in der die Haftung nicht auf einer Person ruht und gegenüber Dritten beschränkbar ist. Dadurch fallen Personengesellschaften weg. Weil ein wirtschaftlicher Unternehmenszweck notwendig ist eignet sich auch der eingetragene Verein nicht besonders gut.

Um die Selbsthilfekooperation möglichst flexibel zu halten, ist ein problemloser Mitgliederwechsel optimal. Keine der Kapitalgesellschaften ist dafür besonders geeignet. Darüber hinaus muss die Kooperationsform die Autonomie des Einzelnen gewährleisten, was bei kapitalgesteuerten Rechtsformen problematisch erscheint. Demokratisches Kopfstimmrecht sichert dagegen ab, ist aber nur in der Genossenschaft zu finden, ebenso wie der freie Ein- und Austritt von Mitgliedern.

Zukunftsmodell Genossenschaft

Genossenschaften sind »Gesellschaften von nicht geschlossener Mitgliederzahl, welche die Förderung des Erwerbes oder der Wirtschaft ihrer Mitglieder mittels gemeinschaftlichen Geschäftsbetriebes bezwecken«. Demnach sind sie ein Zusammenschluss von Wirtschaftssubjekten, die durch Leistungen einer gemeinsam getragenen Unternehmung die Förderung und Unterstützung ihrer eigenen Unternehmen betreiben. Als Selbsthilfekooperation schließen sich die Mitglieder in einer Genossenschaft deshalb zusammen, weil sie gemeinsam mehr erreichen als im Alleingang.

Die Genossenschaft ist ein Personenzusammenschluss, der durch mindestens ein gemeinsames Interesse verbunden ist. Die Gruppenmitglieder suchen ihre Ziele durch gemeinsame Aktionen und gegenseitige Unterstützung zur Verbesserung ihrer wirtschaftlichen Lage zu erreichen. Zur Zielerreichung bedienen sich die Mitglieder eines gemeinsam errichteten und unterhaltenen Wirtschaftsbetriebes. Die Leistungserstellung des Wirtschaftsbetriebes ist auf die wirtschaftlichen Bedürfnisse der Mitgliederwirtschaften bezogen (Förderauftrag).

Förderauftrag als Kennzeichen

Vor allem im Förderauftrag wird der Unterschied zu gängigen Kapitalgesellschaften deutlich. Das Unternehmensziel einer Genossenschaft ist nicht deren Gewinnmaximierung, sondern die wirtschaftliche Förderung ihrer Mitglieder. Darüber hinaus sind die Mitgliederkunden der Genossenschaft gleichzeitig ihre Eigentümer. Man spricht auch vom Identitätsprinzip. Beschlussfassungen erfolgen unabhängig von Kapitalbeteiligungen. Dadurch verringert sich die Gefahr von Abhängigkeit für das einzelne Mitglied. Auch der Aus- und Eintritt aus einer Genossenschaft kann schnell und problemlos erfolgen. Vorstand und Aufsichtsrat der bis zur nächsten Genossenschaftsrechtsreform noch mindestens sieben Mitglieder zählenden Genossenschaft können im Rahmen der Selbstverwaltung ehrenamtlich aus den Reihen der Mitglieder gestellt werden (Demokratieprinzip). Damit ergibt sich eine deutliche Trennung zu gemeinwirtschaftlichen Unternehmen.

In unserem Fall bietet sich die Genossenschaft als »Betriebssystem« für kooperatives Networking von KMU geradezu an. Gemeinschaftlichem Handeln wird der benötigte Rahmen gegeben. Autonomieziele mittelständischer Unternehmerinnen und Unternehmer bleiben gewahrt. Die Förderung der einzelnen KMU fungiert als Oberziel.

Reaktion auf die Globalisierung

Die beschriebene Entwicklung ist als positiver Aspekt der Globalisierung zu begrüßen, weil das zukünftige Leitbild des erfolgreichen Unternehmers vom »homo oeconomico-cooperativus« geprägt ist. Vernetzte Kooperation gleichgestellter Partner führt zu einem Paradigmenwechsel unternehmerischen Handelns: Hierarchie und Einzelkampf wird zum Relikt früherer Zeiten. Trotzdem ist in KMU die Einstellung zu neuen Kooperationen oft von Misstrauen geprägt. Gibt man doch scheinbar als kooperatives Unternehmen die für KMU so wichtige eigene Autonomie auf. Genossenschaften bieten das notwendige Rechtskleid, um dem Misstrauen zu begegnen und ermöglichen kooperative Selbsthilfe gleichberechtigter KMU.

Wirtschaftliches Überleben erfordert von KMU Kooperationsbereitschaft. Das setzt voraus, auch Ziele anderer Individuen zu berücksichtigen. Der unbedingte Selbstbezug der Handlungsziele wird eingeschränkt und durch Mitverantwortung für das kooperative Netzwerk zurückgedrängt. Das bedeutet natürlich noch lange nicht, dass Unternehmerinnen und Unternehmer kleiner und mittlerer Betriebe in Zukunft nur noch selbstlos handeln werden. Rentabilitätsziele verändern sich kaum, aber deren Realisierung rückt im Globalisierungsumfeld durch solidarisches Handeln ein Stück näher als durch Alleingänge.●

www.netzwerk.bolsinger.de

Handwerksbetriebe unter einem Dach

Elf Handwerksbetriebe aus dem Stormarner Norden und aus Lübeck wollen mit Kreativität aus der Krise: Sie haben die Genossenschaft »Norddeutscher Handwerkerring« in Reinfeld gegründet. Künftig treten sie auf, als wären sie eine einzige große Firma. Diese will eine Marktlücke füllen: schlüsselfertiges Bauen behindertengerechter Häuser. Dafür greifen die Handwerker nicht nur zu Maurerkelle, Säge und Schraubenzieher, sondern sie verhandeln für ihre Kunden auch mit Versorgungsträgern über Zuschüsse. Es ist die erste derart weit reichende Kooperation in Schleswig-Holstein. Für die beteiligten Unternehmen wird ein Umsatzplus prognostiziert. Hintergrund des Ansatzes: In wirtschaftlich schlechten Zeiten kommen einzelne Betriebe immer schwerer an Aufträge. Nun können sie Komplettlösungen anbieten, die jeder allein niemals hinbekommen würde. Auch wenn künftig ein neues Logo die Briefbögen der Firmen und die Autos in den Fuhrparks ziert: Jeder der Betrieb arbeitet innerhalb des Handwerkerrings weiterhin selbständig und auf eigene Rechnung.

Einzigartige Speditions-Genossenschaft

Unter dem Namen Log.Serv schlossen sich im Oktober 2004 insgesamt 29 Transporteure und Auftraggeber zu einer Genossenschaft mit Sitz in Gütersloh zusammen. Sie wollen per Kooperation erfolgreich sein. Der Verbund arbeitet nach den Ideen der genossenschaftlichen Gründerväter Friedrich Wilhelm Raiffeisen und Hermann Schulze aus dem 19. Jahrhundert und hält diese Zusammenarbeit für zeitgemäßer denn je: Aufträge werden so abgesprochen, dass die Leerfahrten minimiert werden können. Dadurch, dass die Mitglieder in ganz Deutschland verteilt sind und alle unterschiedliche Schwerpunkte haben, ist die mögliche Konkurrenz untereinander gering. Die Fuhren werden regional und nach der Leistungsfähigkeit der einzelnen Betriebe vergeben. So soll jeder von der Zusammenarbeit profitieren und die Auslastung erhöhen. Auch die Kunden der Spediteure werden die Vorteile der Log.Serv spüren: Die Auftragssicherheit sei größer, wenn die Partner im Notfall eine zugesicherte Tour übernehmen könnten.

Markenaufbau durch bau1-Genossenschaft

In Österreich haben sich in der bau1-Genossenschaft mit Sitz in St. Pölten 42 Bauunternehmen in Wien und Niederösterreich zu einer Kooperationsgemeinschaft zusammengeschlossen. Diese ist nicht gewinnorientiert, sondern erbringt ihre Leistungen ausschließlich für die Mitglieder, in der Regel Familienunternehmen. An sie werden alle Vorteile weitergegeben. Die Mitglieder müssen eine hundertprozentige Bankgarantie bei bau1 hinterlegen, sodass es eine volle Absicherung im Falle der Insolvenz eines Mitglieds gibt. Am Beginn einer Mitgliedschaft steht ein ausführliches Gespräch, bei dem die Bedingungen besprochen werden. Aufgenommen werden Unternehmen mit mindestens 25 und maximal 200 Mitarbeitern. Das aufnahmewillige Unternehmen muss mindestens zwei Jahre am Markt sein. Im Wege der Mitgliedschaft können die Unternehmen ihre Verwaltungsstrukturen entlasten. Ein Mitarbeiter-Pool, sowie ein Geräte-Pool erhöhen die Auslastung der beteiligten Unternehmen.

Die Berater

Wer hat noch nicht von ihnen gehört: McKinsey, Price WaterhouseCoopers etc., Wirtschaftsprüfungsunternehmen oder -gesellschaften, die gleichsam die harten Fakten und das nackte Zahlenwerk zur neoliberalen »Revolution« liefern. Sie werden immer dann um ihre Gutachten gebeten, wenn es um »Effizienz« in Wirtschaft und Verwaltung oder um die Privatisierung von staatlichen bzw. öffentlichen Dienstleistungen oder Infrastruktureinrichtungen (Elektrizitätswerke, Wasserversorgungseinrichtungen und dgl.) geht. Das von Werner Rügemer herausgegebene Buch »Die Berater. Ihr Wirken in Wirtschaft und Gesellschaft« widmet sich nun diesem Berater(un)wesen und wirft einige Schlaglichter auf die Tätigkeit dieser Beratungsgesellschaften, die lieber im Verborgenen wirken und das Licht der Öffentlichkeit weitestgehend scheuen.

Das Buch gliedert sich in sechs Teile: im ersten Teil berichten Aussteiger aus dem Innenleben dieser ominösen, immer mit dem Schleier des Geheimnisses und der »grauen Eminenzen« umgegebenen Beratergesellschaften, die im Rahmen der sog. »private-public partnership« auch immer mehr das Finanzgebaren der öffentlichen Institutionen beeinflussen und Management-Denken in die staatlichen Instanzen mit hineintragen, wobei der Staat sich diesen Vorgaben mehr oder weniger freiwillig unterwirft. Im zweiten Teil wird die Frage beantwortet, wer eigentlich diese Berater sind und wer sich dahinter verbirgt. Besonders interessant sind in diesem Kontext die Beiträge über »Neoliberale Think-Tanks in Deutschland« (S. Lindner) sowie über den »Mythos der ökonomischen Effizienz. Berater als Akteure der neoliberalen Globalisierung« vom Herausgeber W. Rügemer, der – und das ist besonders süffisant – nachweist, dass die »Berater« bei der desaströsen »Reform« der Nürnberger Bundesanstalt (jetzt: Bundesagentur) für Arbeit dieselben waren, die seinerzeit in die Finanzmanipulationen des Enron-Skandals verwickelt waren.

Der dritte Teil behandelt das Wirken der ach so »segensreichen« Berater in den Bereichen Bildung und Wissenschaft, wobei Schule und Hochschule dem Diktat neoliberaler Prinzipien unterworfen werden sollen. Im vierten Teil geht es um das Wirken der Berater in kirchlichen und kulturellen Einrichtungen. Im fünften Teil wird das Berater(un)wesen bei den Kommunen geschildert, wo ein Klüngel aus Politikern, Unternehmern und Beratern sich wechselseitig die Bälle zuspielt und wo Projekte, die offensichtlich gescheitert sind (z. B. die Senkung der Kosten bei privatisierten Müllverbrennungsanlagen und Wasserwerken, die für die Kommunen möglicherweise verheerenden finanziellen Folgen des sog. Cross Border Leasing etc.), von ein und denselben Beratern erneut begutachtet werden, um die Gründe für ihre eigenen falschen Voraussagen herauszufinden. Wahrlich eine »private-public partnership« auf Seilschaftsgrundlage! Die Folgekosten trägt, wie sollte es anders sein, die Allgemeinheit. Im sechsten Teil geht es schließlich um das Wirken der Berater auf Landesebene am Beispiel Bayerns und im Rahmen der Privatisierungsoffensive der Europäischen Union/Kommission. Das Beispiel Bayern ist u. a. auch dahingehend illustrativ, dass gezeigt wird, dass viele Berateraufträge ohne öffentliche Ausschreibung ganz bestimmten Beraterfirmen »zugeschustert« werden, was eigentlich gegen die gesetzlichen Vorschriften ist, aber wen interessiert das schon so genau: für die Folgen ihres Tuns werden weder die Politiker noch die Berater selbst juristisch belangt. Im Anhang schließlich wird eine Liste von Berateraufträgen aufgeführt, die von der öffentlichen Hand an private Beraterfirmen vergeben wurden.

Dieses Buch ist ein guter Einstieg für alle jene, die sich mit der Materie des Berater(un)wesens und seiner politischen wie ökonomischen Folgen näher befassen möchten.●

Kurt-Werner Pörtner

Werner Rügemer (Hg.): »Die Berater. Ihr Wirken in Staat und Gesellschaft«, Bielefeld 2004 (transcript), 21,80 EUR, ISBN 3-899942-259-7

Die Show zurückholen

So wie den unerträglichen Daniel Brühl in Hans Weingartners Film *Die fetten Jahre sind vorbei* stellt sich inzwischen alle Welt die neue Generation politisch interessierter Jugendlicher vor: Null Popkultur, null Zynismus, null Trash-Ironie-Empfinden, dafür aber jede Menge moralinsaure Bedürfniskritik, gepaart mit einer Verzichtsethik, welche die EKD und die katholische Bischofskonferenz nicht besser formulieren könnten. Inwieweit dieses filmisch überzeichnete Portrait etwas vom wirklichen Lebensalltag und der tatsächlichen politischen Praxis der globalisierungskritischen Bewegung beschreibt, lässt sich derzeit an einer aktuellen Veröffentlichung aus deren Umfeld überprüfen.

Kalle Lasn ist Aushängeschild der *Adbusters Media Foundation*, die seit Anfang der neunziger Jahre von Kanada aus mit Anti-Werbespots die Imagekampagnen internationaler Großkonzerne torpediert. Da ihnen allerdings in der Regel die Fernsehsender für ihre Art der Werbung keine Sendezeit verkaufen, spielt sich ein großer Teil der Politik der Adbusters vor Gericht ab. Sie können so auf immer neue Urteile verweisen, die zwischen dem Bürgerrecht der freien Meinungsäußerung und dem Recht der Medienunternehmen, ihre Inhalte selbst zu bestimmen, hin und her lavieren. Mit den *TV-Turnoff-Weeks* und dem *Buy-Nothing-Day* versuchen sie sich zudem an der Konstruktion des kritischen Konsumenten, ein allseits beliebter Kunstgriff, Kapitalismuskritik *light* sozusagen.

Lasn probiert sich in seinem nun auf deutsch vorliegenden Buch *Culture Jamming* an einer theoretischen Fundierung des Ansatzes der Adbuster. Dabei entsteht ein wilder, durchaus anregender Mix aus Situationismus, Punk-Existenzialismus und einer protestantischen Verzichtskultur, die sich allerdings nicht so ganz in die Ahnenreihe der theoretisch-politischen Vorbilder einfügt. Doch der Reihe nach. Dem Situationismus entnommen ist Lasns Faible für die »spontane Missachtung etablierter Ordnungen«. Er zeigt sich begeistert von der Kritik an der verwalteten Welt, an der Fabrikgesellschaft, wie sie Debord formuliert hat und überträgt diese auf heutige Verhältnisse. Immer wieder stellt er dabei das »echte Leben« einer künstlichen Medienwelt, der Gesellschaft des Spektakels, gegenüber, die es den Menschen unmöglich mache, noch »echte Erfahrungen« zu machen. Was bleibt, sei die Zurückeroberung eben dieses Spektakels: »Hol dir die Show zurück. Schaffe deine eigenen Atmosphären, Stimmungen und 'Situationen'. Schaffe etwas 'Provisorisches und Gelebtes'.«

Einer Art Punk-Existenzialismus entspringt zudem der Bezug auf das authentische Gefühl der Unzufriedenheit als Ausgangspunkt von Protest: »Folge deinen Instinkten, lass die Wut raus. Wenn es plötzlich aus deinem tiefsten Inneren hervorquillt, dann unterdrück es nicht. Kanalisiere es, hab Vertrauen, mach es dir zunutze. Sei nicht immer so gedankenlos zivilisiert. Wenn das System dich in die Mangel nimmt, zieh den Stecker raus.«

Irritierend ist allerdings die kulturpessimistische Grundierung des Ganzen: Auto, Nahrungs- und Schönheitsindustrie zerstören Welt und Menschen, die Medien betreiben Gehirnwäsche und die großen Konzerne regieren selbstherrlich den Globus. Diese scharfe Gegenüberstellung zwischen bösem Konsum und guter, »nichtkommerzieller Seele« der Menschen ist nicht nur theoretisch fragwürdig, sondern auch historisch kaum haltbar: Schließlich entstanden die Medien als kommerzielle Unternehmen, um sich unabhängig von Staat, Kirche oder König zu machen. Öffentlichkeit selbst ist demnach auch eine kommerzielle Angelegenheit. Zudem ist erstmal nichts gegen die Vorstellung einzuwenden, mit Politik jenseits von Partei und Parlament Geld zu verdienen; im Ehrenamt bleiben schließlich nur die übrig, die sich ein solches Hobby leisten können. Ein Problem ist auch der ungewollte Nebeneffekt der kulturellen Aufwertung des öffentlichen Raumes durch Polit-Aktivisten: Auch das leicht Aufmüpfige, Renitente passt nun mal wunderbar in die neoliberale Stadt.

Eines bleibt bei Lasn zudem völlig außen vor: Alle Politikkonzepte, die mit dem Begriff der Kreativität arbeiten, scheuen sich, diesen zumindest ansatzweise zu problematisieren. Kreativität ist eine durch und durch bildungsbürgerliche Angelegenheit. Wie Lasn Medien-Konsum als passiv und nicht kreativ den kritischen, kreativen und witzigen Politaktionen gegenüber zu stellen, ist, gelinde gesagt, eine konservative Argumentation. Hier wäre eine Prise mehr Postmoderne angebracht, schließlich beschäftigt sich der Poststrukturalismus, die Dekonstruktion oder die Cultural Studies schon seit weit mehr als 30 Jahren mit der Problematisierung eben dieser Art der Kritik einer »künstlichen« Medien- oder Warenwelt, die einem »wirklichen« Leben, einem authentischen Sein gegenübergestellt wird. Und wer schon als Kind lieber genüsslich Bonanza oder Flipper geschaut hat, als sich den Mittelklasse-Kreativ-Nachmittagsangeboten zu widmen, weiß schließlich, welche Abneigungen beim Anblick kreativer Straßenproteste auch geweckt werden können.●

Gottfried Oy

Kalle Lasn: Culture Jamming. Die Rückeroberung der Zeichen, orange-press, Freiburg 2005, 224 S., 20 EUR

»Unsere Opfer zählen nicht«

Man spricht mit Selbstverständlichkeit vom Weltkrieg, aber dass es wirklich einer war, bleibt weitgehend unbewusst. Mehr noch, die Rede legt unfreiwillig etwas von der Vorstellung offen, die man von der Welt hat. Schon die zeitliche Begrenzung auf die Jahre 39 bis 45 ist eurozentristisch, begann er doch in Afrika bereits 1935 mit Mussolinis Überfall auf Äthiopien und endete in China erst mit der Gründung der Volksrepublik 1949, während er in Vietnam mehr oder weniger nahtlos in einen 30jährigen antikolonialen Befreiungskrieg überging. Wenn Prinz Kum'a Ndumbe III, Professor an der Universität Jaunde in Kamerun im Vorwort des hier behandelten Bandes über die »Forscher aus den wohlhabenden Staaten« schreibt, sie »unterliegen bewusst oder unbewusst einem stillen Rassismus, der sie dazu verführt, Geschehnisse außerhalb ihres eigenen 'Wohlstandszentrums' als wenig relevant für ihre Arbeit zu betrachten«, so trifft das nicht nur auf die Historikerzunft zu. Er beschreibt nichts als den allgemeinen Bewusstseinsstand in der »ersten Welt«. Die VerfasserInnen der jüngst bei *Assoziation A* erschienenen Dokumentation »Unsere Opfer zählen nicht – Die Dritte Welt im Zweiten Weltkrieg« haben den Scheinwerferkegel nicht nur auf einen großen dunklen Fleck in der Geschichtswissenschaft, sondern auch in den Köpfen fast aller politisch-historisch interessierten ZeitgenossInnen – jedenfalls in »unseren« Regionen – gerichtet.

Birgit Morgenrath, Karl Rössel und ihre MitstreiterInnen vom Rheinischen JournalistInnenbüro haben in jahrelanger aufwendiger Recherche rund um den Globus sehr viel empirisches Material, Fotografien und Aussagen von Zeitzeugen aus Asien, Ozeanien, Lateinamerika, der Karibik und dem Nahen Osten zusammengetragen. Entstanden ist ein trotz seines Umfangs von über 400 Seiten gut lesbares, außerordentlich informatives, teilweise fesselndes Werk, das sehr nach Standardliteratur riecht, die schon bald als grundlegendes Muss für alle gelten könnte, die sich künftig nicht nur mit dem Thema Zweiter Weltkrieg, sondern generell mit der Geschichte der Globalisierung befassen wollen.

Hand aufs Herz – wem hierzulande ist bewusst, dass dieser Krieg 21 Millionen Chinesen den Tod brachte? Wer weiß, dass der 8. Mai 1945, der Tag der Befreiung in Europa, in Afrika ein Tag der Trauer ist: Tausende von Menschen wurden an jenem Tag in Algier durch die französische Armee massakriert, weil sie es wagten, auf die Straße zu gehen, um die von De Gaulle versprochene Freiheit einzufordern. Wer weiß von Giftgaseinsätzen der Italiener in Äthiopien, von koreanischen Kindersoldaten, von der Judenverfolgung durch das Vichy-Regime in den französischen Kolonien oder von der Vertuschung japanischer Biowaffenversuche an tausenden Chinesen durch die USA, weil diese nach dem Krieg möglichst geräuschlos in den Besitz dieser »Erkenntnisse« gelangen wollten?

Das Buch ist im besten Sinne parteiisch. Es ist aus der Sicht der Menschen der so genannten Dritten Welt geschrieben, die als Arbeitssklaven, Zwangsprostituierte, billiges Kanonenfutter oder schlichtweg Opfer bestialischer Massaker herhalten mussten. Die AutorInnen haben gleichermaßen erschütternde und erhellendes Material darüber zusammengetragen wie auch über den wenig aussichtsreichen Kampf der Überlebenden um Anerkennung ihrer Leiden, Entschuldigung und Entschädigung.

Das Buch benennt ungeschminkt den Rassismus der Alliierten gegenüber den Millionen Nicht-Weißen, die in ihren Armeen und an ihrer Seite kämpften. Trotzdem bleibt es keineswegs »neutral« gegenüber den Hauptkontrahenten dieses Krieges. So etwa, wenn es sich dem Umgang mit Schwarzen durch die Deutschen und durch die US-Armee widmen. In diese nämlich, so wird die *National Association for the Advancement of Colored People* (NAACP) resümierend zitiert, wurden »Afroamerikaner ... einberufen, um als Soldaten zweiter Klasse ihre bürgerlichen Rechte zweiter Klasse im Namen der Demokratie gegen den Faschismus zu verteidigen«. Die Deutschen hielten ihre schwarzen Kriegsgefangenen prinzipiell getrennt von den weißen, behandelten sie noch wesentlich unmenschlicher, exekutierten viele von ihnen gleich an Ort und Stelle oder auch erst nach vielfältigen Demütigungen und Foltern. Etwa die Hälfte von ihnen kam in den deutschen Lagern ums Leben, ihre Todesrate lag deutlich über der der weißen Gefangenen. »Normaler« Rassismus ist schlimm genug, aber wie groß war dennoch der Unterschied zum Nationalsozialismus, wo Schwarze von »bürgerlichen Rechten zweiter Klasse« noch nicht einmal träumen konnten. Dass sich das bereits 1935 formulierte »Endziel« der »Ausscheidung aller Personen artfremden Blutes aus dem deutschen Volk« in der Nachkriegs-BRD ungebrochen großer Beliebtheit erfreute, verschweigen die AutorInnen ebenfalls nicht: 1950 diskutierte man im Bundesinnenministerium ernsthaft den Plan, die »Mischlingskinder« schwarzer US-Soldaten und weißer deutscher Frauen »nach Afrika oder Amerika zu bringen«.

Historisch-politisches Neuland, wenn nicht die Untergrabung so mancher Gewissheit dürfte für nicht wenige das Kapitel »Naher Osten« bereithalten. Das reichhaltige Material zur Vorkriegs- und Kriegsgeschichte Palästinas erschüttert nachhaltig so manchen antiimperialistischen und antizionistischen Mythos, der sich bis heute in der Linken – und nicht nur dort – hält. Die Bilder, die den religiösen und politischen Führer der Palästinenser der 30er und 40er Jahre, Hadji Assan el-Husseini, im gemütlichen Plausch mit Hitler oder mit deutschem Gruß beim Abschreiten einer Kompanie bosnischer SS-Soldaten zeigen, werden sicher so manchen überraschen. Genauso wie die Information, dass der Großmufti bis Anfang 45 in Berlin residierte und sich inklusive Beamtenapparat und Radiosender von den Nazis aushalten ließ. Auch sorgte er durch wiederholte persönliche Intervention bei führenden Nazigrößen dafür, dass zehntausende osteuropäische Juden nicht nach Palästina ausreisen konnten, sondern in die Vernichtungslager geschickt wurden. »Der Mufti war ein ausgemachter Feind der Juden und machte kein Hehl daraus, dass er sie am liebsten alle umgebracht hätte.« Der spätere Präsident des Palästinensischen Nationalrates konnte sein antisemitisch inspiriertes Wirken bis zu seinem Tode 1974 ungehindert fortsetzen; Arafat bezog sich bis zuletzt positiv auf ihn.

Dass der afrikanische Kontinent eine weitaus größere Rolle in dem Krieg spielte, als sich hinter den Namen Rommel und El Alamein verbirgt, gehört ebenfalls zu den spannenden Entdeckungen, die das Buch bereithält. Afrikanische Bodenschätze waren heiß umkämpft – Industriediamanten, Kobalt, Blei, Uran, Chrom, Mangan, Vanadium, Platin und Kupfer. So hatten die Nazis sehr konkrete Pläne für ein deutsches Kolonialreich »Zentralafrika« vom Atlantik bis zum Indik und bereits im Sommer 1940 hatten sie über 1.000 Kolonialbeamte ausgebildet, um dieses binnen kürzester Zeit verwalten zu können. Die bis heute so katastrophale »Eingliederung« Afrikas in die weltweite kapitalistische Ökonomie als Reservoir für die mächtigen Staaten wurde, mehr noch als durch die Kolonialgeschichte, durch diesen Krieg geprägt: Umstellung der landwirtschaftlichen Produktion auf den Export nach Europa, Vernachlässigung der Subsistenzwirtschaft mit der Folge von Nahrungsmittelknappheit und Landflucht.

Auch wer sich politisch und geschichtlich gebildet glaubt, wird in aller Regel nicht geringe Lücken bei sich selber bemerken, wenn er das Buch zur Hand nimmt. Seine Lektüre bietet die Chance für eine wirkliche Horizonterweiterung: hin zu einem umfassenderen Verständnis des Zweiten Weltkriegs als eines globalgeschichtlichen Ereignisses, welches bis heute seine langen Schatten in praktisch jeden Winkel der Erde wirft und ohne dessen Berücksichtigung und Verarbeitung es keine emanzipatorische Praxis geben kann.●

Lothar Galow-Bergemann

Rheinisches JournalistInnenbüro: »Unsere Opfer zählen nicht« Die Dritte Welt im Zweiten Weltkrieg, herausgegeben von Recherche International e.V., April 2005, Assoziation A, Berlin/Hamburg, 444 Seiten 29,50 EUR, ISBN 3-935936-26-5

Zukunftsanleihe

Wer auf einen Blick sehen will, wo die einst markt- und teilweise sogar staatskritische Umweltbewegung angekommen ist, sollte dieses Buch kaufen. In schonungsloser Art wirbt der Autor für einen grün-modernisierten Neoliberalismus der besonders starken Sorte. Schon in den Eingangskapiteln lässt er keinen Zweifel, welche Richtung sein Denken bestimmt: Die »Deutschland AG« solle so geführt werden wie ein Unternehmen, auch wenn es »nicht so einfach« ist. Seine Konzepte drehen sich denn auch nur um ein Mittel gesellschaftlicher Gestaltung: Geld. Mitbestimmung, Dezentralisierung, Basisdemokratie oder gar Selbstbestimmung – diese Worte fehlen im Denk- und Wortschatz führender ÖkologiefunktionärInnen offenbar inzwischen gänzlich. Dafür werden Forderungen nach geringeren Löhnen, Zwang zur Annahme aller Jobs mit dem allgemeinen Standortgejammer verknüpft. Wer die Liste all derer liest, die an diesem Buch mitgewirkt hat, erkennt schnell, dass es keine andere Ökologiebewegung als diese grüne F.D.P. mehr gibt.●

Jörg Bergstedt

Maximilian Gege: Zukunftsanleihe. 2004, oekom in München, 251 S., 19,90 EUR

go.stop.act!

»go.stop.act« ist ein buntes Buch der »Kunst des kreativen Straßenprotestes«, wie der Untertitel lautet. Es richtet sich an alle, die mit der Langeweile von Latschdemos und eingefahrenen Aktionsmustern brechen wollen. Dargestellt werden in vielen Beispielen Formen von Straßentheater, Pink-Silver-Darstellungen oder Großpuppen auf der Straße. Auch die Rückeroberung der Straße spielt eine Rolle – unter anderem werden Aktionsformen wie Reclaim The Streets oder Critical Mass (unangemeldete Fahrrad-»Demonstration«), aber auch Video-Vorführungen in der Öffentlichkeit erklärt. Daneben werden subversive Formen wie Jubelparaden, die Politikerinnen schlicht mit Beifall und Lachen überrollen, präsentiert. Besonders positiv fällt auf, dass alle Kapitel immer verbunden sind mit konkreten Tipps und Anleitungen zur direkten Umsetzung – das Buch berichtet nicht akademisch abgehoben über Praxis, es will diese selbst fördern und befördern. Die Grenze zur Illegalität wird immer wieder gestreift, aber nie deutlich überschritten, weshalb militante Protestformen, kreative Sachbeschädigung und mehr im Buch fehlen oder sehr kurz kommen. Das ist schade, denn Kombinationen vieler Aktionsmethoden können oft die beste Wirkung entfalten. Zudem sollte es den Menschen vorbehalten sein, sich für die eine oder andere Form zu entscheiden.

Negativ fällt an einigen Stellen auf, dass die herrschaftskritische Analyse offensichtlich »ausgeschaltet« oder ausgeblendet wurde. Im Vorwort feiert die Trotzdem Verlagsgenossenschaft völlig unkritisch das Weltsozialforum ab, welches von deutlichen Herrschafts- und Instrumentalisierungsbestrebungen von NGOs, Stiftungen und auch Parteien geprägt ist. »Aus allen Teilen der Welt nehmen Menschen an Treffen wie dem World Social Forum teil, suchen Verständigung und Diskussion.« Das spricht nicht gerade für einen Verlag, der sich als anarchistisch begreift. Marc Amman geht sogar noch einen Schritt weiter und behauptet in seiner Einleitung, die Sozialforen in Deutschland seien »Organisationen neuen Typs« mit dem Anspruch auf Dominanzfreiheit (S. 13) – wo doch in der konkreten Umsetzung insbesondere in Deutschland wenig von den tatsächlich spannenden Grundideen wie der Charta von Porto Allegre zu spüren ist. Sozialforen, die diese Charta ernsthaft umsetzen, sind hier eindeutig eher die Ausnahme als die Regel.

Auch der Aufstieg von Attac im Zuge der Gipfelproteste wird ohne jede Analyse der Ursachen (wie z.B. der Medienhype) benannt: »Während sich zuvor autonome und entwicklungspolitische Gruppen, kirchliche Basis-Initiativen [...] an den Gipfelprotesten beteiligt hatten, wurde schließlich Attac zu einem attraktiven Sammelbecken für Einzelpersonen, Gruppen, Initiativen und große Organisationen, in dem verschiedene Auffassungen und Analysen sowie Vorstellungen über Organisations- und Aktionsformen aufeinander trafen.« (S. 13) Das passt wenig zum herrschaftskritischen Background des Buches – sondern eher zu den Geldgebern des Werkes, zu denen unter anderem Attac Deutschland zählt. Ein deutlich kritischerer Bezug auf Sozialforen und Co. hätte nicht geschadet.

Jenseits dieser Kritik ist das Buch für seinen Bereich aber eine hervorragende Fundgrube von Ideen, um kreative Proteste »von unten« zu organisieren.●

Espi Twelve

Marc Amman (Hg.): go.stop.act!, 2005, Trotzdem in Frankfurt, 229 Seiten, 18 EUR

PROJEKTSUCHE

M 45 mit hund, gel. schlosser und baugeräteführer, kl. 1+2, für neues offen, leider ohne eigenkapital, möchte sich in projekt einbringen.
E-Mail: gs431@web.de
☎(01 60) 92 00 86 24

PROJEKTE

Wir (28 u.30) suchen Mitbewohner, die einfach aber selbstbestimmt leben möchten, mit Interesse für Kinder (unsere sind 2 u. 5 und suchen auch Verstärkung in ihrem Alter), Garten, Tiere, Musik, Politik... Wir leben in absolut ruhiger Alleinlage knapp 20 km südwestl. von Greifswald und bieten einen Dachboden zum Ausbauen oder die Möglichkeit einen Bauwagen aufzustellen.
Kontakt: dabense@web.de

KLEINANZEIGEN

Ausfüllen: Den Text gut lesbar eintragen (38 Anschläge/Zeichen ergeben eine Satzzeile)
Kosten: Privat bis zu 5 Zeilen **5 EUR** (jede weitere Zeile 1 EUR)
Gewerblich bis zu 5 Zeilen **21 EUR** (jede weitere Zeile 2,6 EUR)
Private Stellengesuche sind kostenlos!
Chiffregebühren: 5 EUR
Bezahlt werden kann mit Scheck, Geldscheinen, mit Briefmarken oder mit Bankeinzug. Im voraus muß allerdings immer das Geld hier sein. Quittungen nur bei ausreichend frankiertem Rückumschlag.
Aufträge ohne Geld & Absender landen ausnahmslos im Papierkorb!
Ausnahme: Bestellwert ab 26 EUR.
Da gibt's nämlich ne Rechnung.
Termin: jeweils zum **15. des Monats**

Einsenden an:
CONTRASTE e.V.
Postfach 10 45 20, D-69035 Heidelberg

SCHNIPSEL

IMPRESSUM

CONTRASTE

Monatszeitung für Selbstorganisation
erscheint 11mal im Jahr.
ISSN 0178-5737
Herausgeber ist CONTRASTE,
Verein zur Förderung von Selbstverwaltung und Ökologie e.V.
Postfach 10 45 20
69035 Heidelberg
☎ (06221) 16 24 67
Spendenkonto: Volksbank Bergstraße, BLZ 509 601 01, Kto-Nr. 64076

CONTRASTE wird von ca. 40 MacherInnen geschrieben, zusammengestellt, redigiert, gesetzt, gedruckt... und was alles zum Herausgeben dazugehört.

Die Informationen fließen zusammen über die Regional- und Fachredaktionen. Endredaktion, Herstellung, Vertrieb und Anzeigenverwaltung erfolgt über CONTRASTE in Heidelberg. Wer einen Beitrag in CONTRASTE veröffentlichen will, schickt ihn an die Heidelberger Endredaktion. Kontakt: contraste@t-online.de

Redaktionsschluss ist jeweils der 1. des Monats vor dem Erscheinungsmonat.

In allen Redaktionen sind ausschließlich ehrenamtliche Leute am Werke.

Vertriebs-, AbonnentInnen- oder sonstige Beschwerden bitte auch nach Möglichkeit per E-Mail: contraste@t-online.de

Alle an einer aktiven Mitarbeit Interessierten können dieses per E-Mail kundtun und erhalten dann die Einladungen zu den einmal jährlich stattfindenden Redaktionstreffen.

Redaktionen :
01099 Dresden, Redaktion Dresden, Uta Knischewski, Meuschwitzstr. 2a, ☎ (03 51) 802 99 23, **E-Mail: info@abfallgut.de; 06420 Könnern, Redaktion Sachsen-Anhalt**, Richard Schmid, Bahnhofstr. 6, ☎ (03 46 91) 5 24 35, **E-Mail:** richard@attac.de, Internet: www.attac.de/koennern/villa; **10961 Berlin, Redaktion Berlin**, Ricarda Buch, Mehringdamm 69, ☎ (0 30) 612 38 27, **E-Mail:** ricabuch@acor.de, Internet: www.ricardabuch.de und Elisabeth Voß, ☎ (0 30) 216 91 05, **E-Mail:** post@elisabeth-voss.de; **18569 Ginst/ Westrügen, Redaktion Rügen/MV**, Andreas Küstermann, Teschvitz 4, ☎ (038305) 6 00 13, Fax 6 00 14, **E-Mail:** kuema-ostseh-redaktions bureau@t-online.de, **Internet:** www.presse-verlag-ostseh.de; **22769 Hamburg, Redaktion Hamburg**, Hilmar Kunath, Karl-Theodor-Str. 16 ☎ (0 40) 39 90 41 96, **E-Mail:** hilmarkunath@web.de; 28201 Bremen, Redaktion Bremen, Bernd Hüttner, Am Dammacker 8b, ☎ (04 21) 557 90 56, **E-Mail:** bhuettner@niatu.net, **28870 Ottersberg, Redaktion Bremen Umland**, Götz Paschen, Große Str. 81, ☎(04205) 77 99 66, Fax 77 99 65, **E-Mail:** torfkurier@t-online.de; **37085 Göttingen, Redaktion Göttingen**, Kai Böhne, Wilamowitzweg 3, ☎ (0551) 488 62 27; **49008 Osnabrück, Redaktion Osnabrück**, Hermann Cropp, Postfach 18 11, ☎ (05402) 73 73, **E-Mail:** packpapier.verlag@t-online.de, Internet: www.packpapier-verlag.de; **51063 Köln, Redaktion Köln/Bonn**, Heinz Weinhausen, Düsseldorfer Str. 74, ☎ (0170) 583 89 00, (0221) 640 52 45, Fax 640 31 98, **E-Mail:** h.weinhausen@ina-koeln.org und 50678 Köln, Ariane Dettloff, Trajanstr. 18, ☎ (0221) 31 57 83, **E-Mail:** arianedettloff@ina-koeln.org; **60389 Frankfurt, Redaktion Rhein/Main**, netz Hessen, c/o Cavallaro, Gabelsberger Str. 32, ☎ (069) 670 62 71 **E-Mail:** uwe.weppler@paritaet.org; **69035 Heidelberg, Redaktion Heidelberg**, Postfach 10 45 20, ☎ (06221) 16 24 67; **69434 Hirschhorn, Redaktion Neckar/Odenwald**, Stefan Riedel, Neckarsteinacher Str. 38x, ☎ (06272) 36 48, Fax 35 59, **E-Mail:** stefan.r.riedel@web.de; **71729 Erdmannhausen, Redaktion Stuttgart**, Peter Streiff, Im Esper 22, ☎ (0 71 44) 33 22 56, **E-Mail:** peter.streiff@netz-bund.de; **Portugal:** Kurt Regenauer, Dieter Poschen, ☎ 00351-289 793 560, **E-Mail:** contraste@t-online.de

Fachredaktionen :
Genossenschaften: 79102 Freiburg, Burghard Flieger, Erwinstr. 29, ☎ (0761) 70 90 23 - Fax 70 90 84, **E-Mail:** genossenschaft@t-online.de; **Sozialpolitik, AG SPAK: 68167 Mannheim**, Nico-Reiner Schindler, Pappelallee 31, ☎Fax (06 21) 30 38 13; **Selbstorganisierte Lebensgemeinschaften: 13359 Berlin**, Th.-D. Lehmann, Grüntaler Str. 38, **E-Mail:** leh@zorrow.de und 27321 **Thedinhausen**, Uwe Ciesla, Finkenburg, **E-Mail: finkenburg@verden-info.de; Umweltschutz von unten: 35447 Reiskirchen-Saasen**, Jörg Bergstedt, Ludwigstr. 11, ☎(06401) 90 32 83, Fax 90 32 85, **E-Mail:** joerg@projektwerkstatt.de; **Selbstorganisation im Alltag, 35037 Marburg**, Marc, Wannkopfstr. 13, **E-Mail:** the.element@gmx.de, Espi, **E-Mail:** piratenutopie@uni.de; **Fairkehr, Lothar Galow-Bergemann, ☎(0711) 560294, E-Mail:** Galow-Bergemann@t-online.de.

V.I.S.D.P.: Dieter Poschen, Über CONTRASTE e.V., Postfach 10 45 20, 69035 Heidelberg. Für Beiträge, die mit vollem Namen gekennzeichnet sind, übernimmt der/die Autor/in die Verantwortung.
Eigenverlag; alle Nachdruckrechte bei CONTRASTE e.V., Heidelberg
Anzeigenverwaltung: Dieter Poschen, c/o CONTRASTE e.V., ☎ (06221) 16 24 67; Zur Zeit gilt die Anzeigenpreisliste Nr. 1/02
Herstellung:
Zündsatz GbR, Postfach 10 45 20,
69035 Heidelberg;
Bildredaktion: Ute Berthold, c/o CONTRASTE
Druck: Caro-Druck, Kasseler Str. 1A, 60486 Ffm

E-Mail:
contraste@t-online.de
Internet:
www.contraste.org
Zusätzlich gibt es eine Mailingliste. An-/Abmeldung und weitere Informationen unter:
http://de.groups.yahoo.com/ group/ contraste-list

Vertrieb:
☎ (06221) 16 24 67
Endredaktion:
contraste@t-online.de

SozialForum in Deutschland 2005 vom12. bis 24. Juli in Erfurt. Kontakt: c/o Friedens-und Zukunftswerkstatt e.V., Wilhelm-Leuschner-Str. 69-77, D-60329 Frankfurt/Main, Tel. (0 69) 24 24 99 55, Fax -51, E-Mail: info@sozialforum2005.de, Web: www.sozialforum2005.de

AG SPAK

Lehrgang Vereinsvorstand
Die Verpflichtungen eines Vereinsvorstands sind vergleichbar mit denen einer GmbH-Geschäftsführung, die Anforderungen an die Kenntnisse und Fähigkeiten sind entsprechend anspruchsvoll. Für eine funktionierende Vereinsorganisation sind verbindliche Strukturen und Zuständigkeiten notwendig. Dies setzt entsprechende Kompetenzen bei den Verantwortlichen voraus. Es sind Führungs- und Leitungsaufgaben zu erfüllen und eine Vielzahl rechtlicher Vorgaben zu beachten. Learning by doing ist hier nicht unbedingt das sinnvollste Vorgehen. Häufig wird unterschätzt, wie viele Aufgaben zu erfüllen und zu organisieren sind, bei einem vergleichsweise geringen Zeitbudget. Neue Vorstände sollten sorgfältig eingearbeitet und auf ihre Aufgaben vorbereitet werden und langjährige Vorstände tun gut daran, ihr Erfahrungswissen zu ergänzen.
Termine: 15.-16.7.2005
und 8.-9.10.2005

Werkstatt digitale Bildbearbeitung
Der Workshop richtet sich an alle, die Spaß an Fotos und Bildern haben und mehr über die Möglichkeiten der Bildbearbeitung erfahren und erproben möchten.
Es geht um die Digitalisierung, Archivierung und Bearbeitung von Fotos für unterschiedliche Verwendungszwecke. Bilder können korrigiert, optimiert und effektvoll verfremdet werden. Das Freistellen und Montieren, die Arbeit mit verschiedenen Ebenen, die Bildretusche, Farb- und Tonwertkorrektur, mit Helligkeit und Kontrast, mit Filtern und Effekten. Fotomontage und Collage ermöglichen es, mit den Bildern zu experimentieren und ihre Aussage zu betonen oder auch abzuwandeln.
Wir arbeiten mit Photoshop (das Gezeigte findet sich jedoch auch in anderen Bildbearbeitungsprogrammen) und realisieren damit ganz konkrete Projekte (Plakate, Postkarten, Fotoserie, Kalender etc.), zu denen jedeR schon eine Idee und Material mitbringen sollte und ein fertiges Produkt mit nach Hause nehmen kann.
Termin: 9.-11.9.2005, Neu-Ulm
Information & Anmeldung:
SPAK, Dieter Koschek, Dorfstr. 25,
D-88142 Wasserburg
☎/Fax (0 83 82) 8 90 56
E-Mail: agspak@t-online.de
Web: www.agspak.de

FRAUEN

Alternative Lebensformen:
Eine Chance für die ökonomische Situation von Frauen?
Unser Wirtschaftssystem hat viele VerliererInnen – dazu zählen vor allem Frauen: Voll erwerbstätige Frauen verdienen nur zwei Drittel dessen, was Männer verdienen, obgleich in punkto Entlohnung Gleichberechtigung zu bestehen scheint. Immer noch erhalten Frauen am Ende ihres Arbeitslebens geringere Rentenzahlungen. Alleinerziehende Mütter sind nicht selten auf Sozialhilfe angewiesen. Trotz Gleichstellungsbestrebungen in Gesellschaft, Wirtschaft und Beziehungsverhältnissen schneiden Frauen in Bezug auf die ökonomische Lage und Zugang zu Ressourcen im Vergleich zu Männern immer noch schlechter ab.
Wir wollen im Seminar geschlechtsspezifische Faktoren der Ökonomie beleuchten und uns mit der Frage beschäftigen, in wie weit alternative Formen des Lebens und Wirtschaftens ein Weg sein können, Benachteiligungen von Frauen entgegen zu wirken. Dabei wird es Gelegenheit geben, die eigene Lebensrealität und Lebensträume auf dem Hintergrund gesellschaftlicher Entwicklungen zu reflektieren und ein konkretes Beispiel alternativen Lebens und Wirtschaftens kennen zu lernen.
Seminar für Frauen
Termin: 22.-24.7.2005
Information & Anmeldung:
Tagungs- und Begegnungshaus
Niederkaufungen, Kirchweg 1,
D-34260 Kaufungen
☎(0 56 05) 80 07 30, Fax 80 07 40
E-Mail: tagungshaus@t-online.de

Hartz IV und die Folgen für Frauen
Gewerkschaften und Frauenverbände befürchten, dass aufgrund der nochmaligen Reduzierung des Freibetrages in der Anrechnung des »Partnereinkommens« im Rahmen von Hartz IV viele Frauen keinen Anspruch auf ALGII haben werden. Schon heute sind Frauen stärker von dieser seit 2003 geltenden Entwicklung betroffen, den der Juristinnenbund als Rückschritt in die »Versorgerehe« bezeichnet. Auch die neuen Zumutbarkeitsregelungen treffen Beurteilungen zu Folge ebenfalls in stärkerem Maße Frauen, insbesondere alleinerziehende Mütter. Mehr als ein halbes Jahr nach Einführung der Reformen wollen wir im Seminar überprüfen, was z.B. aus den Zusagen, durch Hartz IV solle die »Vereinbarung von Familie und Beruf« sogar verbessert werden, geworden ist. Wir wollen außerdem eine Bestandsaufnahme zur sozialen und finanziellen Lage von Frauen vornehmen und uns mit aktuellen Ereignissen in diesem Themenbereich auseinandersetzen.
Termin: 19.-21.8.2005
Niederkaufungen
Information & Anmeldung:
Arbeit & Leben Hessen, Königsteiner
Str. 29, D-61440 Oberursel
☎(0 61 71) 5 76 22
E-Mail: aul-hessen@t-online.de

JUNGE LINKE

Hier bin ich Mensch,
hier darf ich's sein
Seminar zu Alltag und Freizeit
im Kapitalismus
Wie jeder weiß, dient die Freizeit der Muße und Entspannung und kann von jedem selbstständig ausgefüllt werden, das sagt schließlich schon ihr Name. Dass allerdings nur die Hälfte des Tages als »Freizeit« benannt ist, lässt schon darauf schließen, dass es in der anderen Hälfte um einiges weniger frei zugeht: Der Arbeitsplatz bietet in der Regel so viel Zwang und Stress, dass ein paar Stunden Erholung täglich schlichtweg notwendig sind, damit man das Ganze am nächsten Tag wieder aushält. Und dementsprechend sieht die Freizeit dann auch aus: Meistens ist man mit dem ruhigen Abend vor dem Fernseher schon bedient; einmal in der Woche müht man sich im Sportverein ab, um die arbeitsbedingten Rückenschäden auszugleichen; und für den seelischen Ausgleich müssen Beziehung und Familie herhalten.
Die eigenmächtige Gestaltung der Freizeit ist also schon erheblich eingeschränkt durch die Zumutungen, mit denen die Arbeitswelt aufwartet, sowie durch die Notwendigkeit, diese zu kompensieren. Und auch darüber hinaus ist diese Sphäre alles andere als unabhängig von Politik und Ökonomie: Hier findet die staatsbürgerliche Meinungsbildung durch Zeitungslektüre, Fernsehnachrichten und Kneipengespräch statt, und selbst noch bei »Unter Uns« oder »Das Jugendgericht«, in »Bravo« oder »Brigitte« wird jedes Problem der Nation verhandelt, von fehlenden Ausbildungsplätzen über kriminelle Ausländer bis hin zur Vereinbarkeit von Beruf und Familie und der Frage, welcher Partei man am Sonntag seine Stimme geben soll. Auch der Staat trägt dafür Sorge, dass seine Bürger ihre Freizeit auf ganz bestimmte Weise nutzen. Dies tut er nicht nur, indem er ihnen beibringt, dass Sport Deutschland gut tut, dass man Drogen hingegen keine Chance geben soll, und dass es das Selbstwertgefühl enorm hebt, wenn man unbezahlt im Ehrenamt schuftet. Sondern auch, indem er in diversen Gesetzen fest schreibt, wie das Privat-, Vereins- und Familienleben der Menschen auszusehen hat.
Arbeitet man für die Freizeit, oder ist die Freizeit nur Anhängsel der Arbeit? Warum bringt die Freizeitgestaltung oft so viel zusätzlichen Stress, dass viele sich schon wieder auf die Arbeit freuen? Und was hat eigentlich der Staat mit all dem zu tun? Dies und mehr möchten wir mit euch diskutieren.
Termin: 15.-17.7.2005, Hannover

We don't need no education
Warum die Rede von den schönsten Jahren des Lebens eine gewaltige d.h. wahrgemachte Lüge ist
Seminar zur Kritik der Schule
Früh morgens aufstehen – Angebrüllt werden oder verständnisvolle Lehrerinnen ertragen – Klausuren und Noten – Auswendiglernen – sich auf Kommando sportlich betätigen »pubertär« oder »engagiert« genannt werden – Aufsätze über blödsinnige Fragestellungen schreiben – ex-Linke LehrerInnen – bleierne Langeweile – auf Konstruktivität verpflichtet werden – Lehrplanwissen. Und dann sind da auch noch die MitschülerInnen, die all ihre Kreativität ausspielen, um dem ganzen Horror des Schulalltags noch die besondere Note zu geben.
Im Rückblick auf die Schulzeit werden diese Erfahrungen oftmals verkitscht. Nicht nur der Film »Feuerzangenbowle« weiß um die Schönheit des Schülerlebens, noch der autoritärste Lehrer und das harschste Gewalterlebnis wird als Meilenstein des früheren Glücks verklärt. Andere widersprechen bei einigen Punkten jedoch deutlich: Auswendiglernen, Frontalunterricht und autoritäre Lehrende sollten durch Erziehung zur Mündigkeit ersetzt werden. Manch einer fordert den kreativen Unterricht – als Gipfel der Rebellion setzt der Pädagoge, der gerade mit Reformeifer von der Universität kommt, die Hufeisenform der Schulbänke durch. Erziehung zur Freiheit soll es sein, und dafür braucht es Lehrerinnen, die zwar all die Gepflogenheiten wie Noten und Examen nicht kritisieren sondern exekutieren, aber doch gleichzeitig gegen die konservativen LehrerInnen aufbegehren und den Liberalen raushängen lassen. Wir wollen diskutieren, inwiefern sich diese beiden Konzeptionen möglicherweise doch nicht so sehr unterscheiden. Vielleicht schauen wir dazu auch noch Filme wie »Club der Toten Dichter« oder die 90er-Jahre-Serie »Unser Lehrer Dr. Specht«, die solche Kritik veranschaulichen.
Doch dieses Schulsystem leistet sich auch Kritikerschulen. Neben den Waldorf-Schulen, die die Noten (bis zu den qualifizierenden Abschlüssen) durch Charakterstudien der Schüler ersetzt haben (und anhand deren Praxis – wie der Schriften ihres Gründers Steiner – wir diskutieren wollen, inwieweit hier einfach dem normalen Schulbetrieb mit der etwas anderen Widerlichkeit geantwortet wird) haben sich auch grundlegendere KritikerInnen an einer »neuen Schule« versucht, die aber im Gegensatz zur Waldorf-Pädagogik von den staatlichen Bildungswächtern eher mit Misstrauen betrachtet wurden und werden. Schluss mit dem »Notenterror« hatten sich diese KritikerInnen vor allem in den 60er und 70er Jahren auf die Fahnen geschrieben und ließen selbst die Anwesenheitspflicht beim Unterricht ruhen. Doch warum gebärdet sich ihre Verteidigung (von Summerhill bis Glocksee, von A.S. Neill bis Celestin Freinet) immer gleich als großes Dementi einer grundlegenden Schulkritik? Da heißt es auf vielen Webseiten von alternativen Schulen, dass man dort von einer Regellosigkeit nicht sprechen könne, sondern mehr Regeln als sonst bestünden; und jeder, der sich nicht an diese hält, sich an der Gemeinschaft versündigt, die ihn das auch heftig spüren lässt – so schön kann Selbstbestimmung sein! Und dem Vorwurf, diese Schulen bereiteten nicht auf die Außenwelt vor, wird energisch mit der Aufzählung all der wichtigen akademischen Grade und wirtschaftlichen Stellungen von ehemaligen SchülerInnen begegnet – »Anschlussfähigkeit« wird das genannt. Wir wollen diskutieren, welche Vorstellungen sich diese Reformkonzepte vom Zweck der Schule gemacht haben und warum sie diese jedoch permanent selber revidieren. Und wie das möglicherweise mit der Erkenntnis, dass man in »einer freien Atmosphäre ... fleißiger und besser [arbeitet], als wenn man unter Aufsicht steht« (A.S. Neill), zusammenhängt.
Wenn sich aber grundlegende Kritik an der Schule immer wieder, wenn sie praktisch wird, von dieser distanziert, scheint das kein Zufall zu sein. Wir wollen uns zusammen die Gründe näher anschauen, die diese Schulen scheitern ließen. Das führt zu der Frage, warum all die unschönen Dinge so notwendig auftauchen. Hierfür wollen wir uns gemeinsam in der Diskussion und anhand von Texten und Lehrplänen schlussendlich klar werden, welchen Zweck in der aktuellen Gesellschaft die Schule besitzt und wie das mit der grundlegenden Verfasstheit dieser Gesellschaft und deren Bedarf nach ausgebildeten StaatsbürgerInnen zusammenhängt.
Termin: 22.-24.7.2005, Augsburg
Information & Anmeldung:
junge linke, Postfach 91 04 29,
D-30424 Hannover
☎(05 11) 838 62 26
E-Mail: info@junge-linke.de

SOMMERAKADEMIE

Attac-Sommerakademie
in Göttingen
2005 findet die Sommerakademie zum vierten Mal statt. Dieses Mal in Göttingen. Eine Stadt mit langer Geschichte in Bildung und Wissenschaft und im Geist der Aufklärung. Die erste Stadt, die sich per Ratsbeschluss mit Attac solidarisiert hat.
Zum ersten Mal wurde die Sommerakademie organisiert von einer bundesweiten Vorbereitungsgruppe mit neuen Ideen und den Erfahrungen der bisherigen drei Akademien. Das Programm wurde in großen Teilen gestaltet von den Arbeitsgruppen und Schwerpunkten von Attac Deutschland.
In dieser knappen Woche gibt es in 35 parallel laufenden mehrtägigen Seminaren und mehr als 170 Workshops die Möglichkeit, das gesamte Spektrum der politischen Arbeit in Attac kennen zu lernen. Angefangen von Seminaren zur »ökonomischen Alphabetisierung« über politische Grundsatzdiskussionen bis hin zu hochaktuellen Fragen bspw. zur EU und internationaler Regulierung. Dazu kommen spannende Angebote aus Philosophie, politischem Theater und Kunst und politischer Methodik. EinsteigerInnen legen wir besonders die auf sie zugeschnittenen Angebote nahe, die einen guten Einstieg ins Basiswissen rund um die Globalisierungskritik ermöglichen. Außerdem wird es am Samstag ein spezielles Einsteigerprogramm zum Kennenlernen von Attac geben. Hier ein kleiner Vorgeschmack auf das Programm, die vollständige Liste der Veranstaltungen kann ab Mitte Juni hier eingesehen werden.
Auf drei Abendveranstaltungen diskutieren VertreterInnen aus Politik und Bewegung mit den TeilnehmerInnen über:
- Akteure und Mechanismen neoliberaler Globalisierung (am Mittwoch, 10. August)
- Globale Steuern – eine realistische Alternative? (mit einem/r Vertreter/in aus dem Finanzministerium (angefragt), Peter Wahl (Weed) und Danuta Sacher (Brot für die Welt) (am Donnerstag, 11. August)
- Globale soziale Recht und globale Standards (am Freitag, 12. August)

Neben diesen Abendveranstaltungen können sich die TeilnehmerInnen auf weitere Höhepunkte freuen, wie die Begrüßungsveranstaltung mit Susan George (Attac Frankreich) und die Abschlussgala sowie die große Abschlussparty am Samstag. Und da nicht nur der Wissensdurst gestillt, sondern auch der Kulturhunger befriedigt werden will, wird die Sommerakademie begleitet von einem umfangreichen Kulturprogramm mit Theater, Kabarett und Musik.

Aus dem Programm der Sommerakademie 2005:
EinsteigerInnen-Seminare und Workshops:
- »1mal 1 der Ökonomie« (Charlotte Kautt)
- EU-Basiswissen (Anne Karrass)
- Einführung Steuern und Globalisierung (Lars Niggemeier)
- Funktionsweise von Finanzmärkten (Philipp Hersel)
- Neoliberalismus und Demokratie (Bettina Lösch & Jörg Reitzig)

Internationale Themen:
- Globale öffentliche Güter und menschliche Sicherheit (Birgit Mahnkopf (angefragt), Elmar Altvater)
- Der Kampf um die Rechte von Frauen (Maria Mies)
- Was heißt »Internationalismus« heute (Kerstin Sack, Edgardo Lander (Venezuela))
- Alternative Wirtschaftspolitik (Jörg Huffschmid)
- Die ökologischen Grenzen der Globalisierung (Melanie Diller, Chris Methmann)

Aktuelle Themen:
- WTO – Ministerkonferenz in Hong Kong – Welthandelsrunde stoppen (Dominik Fette)
- Bedingungsloses Grundeinkommen (Werner Rätz)
- EU-Verfassung – Was steht drin und wie weiter? (Adolf Riekenberg, Stephan Lindner)
- Macht der Konzerne und Lobbys – was können wir bei Attac tun? (Thomas Dürmeier)

Politisches Theater, Kunst und Methodik:
- Erfolgsbedingungen und Strategien sozialer Bewegungen (N.N.)
- Rock'n'Resistance: Ein globalisierungskritischer Streifzug durch die Geschichte von Rockmusik (Stephanie Schmoliner, Ingo Schmidt)
- Politisches Aktionstheater – Go.Stop.Act. (Till Baumann)
- Wut, Witz, Widerstand – kleiner Notfallkoffer für Alltagsprobleme politischer Gruppen (Max Schumacher)

Termin: 9. bis 14. August in Göttingen
Information:
www.attac.de/sommerakademie2005
Göttinger Büro für die Organisation:
Waltraud Gradmannk, Geiststr. 2
D-37073 Göttingen
☎(05 51) 789 69 50 (Mo-Do 10-12 Uhr, Do 17-19 Uhr)
E-mail: sommerakademie@attac.de

»Global – Regional – Lokal
– Zwischen Konkurrenz
und Kooperation«
Bereits zum vierten Mal veranstaltet Attac Österreich die Sommerakademie. Attac Österreich ist eine junge NGO und Teil einer internationalen globalisierungskritischen Bewegung. Nähere Infos sind zu finden unter www.attac.at. Die Attac-Sommerakademie steht allen Interessierten offen, die zentralen Ziele sind Weiterbildung und Vernetzung. Plenarreferate und -diskussionen sollen die Wissensbasis verbreitern, Workshops bieten zusätzlich Raum für Fragen, Diskussionen und Kreativität. Das Rahmenprogramm sorgt dafür, dass soziale Komponenten und Spaß nicht zu kurz kommen. Veranstaltungsort wird Ebensee in Oberösterreich sein, der genaue Termin ist der **13. bis 17.7.2005.**

CONTRASTE

JETZT ABONNIEREN: **Ich/Wir abonniere/n CONTRASTE zum fortlaufenden Bezug zum jährlichen Bezugspreis von 45 Euro (incl. Versand). Das Abonnement verlängert sich automatisch um weitere 12 Monate, wenn es nicht mindestens 3 Wochen vor Ablauf schriftlich gekündigt wird.**

Name:

PLZ, Ort, Straße:

Gruppe/Betrieb/Beruf:

Datum: Unterschrift:

Zahlungsweise (zutreffendes bitte ankreuzen)

☐ **Einzugsermächtigung:** Ich erkläre mich damit einverstanden, daß die Abonnementgebühren von meinem Konto abgebucht werden.

Kontoinhaber:

Geldinstitut:

Konto-Nr.: BLZ:

Diese Einzugsermächtigung wird ungültig, wenn ich sie schriftlich widerrufe.

Datum: Unterschrift:

☐ **Gegen Rechnung.** Ich zahle sofort nach Erhalt der Rechnung. **Bitte keine Vorauszahlung auf unser Konto !**

☐ **Ein Verrechnungsscheck liegt dieser Bestellung bei.**

Diese Bestellung kann **innerhalb von 7 Tagen schriftlich** widerrufen werden.
Zur Fristwahrung genügt die rechtzeitige Absendung des Widerrufs an CONTRASTE-Vertrieb, Postfach 10 45 20, 69035 Heidelberg. Davon habe ich Kenntnis genommen.

Datum: Unterschrift:

Coupon ausgefüllt an CONTRASTE-Vertrieb, Postfach 10 45 20, 69035 Heidelberg, einsenden.

SCHNUPPERABO

CONTRASTE zum kennenlernen? Gegen 5 EUR in Briefmarken/Schein bekommt Ihr CONTRASTE drei Monate frei Haus. Das Schnupperabo ist befristet und läuft automatisch aus. Also, 5 Euro mit Eurer Anschrift und dem Vermerk »Schnupperabo« an nebenstehende Vertriebsanschrift einsenden.

Zum Verbleib bei der/dem BestellerIn
Ich habe am ..... die Zeitung CONTRASTE zum jährlichen Bezugspreis von 45 Euro abonniert. Ich weiß, daß ich das Abonnement innerh. von 7 Tagen schriftlich widerrufen kann. Dazu genügt eine Postkarte an: CONTRASTE-Vertrieb, Postfach 10 45 20, 69035 Heidelberg